



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Armut unter Studierenden“

Verfasserin

Angelika Grabher

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 121

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Soziologie (sozial-/wirtschaftsw. Stud.)

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbstständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen Formulierungen und Konzepte gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, durch Fußnoten gekennzeichnet bzw. mit genauer Quellenangabe kenntlich gemacht habe.

.....

Datum

.....

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
2. Konzeptioneller Rahmen	9
2.1 Armut, Armutskonzepte und Armutsmessung	9
2.2 Absolute Armut	9
2.3 Relative Armut	13
2.3.1 Ressourcenansätze/ Einkommenszentrierte Armutskonzepte:	14
2.3.2 Lebenslagen-Ansatz	19
2.3.3 Subjektive Armut	22
3. Armutsberichterstattung in Österreich	27
3.1 EU-geleitete Armutsberichterstattung in Österreich.....	27
3.1.1 Grundsätzliche EU-SILC Definitionen hinsichtlich der Armutsmessung	28
3.1.2 Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse des EU-SILC 2010	33
3.1.3 Kritische Bemerkungen zur Armutsmessung mittels EU-SILC	37
4. Forschungsfragen und Hypothesen.....	41
4.1 Inwiefern können bereits bestehende Konzepte zur Messung von Armut auf die Situation von Studierenden angewendet werden?	42
4.2 Lässt sich ein alternatives Armutskonzept zur Beschreibung der Situation von Studierenden entwickeln und welche Elemente müsste es umfassen?	43
4.3 Welche Gruppen von Studierenden sind besonders von Armut betroffen bzw. welche Faktoren erhöhen das Armutsrisiko?	43
4.4 Inwiefern zeigen sich Parallelen hinsichtlich der Risikogruppen zwischen Gesamtbevölkerung und Studierendenpopulation?.....	46
5. Mögliche Adaptionen der vorgestellten Messkonzepte für Studierende.....	49
5.1 Beschreibung des Datensatzes.....	49
5.2 Methodische und Konzeptionelle Überlegungen	50
5.2.1 Haushaltseinkommen vs. Personeneinnahmen	50
5.2.2 Zur Heterogenität der österreichischen Studierenden.....	51
5.2.3 Studierende: abhängige Kinder oder eigenständige Erwachsene?	54
5.3 Konkrete Anwendung bekannter Armutsschwellen auf Studierende	57
5.3.1 Berechnung der Armutsquoten	59
5.3.2 Auftretende Schwierigkeiten	61
5.3.3 Besonderheiten studentischer Einnahmen- und Ausgabenstrukturen sowie Konsequenzen für die Anwendung von einkommensbasierten Armutsschwellen ...	62
5.4 Anwendungen von Armutsgrenzen auf Studierende im internationalen Kontext	68
5.4.1 Frankreich	68

5.4.2 Australien	70
5.4.3 Europa	71
6. Neukonzeptionierung der Armutsmessung unter Studierenden	73
6.1 Subjektive Armutsmessung	73
6.2 Zeitaufwand für das Studium	76
6.2.1 Zusammenhang von Studienaufwand und Erwerbstätigkeit	76
6.2.2 Studienaufwand als Deprivationsindikator	77
6.2.3 Kombination aus finanzieller und studienbezogener Armut	78
7. Deskriptive Analyse der von Armut betroffenen Studierenden	81
7.1 Von Armut betroffene Studierende nach soziodemographischen Merkmalen	81
7.2 Von Armut betroffene Studierende nach studienbezogenen Merkmalen	88
7.3 Von Armut betroffene Studierende nach Erwerbsbeteiligung	91
7.4 Finanzielle Situation	93
8. Multivariate Analyse zur Armutsgefährdung von Studierenden	99
8.1 Methode der logistischen Regression	99
8.2 Modellbeschreibung	102
8.3 Ergebnisse der multivariaten Untersuchung von Einkommensarmut unter Studierenden	104
8.4 Ergebnisse der multivariaten Untersuchung von Studienarmut unter Studierenden	111
8.5 Fazit	117
9. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	121
10. Literaturverzeichnis	131
11. Anhang	137
11.1 Lebenslauf	137
11.2 Abstract in deutscher Sprache	139
11.3 Abstract in englischer Sprache	140

1. Einleitung

Armut unter Studierenden – Warum ist das überhaupt ein Thema?

Die Veröffentlichungen der Studierenden-Sozialerhebungen, welche explizit zur Aufgabe haben, die soziale Lage der Studierenden möglichst umfassend zu untersuchen, haben oft zur Folge, dass in diversen Medienberichten oder von hochschulpolitischen Akteur/inn/en anhand der jeweils gültigen EU-Armutsgefährdungsschwelle¹ versucht wird, Armutsquoten für Studierende zu errechnen. Die Ergebnisse, die hierzu bekanntgegeben werden, erscheinen allerdings wenig plausibel und die Berechnungsmethoden unzulässig. Umso dringender ist demnach die Frage, wie Armut unter Studierenden konkret gemessen werden kann, ob gängige Messkonzepte auf Studierende überhaupt angewendet werden können bzw. welche alternativen Messinstrumente für studentische Armut in Frage kommen. In dieser Hinsicht ist Armut unter Studierenden ein methodisch und theoretisch relevantes Thema.

Ebenso wird beispielsweise im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um Zugangsbeschränkungen und Studienbeiträge an den Hochschulen, die Treffsicherheit des Stipendien-systems stark angezweifelt. Darüber hinaus wird häufig befürchtet, dass zusätzliche Kosten für das Studium potentiellen Studierenden mit geringen finanziellen Ressourcen die Aufnahme eines Studiums erschweren oder aber Studierende aus finanziellen Gründen an der Fortsetzung ihres Studiums gehindert werden. Hinter diesem Diskurs stehen indirekt auch Annahmen über den Zusammenhang von studentischer Armut bzw. Einkommensarmut der Studierenden und Studienabbrüchen bzw. Verstärkung der sozialen Selektivität beim Hochschulzugang. Somit zeigt sich auch eine hohe politische Relevanz für die Untersuchung der Armutslagen der Studierenden.

Studierende stellen rund 5% der österreichischen Bevölkerung (über 18 Jahre) dar. Diese nicht unbedeutende Gruppe wurde in der Armutsforschung kaum betrachtet, obwohl die Studierenden-Sozialerhebung 2009 bereits gezeigt hat, dass rund ein Viertel der Studierenden von finanziellen Schwierigkeiten berichtet (Unger/ Zaussinger 2010: 417) und 13% der Studierenden im Laufe ihres Studiums für mindestens einen Monat nicht krankenversichert waren. Der Status „nicht versichert“ wird, in einem Staat mit allgemeinem Pflichtversicherungssystem, in einem Zusammenhang mit oder auch als Indiz für Armut bzw. Armutsge-

¹ 60% des äquivalisierten Medianhaushaltseinkommens der österreichischen Gesamtbevölkerung.

fährdung gesehen (vgl. Fuchs 2004). Insofern ist Armutsforschung unter Studierenden auch aus empirischer Sicht relevant.

Ziel dieser Arbeit ist es, Armut unter Studierenden Österreichs möglichst adäquat und umfassend darzustellen. Dabei werden folgende **Forschungsfragen** bearbeitet:

- Inwiefern können bereits bestehende Konzepte zur Messung von Armut auf die Situation von Studierenden angewendet werden?
- Lässt sich ein alternatives Armutskonzept zur Beschreibung der Situation von Studierenden entwickeln und welche Elemente müsste es umfassen?
- Welche Gruppen von Studierenden sind besonders von Armut betroffen bzw. welche Faktoren erhöhen das Armutsrisiko?
- Inwiefern zeigen sich Parallelen hinsichtlich der Risikogruppen zwischen Gesamtbevölkerung und Studierendenpopulation?

Hierzu ist es notwendig zuerst einen Überblick über theoretische Armutsansätze und Definitionen zu vermitteln (Kapitel 2). Im Anschluss daran wird deren Umsetzung in der österreichischen Armutsberichterstattung dargelegt (Kapitel 3). Im nächsten Abschnitt wird dann versucht, die in Österreich hauptsächlich verwendeten Armutsdefinitionen auf Studierende anzuwenden (Kapitel 6).

Für die empirische Untersuchung der Armutssituation von Studierenden werden die Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009 verwendet.² Hierbei wird mittels eines für die Messung der studentischen Armut adäquaten Konzepts Armut unter Studierenden deskriptiv und multivariat analysiert (Kapitel 6 bis 8).

Die zentralen Schritte und Ergebnisse der Arbeit werden in Kapitel 9 zusammengetragen und Schlussfolgerungen aus diesen gezogen.

² Als Mitarbeiterin an der Studierenden-Sozialerhebung war es mir möglich, für diese Diplomarbeit Sonderauswertungen mit diesem Datensatz durchzuführen.

2. Konzeptioneller Rahmen

2.1 Armut, Armutskonzepte und Armutsmessung

Der Zustand der Armut wird von strukturellen Ursachen ebenso ausgelöst wie von

„bestimmten Lebensumständen, Faktoren also, die etwas mit der aktuellen Lebenslage (als Zustandsbeschreibung und Momentaufnahme der Lebensbedingungen) und zugleich mit der spezifischen Lebensphase (als Ursachenbeschreibung biographischer und struktureller Zwänge und Risiken)“ (Dietz 1997: 17).

Armut ist kein absolut definierter Begriff. Seit Jahrhunderten versuchen Wissenschaftler eine einheitliche Definition oder Verständnis zu erlangen. Messkonzepte krankten an fehlender theoretischer Einbettung, Definitionen stehen mangelhafter Operationalisierungen gegenüber. Armut ist ein vielschichtiges Phänomen, welches, in Abhängigkeit der herrschenden sozialen und ökonomischen Bedingungen unterschiedlich wahrgenommen und thematisiert wird (vgl. Dietz 1997). Für Lidy (1974) kann demnach nicht eine einzige Armutsdefinition absolute Gültigkeit erlangen. Grundsätzlich ist „jede Definition zulässig, solange sie operational und meßbar ist“ (Lidy 1974: 23 zit. nach Hauser/ Neumann 1992: 245).

Dieses erste Kapitel soll einen Überblick zu Armutskonzepten liefern, um in weiterer Folge dieser Arbeit zu untersuchen, inwiefern die bestehenden Armutskonzepte auf die Situation von Studierenden anwendbar sind bzw. ob ein gänzlich neues Armutskonzept für Studierenden gefunden werden muss.

2.2 Absolute Armut

Nach Hauser und Neumann (1992: 245) ist *absolute Armut* als ein „Mangelzustand zu verstehen, der es nicht erlaubt die physische Existenz dauerhaft zu sichern“. Das Konzept der absoluten Armut basiert auf den Ergebnissen der Studie von **Benjamin Seebohm Rowntree**, welcher 1901 die Armut und Lebensbedingungen in der Provinzstadt York untersuchte (vgl. Dietz 1997: 84). Er legte eine einkommensbasierte Grenze fest, deren Unterschreitung die Sicherung der physischen Existenz unmöglich macht (vgl. Hauser/ Neumann 1992: 245, Burri 1998: 7), die „Überlebensgrenze“ (Dietz 1997: 85), welche in erster Linie die Dimensionen Ernährung, Unterkunft, Kleidung und medizinische Versorgung umfasst. Dabei werden in der Konzeption Seebohm Rowntrees die notwendigen Güter für das physische Existenzminimum (Mindestzufuhr von Kalorien beispielsweise) in Geldwerte umgerechnet (kosten-

günstigste Variante diese Güter zu erwerben) und so eine absolute Armutsgrenze bestimmt, die unabhängig vom allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung ist (vgl. Burri 1998: 7). Diese notwendigen Güter bleiben über die Zeit stabil, die Bedarfe ändern sich nicht. Es können sich bei einem Preisanstieg lediglich die Geldwerte ändern. Laut Piachaud (1992) kann dies zur Folge haben, dass

„(wenn) im Zuge wirtschaftlichen Wachstums ein Teil des gesellschaftlichen Wohlstandes auch die ärmeren Schichten erreicht, im Laufe der Zeit absolute Armut wahrscheinlich geringer, ja, gegen Null gehen“ (ebd.: 64) wird.

Die Festlegung des Standards kann niedrig (reiner Überlebensstandard) oder aber unter Einbeziehung von kultureller und sozialer Teilhabe relativ hoch erfolgen (ebd.: 64).

Rowntree unterscheidet weiter zwischen primärer und sekundärer Armut, wobei Personen in primärer Armut ein Einkommen haben, das nicht ausreicht, um die für die Erhaltung des physischen Existenzminimums notwendigen Güter („necessaries“ oder „necesseties“ (Fink 2010: 18)) zu erwerben. In sekundärer Armut lebende Personen verfügen zwar über ein Einkommen, welches das physische Existenzminimum übersteigt, geben aber Teile dieses Einkommens für „nicht-notwendige“ (Fink 2010: 16) Güter aus (vgl. Dietz 1997: 85). Rowntree führt hier beispielhaft Alkohol, Wetten und Spielsucht an, was, laut Fink (2010), dazu geführt hat, dass Rowntrees Differenzierung als „deserving“ und „undeserving poor“ interpretiert wurde (ebd.: 17).

Hierbei ist zu kritisieren, dass die Auswahl der Güter und Dienstleistungen, welche als notwendig (oder nicht-notwendig) erachtet werden, letztendlich auf Werturteilen beruht (vgl. Fink 2010: 18). Diese Auswahl wird noch dazu meist von Expert/inn/en getroffen, welche selten eigene Erfahrungen, mit dem Leben am Existenzminimum haben (ebd.: 18). Darüber hinaus setzt das Vorhandensein von Einkommen nicht zwingenderweise das nötige Wissen (für die Auswahl der kostengünstigen Einkäufe) oder das Können (z.B. Kochen) im Umgang mit Ressourcen voraus. Den Blickwinkel erweitert, vor allem in Hinblick auf die sekundäre Armut, die Bezugnahme auf die „tatsächliche Ausgabenstruktur von „ordinary people““ (Alcock 2006: 72 zit. nach Fink 2010: 19), welche nicht von Expert/inn/en festgelegte Güter, sondern empirisch beobachtetes Konsumverhalten einbezieht, die auch „nicht-notwendige“ Güter enthält und somit sekundäre Armut beschreibt (vgl. Fink 2010: 19).

„Die Armutsschwelle wäre demnach ein Einkommen, bei dem Personen, gegeben ihr „übliches Ausgabenverhalten“ (...), nicht über genügend Ressourcen für „notwendige Ausgaben“ verfügen.“ (Fink 2010: 19)

Nichtsdestotrotz muss eine Definition für notwendige und „übliche“ Ausgaben getroffen werden. Rowntree selbst, schloss in früheren Arbeiten Tee als notwendige Ausgabe ein, obwohl dieser zum physischen Überleben nicht beiträgt. In seinen späteren Arbeiten fallen auch Radio, Zeitung oder Urlaub in die Kategorie „notwendige“ Ausgaben. Peter Townsend greift diese Punkte in seinem Deprivationsansatz explizit auf (vgl. Fink 2010: 19; siehe auch Deprivation ab Seite 16).

Piachaud (1992: 65) kritisiert ebenfalls, dass die Bedarfe, die zum Überleben notwendig sind (physisches Existenzminimum), stets angreifbar bleiben, da Werturteile involviert sind. Die Frage „Muss es ein Dach über dem Kopf sein oder reicht ein Pappkarton?“ (ebd.: 65) verdeutlicht dies überspitzt.

Neben dem einfließenden Werturteil wird ferner die den Bedarfen für das physische Existenzminimum unterstellte zeitliche Konstanz angegriffen. Strukturelle Veränderungen wie zunehmende Urbanisierung, Industrialisierung und Technologisierung im Laufe des 20. Jahrhunderts führten zu Veränderungen in den Bedarfsstandards (vgl. Piachaud 1992). Die Beispiele reichen von der Einführung der Schulpflicht und den damit verbundenen Kosten für die Einzelnen bis hin zum elektrischen Strom und damit betriebene (Haushalts-)Gerätschaften, was für Piachaud (1992) unweigerlich zu dem Schluss führt, zu welchem auch Adam Smith 1892 gekommen ist: Die Bestimmung der Grundbedürfnisse (und somit von Armut) kann nur vor dem Hintergrund der jeweiligen Gesellschaftskonventionen erfolgen (vgl. Piachaud 1992: 65).

Darüber hinaus und ganz grundsätzlich werden enge Definitionen von absoluter Armut dahingehend kritisiert, dass sie einen Widerspruch in sich darstellen. Wer zu wenig zum *Überleben* hat, kann demnach nicht in (dauerhaft) in Armut *leben* (was sie, laut Verfechtern der absoluten Armutsdefinition auch nicht tun, weil in absoluter Armut Lebende, verhungern, bzw. auch erfrieren; vgl. u.a. Fink 2010: 16, Burri 1998: 7). Diese Form der Armut, welche nicht mehr umfasst als die reine „Subsistenz“ des Individuums, ist

„auf differenzierte, postindustrielle Gesellschaften nicht mehr anwendbar (...), da sich die soziale Existenz³ in einem reichen und hochentwickelten Land wie beispielsweise der Bundesrepublik nicht auf die rein materielle Sicherung von Nahrung, Kleidung und Obdach beschränken lässt“ (Dietz 1997: 87).

Obwohl seine Fokussierung auf Einkommen in der Literatur häufig kritisiert wird, sieht Fink (2010) Rowntrees Ansatz nicht als absoluten, rein einkommensbasierten Indikator für Armut. Er argumentiert, dass Rowntree das Einkommen lediglich zum Zwecke der Differenzierung der Formen von Armut heranzieht, Personen aber als arm bezeichnet, welche im Vergleich zur restlichen Gesellschaft „in offensichtlichem Mangel und Elend leben“ (Fink 2010: 16).

Amartya Sens Ansatz ist im ursprünglichen Sinne ebenfalls ein Armutsansatz, welcher sich an einem absoluten Armutsbegriff orientiert (vgl. Hauser 2008: 97, Piachaud 1992: 64). Sen sieht zwar eine Varianz der benötigten Güter zwischen Gesellschaften und Zeitpunkten, bezeichnet aber die „wesentlichen Handlungsnotwendigkeiten, denen diese Güter dienen, (als) absolut und invariant“ (Piachaud 1992: 64). Armut wird als „Mangel an Verwirklichungschancen“ (zit. Hauser 2008: 97; „capabilities“) verstanden und äußert sich in einem *„Mangel an individuellen finanziellen Potenzialen, (Einkommen, Vermögen), Mangel an individuellen nicht-finanziellen Potenzialen (Gesundheit, Bildung) sowie in einem Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen (politische Chancen, ökonomische Chancen, soziale Chancen, sozialer Schutz, ökologischer Schutz, rechtlicher und faktischer Schutz gegen Kriminalität sowie Informationsmöglichkeiten)“ (zit. nach Hauser 2008: 97).*

Der Kehrwert dieser Mängel, durch welche Armut definiert ist, beschreibt die Grundbedürfnisse der Menschen, die für Sen als absolute Größe anzusehen sind und (über Raum und Zeit) konstant bleiben (vgl. Piachaud 1992: 65). Wie auch bei Rowntrees Ansatz der absoluten Armut wird hier wieder die subjektive, von außen gesetzte aber nicht objektiv begründbare Festlegung eines Mindeststandards kritisiert, dessen Unveränderlichkeit über Gesellschaften und Zeit hinweg, für Piachaud nicht nachvollziehbar ist (ebd.: 65). Allerdings wird das von Sen erst als absolut konzipiertes, sehr umfassende Armutskonzept auch in (oder im Rahmen von) relativen Ansätzen angewandt.

³ Die soziale Existenz bzw. das sozio-kulturelle Existenzminimum stellen die Basis für die relative Armutskonzeption dar und werden im Zuge dieser Abhandlung in Kapitel 2.3 genauer erläutert.

Hauser (2008: 97) merkt an, dass, selbst bei der Verwendung des Konzepts in einem relativen Verhältnis, unklar bleibt, wie Mindeststandards, und in weiterer Folge ein Mangel an Verwirklichungschancen in einem bestimmten Bereich, zu definieren sind. Er wirft u.a. Fragen auf wie: Wie werden die durchschnittlichen Verhältnisse in einem Land bestimmt, die zur Entwicklung des relativen Indikators „Mangel“ notwendig sind? Wie werden die „Verwirklichungschancen“ konkret operationalisiert und empirisch erhoben? Welche Dimensionen sind sozialpolitisch relevant, wo kann der Sozialstaat Verbesserungen erzielen? Des Weiteren bleibt zu klären, wie mit dem Vorherrschen eines Mangels in einem Bereich und dem Überschreiten der Mindeststandards in einem (oder mehreren) anderen Bereich(en) umgegangen wird. Kann/soll/muss eine Hierarchisierung der einzelnen Verwirklichungschancen vorgenommen werden? Die Kehrseite des Konzepts der Verwirklichungschancen besteht darin, dass Menschen, die die zur Verfügung stehenden Chancen nicht nützen, in diesem Konzept keinen Platz finden. Hauser meint hierzu:

„Sens Definition von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen basiert letztlich auf einer liberalen, vom Freiheitsgedanken dominierten Staatsauffassung, die von einer hohen Selbstverantwortung des Einzelnen ausgeht. (...) Die in Deutschland dominierende Staatsauffassung weist dem Sozialstaat jedoch auch die Aufgabe zu, selbst für jene, die ihre Chancen nicht voll nutzen, ein sozio-kulturelles Existenzminimum zu gewährleisten.“ (Hauser 2008: 98)

2.3 Relative Armut

Anders als beim absoluten Armutsbegriff ist unter relativer Armut, „ein Mangel an Mitteln zu verstehen, der zur Sicherung des Lebensbedarfs auf dem jeweils historisch geltenden, sozialen und kulturellen, typischen Standard einer jeweiligen Gesellschaft beruht“ (Hauser/Neumann 1992: 246). Dieser Standard, der bei Armut unterschritten wird, ist in diesem Falle nicht das physische, sondern wird als „sozio-kulturelles Existenzminimum“⁴ (ebd.) bezeichnet. Wie bereits erwähnt, konzentrieren sich Forscher/innen in der westlichen Welt nahezu ausschließlich auf Armut in letzterem Sinne (vgl. Burri 1998: 8). Wie dieser multidimensionale Begriff des sozio-kulturellen Existenzminimums aber zu bestimmen sei, ist bis heute nicht einheitlich geklärt. Es kann zwischen materiellen und immateriellen, sowie objektiven und subjektiven Konzeptualisierungen von Armut unterschieden werden.

⁴ Der Fokus auf soziale Existenz bzw. das sozio-kulturelle Existenzminimum löste in post-industriellen die auf dem absoluten Existenzminimum beruhenden Armutsansätze ab (vgl. Dietz 1997: 87).

2.3.1 Ressourcenansätze/ Einkommenszentrierte Armutskonzepte:

Armut über Einkommen zu definieren unterstellt einen „indirekten“ (Andreß 1999: 72) Zusammenhang zwischen den ökonomischen Ressourcen und der Erreichung des sozio-kulturellen Existenzminimums (vgl. Hauser/ Neumann 1992: 246, Böhnke 2001: 317). Es wird davon ausgegangen, dass Personen (ohne spezielle Bedürfnisse und ohne Schulden), die über genügend materielle Ressourcen verfügen, diese einsetzen, um das sozio-kulturelle Existenzminimum zu erreichen (vgl. Böhnke 2001: 317). Umgekehrt bedeutet dies, dass Personen, deren Einkommen zu niedrig ist, das sozio-kulturelle Existenzminimum nicht erreichen. Dieser auf Einkommen und materielle Ressourcen fokussierte Armutsbegriff (auch Einkommensarmut) lässt sich, nach Hauser (2008: 100) relativ einfach feststellen und auch sozialpolitisch bekämpfen.

Der auf Einkommen (meist definiert als verfügbares Einkommen aus (un)selbständiger Erwerbstätigkeit und/oder aus Vermögen zuzüglich Sozialleistungen und abzüglich Sozialversicherungsbeiträgen und direkten Steuern) basierte Armutsbegriff wird meist nicht außerhalb des Haushaltskontextes verwendet (siehe dazu auch Kapitel 3.1.1 Abschnitt „Haushalt“), da sich ergebende „privatrechtliche Unterhaltspflichten und faktische Einsparungen beim Zusammenleben“ (Hauser 2008: 101) ansonsten ignoriert würden. Die daraus entstehenden Annahmen laut Hauser (2008: 101, vgl. auch Andreß 1999) sind:

- 1) Pool-Annahme: Die Einkommen aller Personen eines Haushalts/einer Bedarfsgemeinschaft fließen zusammen und befriedigen die Bedürfnisse aller Haushaltsmitglieder.
- 2) Wohlfahrtsgleichverteilungsannahme: Alle Haushaltsmitglieder erreichen das gleiche Wohlfahrtsniveau.
- 3) „Equivalence of Scale“ (Andreß 1999: 85): Durch das gemeinsame Leben in einem Haushalt entstehen Einsparungen, weiters sind die Aufwendungen für die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern geringer als jene von Erwachsenen (Äquivalenzskalen bestimmen wie viel zusätzliches Einkommen notwendig ist, um das Wohlfahrtsniveau weiterer Personen im Haushalt zu nivellieren).
- 4) „Annahme des gleichen ethischen Wertes aller Haushaltsmitglieder“ (Hauser 2008: 101): Wenn das äquivalisierte Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze liegt, werden alle Personen des Haushalts als arm gezählt. Das heißt die Population der (Einkommens-)Armen umfasst Personen, nicht Haushalte.

Diese Annahmen werden für das Ziel dieser Arbeit im Abschnitt 5.2.1 weiter beleuchtet, kritisiert und gegebenenfalls modifiziert.

Die Festlegung der Armutsgrenzen kann über mehrere Wege erfolgen. Diese ist aber in den meisten Fällen willkürlich oder entspricht internationaler Konventionen. Hauser identifiziert drei Standards, die zur Festlegung dieser Grenzen herangezogen werden:

1) Expert/inn/enstandard

Die wohl am häufigsten in der EU und OECD verwendete Grenze für (Einkommens-)Armut, bezieht das nach Äquivalenzskala gewichtete Haushaltsnettoeinkommen (jeweils nach Äquivalenzskala gewichtet s.o.) einer Person auf das nationale Durchschnittsnettoeinkommen (vgl. Dietz 1997). Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren auf die Grenze von 60% des Äquivalenzmedianeinkommens geeinigt. Personen, die in einem Haushalt leben, dessen (gewichtetes) Haushaltseinkommen unter dieser Schwelle liegt, gelten als „armutsgefährdet“ (bzw. „einkommensarm“; Dietz 1997: 96). Von „strenger Armut“ (Dietz 1997: 96) wird beim Heranziehen der Grenze von 40% des nationalen Medians gesprochen (zur genauen Verwendung von Äquivalenzskalen, Einkommenszusammensetzung etc. im europäischen und österreichischen Kontext siehe Kapitel 3.1).

Bei der Warenkorbmethode (basierend auf dem Ansatz von Rowntree) legen Expert/inn/en fest, wie viel Geld eine Person benötigt, um eine festgelegte Menge an Gütern und Dienstleistungen erwerben zu können, die zuvor von Expert/inn/en als notwendig erachtet wurden. Dies kann sowohl auf das Erreichen des physischen als auch sozio-kulturellen Existenzminimums abzielen. Bis in die 1980er Jahre wurde diese Methode in Westdeutschland zur Bestimmung der Regelsätze der Sozialhilfe verwendet (Hauser 2008: 103). Probleme, die im Zusammenhang mit der Warenkorbmethode zu bedenken sind, sieht Piachaud (1992), neben der Komplexität der (durchschnittlichen) Bedarfsermittlung an Kalorien nach unterschiedlichsten Individualmerkmalen, in der Bestimmung dessen, was neben Nahrung erforderlich ist, um das sozio-kulturelle Existenzminimum zu erreichen (Tabak oder Alkohol beispielsweise). Neben Werturteilen (von Expert/inn/en), die in diese Bestimmung miteinfließen, liegt die Schwierigkeit auch darin, Unterschiede im individuellen Verhalten für die Bestimmung einer gesamtgesellschaftlich gültige Armutsgrenze zu berücksichtigen (ebd.: 69).

2) Befragungsstandard

Dem entgegenet der Befragungsstandard durch Befragung der Bevölkerung selbst, wie viel Einkommen eine Person zur Verfügung benötigt, damit ein sozio-kulturelles Existenzminimum erreicht werden kann (siehe hierzu auch Kapitel 2.3.3).

Ein anderes Beispiel der Umsetzung des Befragungsstandards ist der Deprivationsansatz von Peter Townsend, bei dem Befragte ihren „Lebensstandard“ (Fink 2010: 22) mit Hilfe einer Liste von Faktoren darstellen sollen (vgl. Hauser/ Neumann 1992: 105). Dieser Ansatz ist aus der Kritik am eindimensionalen einkommensbasierten Armutsbegriff entstanden und versucht der Mehrdimensionalität von Armut Rechnung zu tragen. Townsend versucht das Verhalten mit dem Einkommen in Beziehung zu setzen, und verfolgt damit die Idee, dass ab einer gewissen (Armuts-)Schwelle mit sinkendem Einkommen die Deprivation in bestimmten (als für den Mindeststandard notwendig definierten) Lebensbereichen überproportional zunimmt. Dies bedeutet allerdings auch, dass auch Townsend rein technisch gesehen die Armutsgrenze monetär definieren muss. Allerdings versucht er auf anderer theoretischer Grundlage als die bereits vorgestellten Konzepte zu einem Ergebnis zu kommen (vgl. Fink 2010: 24). In den Überlegungen von Townsend besteht ein Ressourcenbezug, der wesentlich breiter gefächert ist, als bisher rein monetär definierte Armutskonzepte. Townsend definiert relative Deprivation wie folgt:

„‘Relative Deprivation’ is the absence of those diets, amenities, standard, services and activities which are common or customary in society. People are deprived of the conditions of life which ordinarily define membership of society.”(Townsend 1979: 915 zit. nach Dietz 1998: 99)

Mit Hilfe eines Sets von 60 Indikatoren, welche Ernährung, Kleidung, Heizung, Strom, Einrichtung, Wohnung, Wohnungsausstattung, Wohnungsumfeld, Sicherheit, Familie, Freizeit, Erziehung, Gesundheit und soziale Kontakte, welche die Befragten beantworten müssen, miteinschließen, wird ein Deprivationsindex gebildet. Das Fehlen von mehreren dieser Aspekte wird als Deprivation bezeichnet (vgl. Piachaud 1992: 70), wobei nach inhaltlich unterschiedlichen Indikatorgruppen auch verschiedene Arten von Deprivation (objektiv, normativ oder subjektiv) identifiziert werden können (vgl. Dietz 1997: 99).

Townsend errechnet in Folge einen Deprivationsindex über die verschiedenen Bereiche und setzt diesen mit dem (gewichteten Haushalts-) Einkommen in Beziehung. Er kommt dabei

zu dem Schluss, dass seine Daten Anzeichen dafür geben, dass es eine Einkommensschwelle gibt, unter welcher die Deprivation disproportional zunimmt (er vermutet diese bei rund 150% des englischen Sozialhilfeniveaus). Piachaud bezweifelt aber die Aussagekraft der von Townsend verwendeten Indikatoren und zweifelt grundsätzlich die Existenz einer derartigen Schwelle an. Vielmehr vermutet er eher ein Kontinuum zwischen Einkommen und Deprivation (vgl. Piachaud 1992: 71f). Nichtsdestotrotz sieht Fink den

„wesentlichen Unterschied zu rein einkommensbasierten Definitionen von Armut (...; darin), dass dieser Schwellenwert aus unterschiedlichen Dimensionen bzw. items der tatsächlichen Teilhabe abgeleitet wird, wobei in den gegenständlichen Deprivationsindex neben materiellen Dimensionen auch soziale Dimensionen Eingang finden.“ (Fink 2010: 24)

Eine Weiterentwicklung dieser Methode ist, dass Forscher/innen ein Set von Indikatoren in zweifacher Weise abfragen. Einerseits, ob die befragte Person über eine Sache verfügen kann/ein bestimmtes Gut besitzt und andererseits, ob diese Person, dieses Gut als notwendiges Element für das sozio-kulturelle Existenzminimum erachtet (vgl. Hauser 2008: 105; siehe dazu ab Seite 16).

3) Politischer Standard

Dieser wird laut Hauser von „einer legitimierten Instanz festgesetzt“ und untersteht ebenfalls dem Konzept der relativen Ressourcen-Ansätze (Hauser 2008: 103). Einerseits kann die von der Europäischen Union festgelegte „Armutsrisikogrenze“ bei 60% des Medianeinkommens (siehe dazu auch Kapitel 3.1.1) als eine Form von politisch festgelegtem, von „Expert/inn/en-Meinungen“ gestützten, Standard angesehen werden. Andererseits sind mit politischen Standards im engeren Sinne die staatlichen Einkommensgrenzen gemeint, die auf sozialstaatlicher Ebene das sozio-kulturelle Existenzminimum bestimmen. In Deutschland beispielsweise wurde bis in die 1980er Jahre die Warenkorbmethode zur Ermittlung der Regelsätze für die Sozialhilfe angewendet. In neuerer Zeit, wurde dieses Modell etwas abgeändert, beruht allerdings immer noch auf der Ermittlung von Einkommen und Ausgaben für bestimmte Güter und Dienstleistungen (vgl. Hauser 2008: 106). Personen bzw. Haushalte, deren Einkünfte unter dieser so berechneten Mindestgrenze liegen, werden dann im Rahmen von sozialstaatlichen Transferleistungen über diese Mindestgrenze gehoben. In Österreich werden hierfür als Maßstäbe die Höhe der Ausgleichszulage im Pensionsystem bzw. die Richtsätze der Sozialhilfe oder in Zukunft auch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung herangezogen (vgl. Fink 2010: 22). Kritisiert wird an dieser Festlegung, dass

diese „willkürlich bzw. basierend auf rein politischen Rationalitäten (z.B. orientiert an budgetpolitischen Opportunitäten oder durch politische Akteur/inn/e/n wahrgenommenen „öffentlichen Meinung“; Fink 2010: 22; vgl. auch Hauser 2008: 106, Piachaud 1992: 67). Weiters ist laut Dietz (1997) nicht gesichert, dass die deutsche bzw. die von den deutschen Bundesländern ermittelte Sozialhilfeschwelle, tatsächlich die materielle oder kulturelle Teilhabe am Leben ermöglicht.

Personen, die durch sozialstaatliche Leistungen (Sozialhilfe etc.) aus der gesetzlich definierten Armut gehoben wurden, können unter dem Überbegriff „bekämpfte Armut“ zusammengefasst werden. Dies würde streng nach dieser Logik bedeuten, dass es laut dieser Definition keine Armut gibt, weil Personen, deren Einkommen nicht ausreicht, durch sozialstaatliche Hilfe von Armut befreit würden. Hauser (2008: 107) sieht allerdings, vor allem in Hinblick auf andere Messkonzepte von Armut, die die Armutsschwelle höher ansetzen als die politischen Standards im engeren Sinne, das Problem, dass Personen, die durch sozialstaatliche Leistungen (auch in Form von Teilleistungen) aus der politisch definierten Armut gehoben werden, nicht zwingenderweise „nicht arm“ sind.

Andererseits nehmen nicht alle Personen, deren Einkommen unter dieser festgelegten Schwelle liegen, sozialstaatliche Hilfe in Anspruch. Dietz spricht in diesem Zusammenhang von „latenter Armut“⁵ oder „hypothetischer Armut“. Dietz (1997) definiert latent oder hypothetisch Arme folgendermaßen:

„Latent arm sind alle diejenigen Personen oder Haushalte, deren Einkommen unterhalb der gesetzlich festgelegten Armutsgrenze liegt, die aber aus welchen Gründen auch immer ihre Ansprüche auf Unterstützung nicht oder nur zum Teil geltend machen. (...) Hypothetische Armut wiederum geht noch über diesen Bereich hinaus und benennt diejenigen Personen oder Haushalte, welche durch private Umschichtungen von Mitteln, Zuwendungen Dritter (auch öffentlicher Mittel außer Sozialhilfe) oder durch Verfügbarmachen zusätzlicher Einkommen ohne Sozialhilfe ihre Notlage vorübergehend oder dauerhaft verbessern können.“ (Dietz 1997: 95)

⁵ Hauser (2008) spricht von „verdeckter Armut“.

Alternative Armutsgrenzen innerhalb der relativen ressourcenbasierten Konzeption von Armut

Ernst Engel schrieb bereits 1857 in seinem Artikel „The relations of production and consumption in the Kingdom of Saxony“: „The poorer a family, the greater the part of total expenditures must be spend on food“ (Ernst Engel 1857: 28f zit. nach Perthel 1975: 211). Ausgehend von den Ergebnissen dieser Studie wurden sogenannte „food-ratio-poverty lines“ (Fink 2010: 21) ermittelt: Basierend auf der Annahme, dass Personen in gleichen Einkommensgruppen einen ähnlich großen Anteil ihres Budgets für Grundbedürfnisse (Ernährung, Wohnen, Kleidung etc.) ausgeben, wird bei food-ratio-poverty lines versucht, eine Einkommensschwelle zu bestimmen, ab der der Anteil der Ausgaben für Grundbedürfnisse im Verhältnis zum Einkommen disproportional schwach ansteigt (vgl. Perthel 1975, Fink 2010).

In Kanada wird beispielsweise mit sogenannten „Low Income Cut-Offs (LICOs)“ zur Bestimmung der Armutsgrenze gearbeitet. Im ersten Schritt wird dabei der durchschnittliche Anteil der Ausgaben für Grundbedürfnisse (Lebensmittel, Kleidung, Wohnen) an den Einnahmen über alle Kanadier/innen gerechnet, anschließend wird unter Berücksichtigung der Haushaltskonstellationen die Einkommensschwelle ermittelt, bei der die Ausgaben für Grundbedürfnisse anteilmäßig 20%-Punkte über dem Durchschnittsverhältnis liegen. In Kanada werden durchschnittlich rund 42% der Einnahmen für Grundbedürfnisse ausgegeben, der für die Festlegung der Armutsgrenze relevante Anteilswert beträgt demnach 62% (Fink 2010: 21). Diese alternative Art eine Armutsgrenze festzulegen, hat den Vorteil, dass eben Ausgabenstrukturen mitberücksichtigt werden. Neben Engel wurde dieses Konzept auch von Mollie Orshansky in den 1960er Jahren verwendet. Hierbei wurde die vom U.S. Department of Agriculture berechnete „economy diet“ (Van Praag, Spit, Van de Stadt 1982: 691) als Armutsindikator eingeführt, auf Basis dessen die Armutsgrenze definiert wurde (ebd.). Allerdings sieht Fink (2010) hier wieder das Problem, dass neben der Definition der Grundbedürfnisse und der Festlegung der Äquivalenzskalen auch die schlussendliche Grenzziehung (hier bei 20%-Punkten) wieder (von Expert/inn/en mehr oder weniger) willkürlich gewählt wurde.

2.3.2 Lebenslagen-Ansatz

Der Lebenslagen-Ansatz gilt als Ausgangspunkt für sowohl Townsends Deprivationsansatz als auch Sens Capability-Ansatz (wobei letzterer in dieser Arbeit vorrangig als absoluter

Armutsbegriff gesehen wird; vgl. Dietz 1998: 104, Fink 2010: 35). Zurückgehend auf Otto Neurath (1931) definiert dieser „Lebenslage“ als den

„Inbegriff all der Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche, menschliche Umgebung, all das gehört zur Lebenslage (...)“ (Neurath 1931, zit. nach Engels 2006: 3)

und legt damit den Grundstein für die mehrdimensionale Armutsbetrachtung. Weisser geht weiter und definiert Lebenslage als den

„Spielraum, den einem Menschen (einer Gruppe von Menschen) die äußeren Umstände nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den Sinn seines Lebens bestimmen.“ (Weisser 1956: 986, zit. nach Hauser/ Neumann 1992: 247).

In diesem Sinne steht der Lebenslagen-Ansatz im Gegensatz zu Lebensstandard-Ansätzen (wie der Deprivationsindex von Townsend), welche sich auf die realisierte/n Grundausrüstung/ Aktivitäten beziehen. Lebenslagen-Ansätze im Weisser'schen Sinne (wie auch der Capability-Ansatz) sind darauf konzentriert, in Anbetracht von strukturierenden Faktoren bzw. vorhandener Güterausstattungen („äußere Umstände“) potentiell erreichbare Lebenslagen zu analysieren (vgl. Fink 2010: 36). Ingeborg Nahnsen versucht den Ansatz empirisch anwendbar zu machen und unterscheidet fünf Einzelspielräume (vgl. Fink 2010: 36, Engels 2006: 3, Leßmann 2006: 33):

- *„Versorgungs- und Einkommenspielraum (Versorgung mit Gütern und Diensten)*
- *Kontakt- und Kooperationsspielraum (Pflege sozialer Kontakte, Zusammenwirken mit anderen)*
- *Lern- und Erfahrungsspielraum (Sozialisationsbedingungen, Form und Inhalt der Verinnerlichung sozialer Normen, Bildung und Ausbildung, Arbeitserfahrungen, räumliche Mobilität)*
- *Muse- und Regenerationsspielraum (psycho-physische Belastungen durch Arbeit, Wohnumfeld, Umwelt, Existenzunsicherheit)*
- *Dispositionsspielraum (Mitentscheidung auf verschiedenen Lebensgebieten“* (Fink 2010: 36)

Um nicht in eine handlungstheoretische Diskussion zu verfallen und damit die objektiven Lebensbedingungen in den Hintergrund treten zu lassen, sieht Engels (2006) die Notwen-

digkeit, die „objektiven Merkmale“ (die „natürlichen, gesellschaftlichen und personenbezogenen Handlungsvoraussetzungen“) vom „subjektiven Umgang mit der Lebenslage“ zu trennen (Engels 2006: 4).⁶ Diese engere Interpretation legt den Fokus wieder eher auf die tatsächliche (und weniger auf die potentielle) Versorgungssituation, was somit laut Hauser (1992) ein Verständnis von „Armut als Komplex multipler sozialer Deprivation“ (Hauser/Neumann 1992: 247) erlaubt (vgl. auch Alisch 1998). Dietz (1998: 104) sieht ebenfalls Parallelen zwischen den Ebenen der von Weisser definierten „Spielräume“ und den Deprivationsbereichen von Townsend (siehe dazu auch weiter unten).

Das Lebenslage-Konzept sieht demnach vor, dass gewisse Mindeststandards, „Unterversorgungsschwellen“ (Klocke 2000: 316) in jedem der genannten – und voneinander abhängigen – (materiellen und immateriellen) Bereiche erreicht werden müssen, um als nicht arm zu gelten. Hierbei betont Nahnsen, ähnlich wie auch Nussbaum (Vertreterin des capability-Ansatzes), dass das Unterschreiten eines Mindeststandards in einem Lebensbereich durch das Überschreiten in einem anderen nicht ausgeglichen werden kann. Bereits das Unterschreiten in einem Bereich deutet auf einen Mangel hin (vgl. Fink 2010: 37).

Der Lebenslagen-Ansatz, wie auch der bereits besprochene Capability-Ansatz, betont und integriert die Mehrdimensionalität des „Phänomens“ Armut und versucht über den einkommenszentrierten „Tellerrand“ der Armutsforschung zu blicken. In beiden Fällen steht der Mensch als Handelnder im Mittelpunkt, wobei die zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume zentral sind (vgl. Leßmann 2006: 39). Leßmann sieht beide Ansätze in der Armutsberichterstattung als gewissermaßen etabliert an, indem diese als Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichte Deutschlands⁷ (Lebenslage-Ansatz) und die Human Development Reports (Capability-Ansatz) herangezogen wurden (ebd.: 39).

Allerdings wird in der Literatur häufig kritisiert, dass durch die Verwendung von Handlungsspielräumen und Verwirklichungschancen als Konzeptionen unklar bleibt, wo die Grenzziehung zwischen arm und nicht arm erfolgen soll (vgl. Leßmann 2006: 39, Fink 2010: 37, Klocke 2000: 317). Weiters sieht Fink den Anspruch der beiden Ansätze, nicht von realisierten Lebensumständen, sondern von Möglichkeiten auszugehen, als nicht erfüllt. In der Empirie wird vor allem mit den tatsächlich realisierten Lebensstandards gearbeitet und es wird von

⁶ Der doppelte Charakter von Verwirklichungschance und deren – individuelle – Nutzung wurde auch bei Sen häufig kritisiert und ist im Capability-Ansatz noch stärker verankert (Engels 2006: 4).

⁷ Wobei Sell die Umsetzung und Operationalisierung des Lebenslagen-Ansatzes in den Armuts- und Reichtumsberichten stark kritisiert (Sell 2002: 20f)

diesen auf die wahrgenommenen Möglichkeiten geschlossen, womit dann allerdings konzeptionell nicht mehr von Lebenslage (mit all ihren potentiellen Handlungsspielräumen), sondern von Lebensstandard zu sprechen wäre, und sich der Ansatz somit von Townsends Deprivationsansatz kaum mehr unterscheidet (vgl. Fink 2010: 37).

Darüber hinaus sind Handlungsspielräume nicht einfach beobachtbar sondern müssen sichtbar gemacht werden bzw. „entlang der jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert werden“ (Fink 2010 37). Weiters müssen Handlungsmöglichkeiten einerseits hinsichtlich der reinen Anzahl andererseits hinsichtlich ihrer Qualität beurteilt werden. Im Grunde genommen existieren in beiden Ansätzen auch keine vollständigen „Listen“ von Dimensionen (vgl. Fink 2010, Leßmann 2006, Engels 2006).

2.3.3 Subjektive Armut

Subjektive Ansätze zur Armutsmessung bzw. zur Bestimmung von Armutsgrenzen beruhen nicht, wie die bisher vorgestellten Konzepte auf einer Festlegung von Expert/inn/en oder Politiker/inne/n, sondern auf subjektiven Einschätzungen aller Gesellschaftsmitglieder, unter Einschluss der potentiell Betroffenen und/oder sollen von Armut Betroffene identifizieren (vgl. Burri 1998: 10). Burri geht davon aus, dass subjektive Armutskonzepte interpersonelle Werturteile besser vermeiden als „objektive“ Armutsgrenzen (bei denen von Expert/inn/en und Politiker/inne/n Armutsgrenzen festgelegt werden). Vertreter/innen dieses Ansatzes gehen des Weiteren davon aus, dass, „weil Armut eine subjektive Empfindung sei, könne sie durch von Dritten festgelegte (objektive) Ausstattungs- und Versorgungsminima nicht adäquat erfasst werden“ (Burri 1998: 10, vgl. auch Andreß 1999: 96).

Wie weiter oben unter „Befragungsstandard“ (siehe Seite 16) schon angeschnitten, kann das subjektive Armutskonzept für eine Erweiterung des Deprivationsansatzes von Townsend verwendet werden. Mack und Lansley sehen Armut als ein „durch Ressourcenmangel erzwungenes Fehlen gesellschaftlich als notwendig eingestufte Güter oder Aktivitäten“ (Burri 1998: 13, vgl. auch MacPherson/ Silburn 1998: 12). Unter Einbindung der Befragten wurde evaluiert, welche Güter/Aktivitäten als gesellschaftlich notwendig angesehen werden, und welche Güter selbst besessen werden. Nur das Fehlen von als notwendig eingestuft Gütern wurde in die weiteren Analysen aufgenommen, da nur diese als relevant für das Gefühl der Deprivation angesehen wurden. Es zeigte sich, dass nicht nur Güter für das physische Existenzminimum als notwendig erachtet wurden, sondern auch darüber hinausgehende Aspekte, welche die „Lebensqualität“ beschreiben (Burri 1998: 13).

Darüber hinaus werden auch Ansätze verfolgt, die darauf abzielen, Personen direkt nach der Adäquatheit bestimmter Einkommenshöhen zu fragen, um eine willkürliche Vorselektion von Gütern zu vermeiden (vgl. MacPherson/ Silburn 1998: 13). Diese Variante der subjektiven Armutsgrenze beruft sich ebenfalls auf den Standpunkt, dass das subjektive Empfinden arm zu sein nicht notwendigerweise mit den objektiven Kriterien von Armut übereinstimmen muss. Personen, die beispielsweise ein Einkommen unter der festgelegten Armutsgrenze beziehen, können subjektiv von sich behaupten, nicht arm zu sein. Andererseits gibt es Personen, die sich subjektiv als arm bezeichnen, obwohl ihr Einkommen über dem festgelegten sozio-kulturellen Existenzminimum liegt (vgl. Burri 1998: 11, De Vos/ Garner 1991: 268). Dieser Ansatz kann sowohl für Entwicklungsländer als auch für Industrieländer angewendet werden und eignet sich besonders gut für Subgruppenuntersuchungen (vgl. Ravallion/ Bidani 1994: 76).

Ganz grundsätzlich wird im subjektiven Armutskonzept die Einbettung des Individuums in seinen sozio-kulturellen Kontext noch stärker betont als in anderen Armutskonzepten. Das Individuum wird als in einer bestimmten Gesellschaftsschicht/-gruppe verankert angesehen, wobei davon ausgegangen wird, dass die persönliche Situation in Referenz zu dieser abgewogen wird (vgl. Pradham/ Ravallion 2000: 462, Ravallion/ Bidani 1994: 75, De Vos/ Garner 1991: 268). In der subjektiven Konzeption wird von Armut nicht im Zusammenhang mit Einkommen *oder* Ausgaben gesprochen, da beide Aspekte hier ihre Berücksichtigung finden, sondern von der „Wohlfahrt der Betroffenen“ (Burri 1998: 12, vgl. Van Praag/ Spit/ Van de Stadt 1982).

Zur Festlegung der subjektiven Armutsgrenzen werden hier zwei Varianten vorgestellt, die vor allem von niederländischen und U.S. amerikanischen Forscher/innen verwendet werden (zit. nach Burri 1998: 11, Kaptey/ Kooreman/ Willemse 1988: 223):

1. Subjektive Armutsgrenze basierend auf der „Minimaleinkommensfrage“ (minimum income question; MIQ)
2. „Leyden Poverty Line (LPL)“ basierend auf Einkommensevaluierungsfragen (IEQ)⁸

ad 1) Die Subjektive Armutsgrenze basiert hier auf der Minimaleinkommensfrage,⁹ die Befragte in Bezug auf ihre aktuelle persönliche Situation einschätzen lässt, wie hoch das ver-

⁸ Diese beiden Methoden werden in Österreich und Europa vornehmlich dazu verwendet, die Äquivalenzskalen besser zu untersuchen und abwägen zu können, ob und welchen Einfluss die Haushaltsgröße auf das Haushaltseinkommen und die darauf basierende Armutsgrenze hat. (Tentschert/ Till/ Riedl 2000: 7; vgl. auch De Vos/ Garner 1991: 268).

fügbare Einkommen mindestens sein müsste, um „über die Runden“ zu kommen. Es hat sich gezeigt, dass dieses Minimaleinkommen in Zusammenhang mit dem tatsächlich verfügbaren Einkommen, der Haushaltsgröße und -zusammensetzung etc. der Respondent/inn/en steht: Personen mit höherem Einkommen schätzen auch den Mindestbedarf höher ein bzw. überschätzen diesen. Umgekehrt unterschätzen Personen mit niedrigen Einkommen den Mindestbedarf (vgl. Andreß 1999). Aus diesem Grund wird in elaborierteren Ansätzen das angegebene Minimaleinkommen mit der Haushaltsgröße in Beziehung gesetzt, woraus sich eine subjektive Einkommensschwelle ergibt, an welcher das tatsächliche Einkommen mit dem Mindesteinkommen übereinstimmt und somit die Höhe des Einkommens beschreibt, mit dem Menschen (kontrolliert nach Haushaltsgröße) gerade so über die Runden kommen. Personen mit einem Einkommen unter dieser Armutsgrenze sind demnach als „arm“, Personen mit einem Einkommen über dieser Grenze als „nicht arm“ zu bezeichnen (vgl. Kaptey/ Kooreman/ Willemse 1988: 223, Tentschert/ Till/ Redl 2000: 12).

Der CSP-Ansatz (Center for Social Policy at Antwerp University) arbeitet ebenfalls mit der Minimaleinkommensfrage, fragt aber zusätzlich, wie der Haushalt mit den derzeitigen Mitteln auskommt. Damit sollen Personen identifiziert werden, die ihre Situation nahe dem Existenzminimum einschätzen. Diese fungieren dann als „Expert/inn/en“ für die Festlegung der Armutsgrenze (im Gegensatz zu Personen mit Einkommen, welche weit über dem Existenzminimum liegen).

ad 2) Die Leyden Poverty Line basiert auf einer ähnlichen Einschätzung, allerdings sind die Respondent/inn/en hierbei angehalten, die Höhe des Einkommens anzugeben, welches sie unter den derzeit für sie herrschenden Rahmenbedingungen (Familie etc.) als „sehr schlecht“, „schlecht“ „unzureichend“ „ausreichend“ „gut“ oder „sehr gut“ bezeichnen würden.

Anwendungsbeispiel:

In der Analyse von Tentschert/ Till/ Redl zu Minimal income requirements (2000) wurde im ersten Schritt der Modellierung die Minimaleinkommensfrage, ohne näherer Untersuchungen oder Transformationen (Haushaltsgröße, Einkommenshöhe etc.), als Definition für die soziale Armutsgrenze herangezogen und alle als arm definiert, deren Haushaltseinkommen

⁹ „Which after tax monthly income do you, in your circumstances, consider to be absolutely minimal? That is to say that with less you could not make ends meet.“ (Kaptey/ Kooreman/ Willemse 1988: 223)

unter dem von ihnen genannten Minimaleinkommen lag. Diese Methode ist einfach anzuwenden, berücksichtigt aber lediglich die individuelle Entscheidung über die Höhe des Minimaleinkommens. Dies führt dazu, dass Haushalte von vergleichbarer Größe und vergleichbarem Einkommen aufgrund der unterschiedlichen individuellen Festlegung des Minimaleinkommens in beide Kategorien (arm-nicht arm) fallen können. Für Österreich wurde so eine Armutsquote von 21% errechnet. Unter Bezugnahme auf alle Angaben zur Höhe des Minimaleinkommens errechneten Tentschert et al. eine Armutsquote von 15% für das Jahr 2000 (European Community Household Panel). Das heißt die Armutsquote wird mit der einfachen Variante tendenziell überschätzt.

Kritisch sehen Tentschert et al. (2000) an diesem Ansatz, dass, ähnlich wie bei anderen relativen Armutskonzepten, dieser scheinbar eher die soziale Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft abbildet, als wirklich Armut zu messen. Wie auch andere einkommenszentrierte Armuts Grenzen stagniert die Gruppe der Armutsgefährdeten, wenn das Wohlstandsniveau allgemein gleichmäßig ansteigt. Positiv an subjektiven Armuts Grenzen sehen sie, dass sie sowohl die Wahrnehmung des erwünschten wie auch des aktuellen Wohlfahrtsniveaus berücksichtigen und vor allem für Länder (oder Gruppen) anwendbar sind, bei denen es zu einem schnellen Anstieg des nominellen Einkommensniveaus kommt.

Burri (1998) sieht die fehlende politische Akzeptanz subjektiver Armuts Grenzen als problematisch an. Weiters zweifelt er an der Validität dieser Grenzen (ebd.: 11). Tentschert et al. sehen ebenfalls viel Aufholbedarf in diesem Feld, da weiterhin unklar bleibt, welche Faktoren – außer Einkommen und Haushaltsgröße – in das Antwortverhalten von MIQ und IEQ einfließen.

Grundsätzlich sind sowohl für die MIQ als auch für die IEQ folgende Punkte zu berücksichtigen (Tentschert/ Till/ Redl 2000: 15):

- Für international vergleichbare Studien muss gewährleistet werden, dass das richtige und vergleichbare „Wording“ der Frage gewählt wird. Weiters müssen Fragen einer Reihe von kognitiven Pretests unterzogen werden, um die Validität des Indikators zu erhöhen (vgl. auch Burri 1998).
- Die Erwartungshaltungen der Respondent/inn/en hinsichtlich Arbeits- und Kapitalmarktveränderungen fließen ebenfalls mit in die subjektive Auffassung von Armut und Minimaleinkommen mit ein.

- Die Referenzgruppe spielt in diesem Ansatz eine besondere Rolle (Mit welchem Lebensstandard vergleichen sich die Respondent/inn/en?).
- Kulturelle Faktoren sind nicht zu vernachlässigen (gilt speziell für international vergleichende Studien).

3. Armutsberichterstattung in Österreich

Nach einem Überblick über die zentralen Konzepte der Armutsforschung soll an dieser Stelle darauf eingegangen werden, wie diese im Zuge der Armutsberichterstattung in Österreich umgesetzt werden. In Hinblick auf die Frage, inwiefern bestehende Armutsmesskonzepte auf die Situation von Studierenden angewendet werden können, ist es notwendig, eine tiefergehende Darstellung der zentralen Definitionen zu liefern. Weiters werden ausgewählte Ergebnisse des EU-SILC 2010 und besonders armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen präsentiert. Im Anschluss daran werden für diese Arbeit relevante Kritikpunkte an den der Armutsberichterstattung zugrundeliegenden Konzepten und deren Umsetzung in der Praxis angeführt.

3.1 EU-geleitete Armutsberichterstattung in Österreich

Seit Mitte der 1990er Jahre bis 2001 wurde das Europäische Haushaltspanel in Österreich als Grundlage für die Armutsberichterstattung des Sozialministeriums verwendet (Bericht zur Sozialen Lage 2003 -2004: 214). 2003 wurde die Europäische Armutsberichterstattung dann auf EU-SILC aufgestellt, was einen etwas anderen Fokus in die Armutsforschung brachte. Dieser Umstieg ist als Reaktion auf das (im Prozess von Lissabon gesteckte) Ziel zu sehen, welches die Bekämpfung der Armut, die Verbesserung des Verständnisses von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten umfasst und in der Armutsdebatte und -forschung in der Europäischen Union für Aufwind sorgt (Statistik Austria 2004: 211, Krause/ Ritz 2006: 152). Das Ziel, innerhalb der EU einen größeren sozialen Zusammenhalt erreichen zu wollen, verlangt nach einer Einführung von „Messgrößen“, welche den erzielten Fortschritt ersichtlich machen können (Krause/ Ritz 2006: 154). Die daraus entstandene Festlegung der Armut als „multidimensional und relativ zu messende Größe“ (Krause/ Ritz 2006: 156) und die daraus resultierenden Umstellungen hinsichtlich der Operationalisierung von Armut wurden von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union übernommen.

Um der Mehrdimensionalität von Armut und sozialer Exklusion Rechnung zu tragen, wurden von einer Forscher/innengruppe neben dem Einkommen als zentralem Indikator 17 weitere Indikatoren herausgearbeitet (Lamei/ Till-Tentschert 2005: 345, Krause/ Ritz 2006: 156, Hauser 2008: 107). Diese sogenannten „Laeken-Indikatoren“ umfassen die Bereiche Niedrigeinkommen, Erwerbslosigkeit, Bildung und Gesundheit (Krause/ Ritz 2006: 156) und

sind „eingebettet in nationale Aktionspläne zur sozialen Inklusion“ (Krause/ Ritz 2006: 156). Die jeweils durchgeführten Maßnahmen werden zum Zwecke der Evaluierung mit diesen Zielen verknüpft (ebd.: 156). Die Datengrundlage für einen Großteil dieser Indikatoren bildete das Europäische Haushaltspanel bzw. ab 2003 die EU-SILC-Erhebung, welche in Österreich erstmalig 2003 als Querschnittserhebung und ab 2004 als integrierte Längs- und Querschnittserhebung von Statistik Austria durchgeführt wurde. Seit 2005 werden diese Daten jährlich in allen Staaten der EU erhoben (Statistik Austria 2010: 24).

Im Jahr 2010 konnte eine Einigung der europäischen Regierungen erzielt werden, welche *quantitative* Vorgaben zur Verringerung der Armut und sozialen Ausgrenzung in einem klar definierten Zeitraum aufweist. Die „Europa 2020“ Strategie gibt fünf messbare Kernziele vor, welche zur Sicherung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum für nötig befunden wurden. Neben einer Erhöhung der Beschäftigungsquote, Investitionen in Forschung, Klimaschutz und (Hochschul-)Bildung spricht diese Strategie die Teilhabemöglichkeiten der europäischen Bevölkerung an (Statistik Austria 2010: 28). Bis 2020 sollen demnach „mindestens 20 Mio. Menschen aus Gefährdungslagen“ gebracht werden (Statistik Austria 2010: 28). In Österreich fokussiert die Umsetzungsstrategie hierzu sehr stark auf den Zusammenhang zwischen Armut bzw. sozialer Ausgrenzung und Beschäftigung (ebd.: 29).

Der rein monetär definierte „Armutsgefährdung“, welche in den letzten Jahren als eine der wichtigsten international vergleichbaren Kenngrößen für Armut und sozialen Ausgrenzung angesehen wurde, kommt im EU-SILC 2010 etwas weniger Bedeutung zu, da hier versucht wird, ganz im Sinne der Europa 2020 Strategie, mehrdimensional von „Ausgrenzungsgefährdung“ zu sprechen und Armutsgefährdung lediglich als einen Teilaspekt von sozialer Ausgrenzung zu sehen (Statistik Austria 2010: 30).

3.1.1 Grundsätzliche EU-SILC Definitionen hinsichtlich der Armutsmessung

Aus diesem Grunde soll nun zunächst dargestellt werden, wie Ausgrenzungsgefährdung in EU-SILC definiert wird. Da aber diese Arbeit nicht soziale Ausgrenzung sondern Armut untersuchen soll, werden in der Folge allerdings lediglich armutsrelevante Definitionen des EU-SILC vorgestellt. Dies dient einerseits der Veranschaulichung der Operationalisierung eines ressourcenbasierten, nach Expert/inn/enstandard definierten Armutsbegriffs. Andererseits soll versucht werden potentielle Ansatzpunkte zu finden, die für oder gegen eine Anwendung der EU-SILC –Definition von Armut auf die Studierenden spricht. Als Grundlage

hierfür wird Band 8 der Sozialpolitischen Studienreihe des BMASK zur „Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich – Ergebnisse aus EU-SILC 2010) herangezogen“ (Statistik Austria 2010).

Ausgrenzungsgefährdung

2010 werden Personen, als **ausgrenzungsgefährdet** definiert, wenn sie mindestens eines der nachstehenden Kriterien erfüllen (alle zit. nach Statistik Austria 2010: 30f):

- 1) **Armutsgefährdung:** Definiert als „Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das geringer ist als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens“
- 2) **Erhebliche materielle Deprivation** (vier der neun Merkmale treffen zu):
 - a) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten
 - b) Finanzielle Unmöglichkeit, unerwartete Ausgaben zu tätigen
 - c) Finanzielle Unmöglichkeit, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
 - d) Finanzielle Unmöglichkeit, die Wohnung angemessen warm zu halten
 - e) Finanzielle Unmöglichkeit, jeden zweiten Tag Fleisch/ Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen
 - f) PKW ist finanziell nicht leistbar
 - g) Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar
 - h) Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar
 - i) Telefon/ Handy ist finanziell nicht leistbar
- 3) Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem (nahezu) **Erwerbslosenhaushalt** leben. Dies sind Haushalte mit Personen im Erwerbsalter (18 bis 59-jährigen Personen, ausgenommen Studierende), welche innerhalb des letzten Jahres weniger als 20% ihres Erwerbspotenzials ausgeschöpft haben.

ad 1) Die Festlegung des Schwellenwerts bei **60% des Medians** erfolgte mehr oder minder willkürlich, d.h. diesem Wert „liegt keine Bedarfsmessung zugrunde“ (Statistik Austria 2010: 37). Die EU empfiehlt, neben der häufig verwendeten Schwelle von 60% des Medians, weitere Grenzwerte bei 40%, 50% und 70% des äquivalisierten Medianeinkommens zu berechnen. Dies geht ebenfalls aus der Liste der 18 Laeken-Indikatoren hervor, wo die „Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle“ als ein Sekundärindikator aufgelistet wird (Krause/ Ritz 2005: 155).

Die „**Armutsgefährdungslücke**“, welche als Gradmesser für die Schwere oder Intensität der Armutsgefährdung dient, berechnet sich aus der „durchschnittlichen Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent“ (Statistik Austria 2010: 38).

ad 2) Deprivation: Die EU-Definition von Deprivation umfasst nur die sogenannte „materielle Deprivation“. Diese liegt vor, wenn vier von neun der oben genannten „Deprivationsmerkmale“ zutreffen. Im österreichischen Kontext wurde die „finanzielle Deprivation“ definiert. Diese umfasst sieben Merkmale, wobei die Grundbedürfnisse wie Telefon, Waschmaschine, Fernseher, Urlaub durch andere Items (nämlich „notwendige Arzt-oder Zahnarztbesuche“, „neue Kleidung zu kaufen“ und „Freunde/Verwandte einmal im Monat zum Essen einladen“) ersetzt wurden. Hierbei gilt eine Person als finanziell depriviert, wenn sie auf mindestens zwei der sieben Merkmale aus finanziellen Gründen verzichten muss (Statistik Austria 2010: 124, 74).

Die **manifeste Armut** wird in Österreich ebenfalls nicht über die materielle sondern über die finanzielle Deprivation definiert (Statistik Austria 2010: 125). Aus dem Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung und Deprivation ergeben sich neben der manifesten Armut weitere Armutslagen:

- Von Einkommensmangel ist zu sprechen, wenn zwar ein niedriges Einkommen festgestellt wurde, allerdings die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht als eingeschränkt befunden wird.
- Mangelnde Teilhabe tritt auf, wenn Personen finanziell depriviert sind, aber nicht als einkommensseitig armutsgefährdet gelten (Statistik Austria 2010: 125).

Tabelle 1 zeigt, dass 78% der österreichischen Bevölkerung, weder von Armutsgefährdung noch von finanzieller Deprivation betroffen sind. 10% sind nicht armutsgefährdet, aber sind finanziell depriviert, und sind somit von Teilhabemangel betroffen. 6% der österreichischen Gesamtbevölkerung sind ausschließlich auf der Ebene des Einkommens armutsgefährdet, aber weisen keinen Teilhabemangel auf. In diesem Fall wird von Einkommensmangel gesprochen. Ebenfalls rund 6% der Bevölkerung sind gleichzeitig von mangelnder Teilhabe und Einkommensmangel betroffen, was als manifeste Armut bezeichnet wird.

Tabelle 1: Anteile der Bevölkerung, die armutsgefährdet und/oder von finanzieller Deprivation betroffen sind

		Finanzielle Deprivation			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	77,7%	Teilhabemangel	10,2%
	Ja	Einkommensmangel	5,9%	Manifeste Armut	6,2%

Quelle: Statistik Austria 2010: 126, eigene Darstellung.

Haushaltseinkommen

Das Haushaltseinkommen wird aus der Summe aller Erwerbseinkommen, Kapitalerträge und Pensionen bzw. Sozialtransfers errechnet. Nach Abzug von Steuern und dem Abzug bzw. dem Hinzurechnen von Unterhaltsleistungen und Privattransfers zwischen den Haushalten ergibt sich das verfügbare Haushaltseinkommen (Statistik Austria 2010). Die genaue Zusammensetzung des Haushaltseinkommens kann der Tabelle 2 entnommen werden. Sie ist auf Schlussfolgerungen der Abschlussberichtes der „Expert Group on Household Income Statistics: Canberra Group“, einer Expert/inn/engruppe über Haushaltseinkommensstatistiken, aus dem Jahr 2001 aufgebaut (Statistik Austria 2010: 152).

Tabelle 2: Definitorische Elemente des Haushaltseinkommens nach EU-SILC

Haushaltsebene
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
Familienleistungen
Wohnungsbeihilfen
Geleistete und erhaltene Privattransfers
Wert der für den Eigenverbrauch produzierten Waren
Personenebene
Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Geldwerte und Firmen-PKW
Gewinn/Verlust aus selbständiger Arbeit
Arbeitslosenleistungen
Altersleistungen
Hinterbliebenenleistungen
Krankengeld
Invalideitsleistungen
Zinsen, Dividenden, Gewinne aus Kapitalanlagen
Einkommensteuernachzahlung/-erstattung
Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung
Bildungsleistungen
Privatpensionen

Quelle: Statistik Austria 2010: 153, eigene Darstellung.

Es wird in EU-SILC nur das laufende Einkommen berücksichtigt und vorausgesetzt, dass dieses auch laufend ausgegeben werden kann. Vermögensbestände, Vermögensauflösungen und Schulden finden keine Berücksichtigung (Statistik Austria 2010: 153).

Das verfügbare Haushaltseinkommen wird nach einer international etablierten Äquivalenz-Skala wie folgt gewichtet: Die erste Person ab 14 Jahren erhält das Äquivalenzgewicht 1, jede weitere erwachsene Person 0,5 und Kinder bis 13 Jahre 0,3. Das Ziel der Gewichtung ist es etwaige Kostenersparnisse in Mehrpersonenhaushalten beispielsweise durch gemeinsame Wohnraumnutzung auszugleichen und unterschiedlich konstituierte Haushalte vergleichbar zu machen (Tentschert/ Till/ Redl 2000: 6, Statistik Austria 2010: 155).

Haushalt

EU-SILC umfasst nur Personen in Privathaushalten (Statistik Austria 2010, 2011). Dies bedeutet, dass Personen in sogenannten Anstaltshaushalten nicht Teil der Erhebung sind. Dies betrifft vor allem Gefängnisse und Altersheime, aber auch andere Wohnheime wie beispielsweise Studierenden-Wohnheime. Die bereits erwähnte Canberra Group gibt folgende Empfehlung für die Definition eines Haushaltes „A person or group of people who reside together in the same dwelling“ (Expert Group on Household Income Statistics 2001: 38), wobei „dwelling“ wiederum definiert wird als „A structurally separate set of living premises with a private entrance from outside the building or from a common hallway or stairway inside“ (Expert Group on Household Income Statistics 2001: 38) Damit sind explizit nur Privathaushalte angesprochen und „Institutional accommodations“ (Expert Group on Household Income Statistics 2001: 52) ausgeschlossen (beispielsweise Gefängnisse, Internate, Krankenhäuser, Studierendenwohnheime etc.).

Das hier verwendete Haushaltskonzept, welches in ressourcenbasierten Armutsansätzen generell angewendet wird, setzt folgende vier (teilweise bereits vorgestellten) Annahmen voraus (vgl. Andreß 1999; Hauser 2008):

- Pool-Annahme (gesamtes Haushaltseinkommen aller Personen im Haushalt fließt in einen Topf)
- Gleichverteilungsannahme (dieses wird bedarfsgerecht verteilt)
- Altersabhängige Bedürfnisse werden berücksichtigt
- Einsparungsannahme (die durch gemeinsames Wirtschaften in Mehrpersonenhaushalten entstandenen Einsparungen müssen berücksichtigt werden)

3.1.2 Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse des EU-SILC 2010

Armutsgefährdungsschwelle und -quote

Im Durchschnitt über alle EU-Mitgliedsstaaten liegt die Armutsgefährdungsquote für das Jahr 2009 bei 16%.¹⁰ Österreich liegt mit 12% unter dem europäischen Mittel (Statistik Austria 2010: 32f). Dies bedeutet, dass rund 12%¹¹ bzw. knapp eine Million der Österreicher/innen in Privathaushalten mit weniger als 12.371 Euro pro Jahr (für Einpersonenhaushalte) Jahreseinkünften auskommen. Umgerechnet auf Monatseinkünfte (1/12) beträgt dieser Schwellenwert 1.031 Euro (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians nach Haushaltstyp

	Gewichtungsfaktor nach EU-Skala	Jahreswert (in Euro)	Monatswert 1/12 (in Euro)
Einpersonenhaushalt	1	12.371	1.031
1 Erwachsener + 1 Kind	1,3	16.082	1.340
2 Erwachsene	1,5	18.556	1.546
2 Erwachsene + 1 Kind	1,8	22.267	1.856

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010, eigene Darstellung.

Bei einer enger gefassten Armutsgefährdungsschwelle von 40% des Medians des Äquivalenzeinkommens beträgt der Grenzwert monatlich umgerechnet 687 Euro (für Einpersonenhaushalte; siehe Tabelle 4). Bei einer Festsetzung der Grenze bei 50% beträgt er 859 Euro bzw. 1.203 Euro bei 70%. Die Armutsgefährdungsquoten schwanken demnach je nach Definition zwischen 2% bei der engsten Eingrenzung von 40%, 6% bei einer Schwelle von 50% des mittleren Äquivalenzeinkommens und 20% bei der am weitesten gefassten Definition.

Neben diesen expert/inn/enbasierten Armutsgrenzen können auch politische Standards als Armutsgrenzen herangezogen werden (siehe dazu auch auf S.17).

Unter Bezugnahme auf den Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionen (nach Abzug der Krankenversicherung) kann eine weitere Armutsgefährdungsschwelle von 868 Euro pro Monat ermittelt werden. Rund 6% der Bevölkerung haben ein monatliches Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert.

¹⁰ Für diese Arbeit werden die Daten und Ergebnisse des EU-SILC Datensatzes 2010 verwendet, um eine größtmögliche Vergleichbarkeit mit den Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009 zu gewährleisten, welche die Datengrundlage für den empirischen Teil dieser Arbeit darstellt.

¹¹ 95% Konfidenzintervall: zwischen 11,0% bzw. 13,2%.

Eine andere Möglichkeit einen Schwellenwert zu berechnen stellt die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) dar, welche für einen Einpersonenhaushalt 2010 744 Euro pro Monat beträgt.¹² Laut EU-SILC 2010 würden die monatlichen Äquivalenzeinkommen von 3,2% der Bevölkerung (im Bezugszeitraum von 2009) unter diesen Wert liegen.

Tabelle 4: Alternative Armutsgefährdungsschwellen und Armutsgefährdungsquoten für Einpersonenhaushalte

	Armutsgefährdungsschwelle (Monatswert in Euro)	Armutsgefährdungsquote
<i>Relative Schwellenwerte</i>		
40% des Medians des Äquivalenzeinkommens	687	2%
50% des Medians des Äquivalenzeinkommens	859	6%
60% des Medians des Äquivalenzeinkommens	1.031	12%
70% des Medians des Äquivalenzeinkommens	1.203	20%
<i>Politisch festgelegte Schwellenwerte</i>		
Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionen	868	7%
Bedarfsorientierte Mindestsicherung	744	3%

Quelle: Statistik Austria 2010: 35ff, eigene Darstellung.

Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungslücke beträgt 2010 17%, was bedeutet, dass das Medianeinkommen der Personen, die von Armut gefährdet sind, im Schnitt rund 17% unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.031€ liegt.

Risikofaktoren

Die hier vorgestellten Risikofaktoren sind Ergebnisse des EU-SILC 2010 und stammen aus Band 8 der Sozialpolitischen Studienreihe des BMASK (Statistik Austria 2010: 40ff).

- **Geschlecht**

Da die hier verwendete Konzeption der Armutsgefährdung auf Haushaltsebene abzielt, können schwer Aussagen über individuelle Risikofaktoren getroffen werden (Statistik

¹² Inkl. Wohnkostenanteil; exkl. Ansprüche auf Miet- oder Wohnbeihilfe, Pflegegeld, Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag.

Austria 2010: 39). Allerdings sind Frauen sowohl auf Haushaltsebene als auch in Einpersonenhaushalten häufiger von Armut betroffen als Männer.

- **Alter**

Weitere Gruppen, die häufiger von Armut betroffen sind, sind Kinder bis 19 Jahre, die innerhalb des Haushaltskontextes ihren Lebensstandard selten selbst beeinflussen können und Personen ab 65 Jahren, wobei Frauen hier ebenfalls deutlich häufiger betroffen sind als Männer.

- **Haupteinkommensquelle**

Die Haupteinkommensquelle eines Haushalts spielt im Zusammenhang mit Armutsgefährdung eine große Rolle. Während Haushalte, deren Haupteinnahmequelle das Einkommen aus unselbständiger Erwerbsarbeit darstellt, seltener von Armut gefährdet sind, beziehen Haushalte, die hauptsächlich über Einkommen aus Pensionsleistungen, privaten Transferleistungen (Unterhaltszahlungen, Kapitaleinkommen und Privatpensionen) oder Sozialleistungen verfügen, überdurchschnittlich häufig weniger als 60% der Medianeinkommens.

- **Erwerbstätigkeit**

Das persönliche Erwerbseinkommen beeinflusst, je nach Höhe des Anteils am gesamten Haushaltseinkommen, die Wahrscheinlichkeit für den Haushalt, armutsgefährdet zu sein. Aus diesem Grund sind Erwerbskontinuität und Erwerbsausmaß wichtige Faktoren für das Armutsgefährdungsrisiko. Werden Personen im Erwerbsalter (20- bis 64-Jährige) näher betrachtet, zeigt sich, dass Erwerbstätigkeit (in diesem Zusammenhang die Haupttätigkeit der befragten Personen) zu einem gewissen Grad vor Armut schützt. Die Armutsgefährdungsquote liegt bei ganztätig Vollzeit Erwerbstätigen bei 4% und bei teilzeit Erwerbstätigen bei 7%. Der Durchschnitt über diese Altersgruppe liegt bei 11%. Für Personen, die nicht ganztätig erwerbstätig sind, und Arbeitslose/-suchende, erhöht sich das Risiko armutsgefährdet zu sein zum Teil beträchtlich (12% bzw. 40%).

Ganztätig nicht Erwerbstätige sind ebenfalls überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen (18%). Unter ihnen sind 289.000 Personen, die eine Ausbildung als Haupttätigkeit angeben. Hiervon sind rund 21% armutsgefährdet. Diese Gruppe macht rund 11% der Armutsgefährdeten in Österreich aus.

- **Working Poor**

38% der Armutsgefährdeten gehen einer Erwerbstätigkeit nach und werden demnach als working poor bezeichnet. Wie oben bereits erwähnt, ist das Armutsrisiko dieser Gruppe verglichen mit beispielsweise Arbeitslosen gering (4% vs. 40%), je-

doch stellen die Erwerbstätigen anteilmäßig die größte Gruppe innerhalb der Armutsgefährdeten dar. Besonders häufig betroffen sind Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (11%), Personen, welche nicht ganzjährig einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und Drittstaatenangehörige.

- **Haushaltszusammensetzung/ Familien**

Nach Haushaltszusammensetzung zeigt sich, dass vor allem alleinlebende Personen, Ein-Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mehr als zwei Kindern überdurchschnittlich oft mit einem äquivalisierten Haushaltseinkommen von weniger als 60% des Medians der Gesamtbevölkerung auskommen müssen.

Das Alter des jüngsten Kindes ist aufgrund des erhöhten Betreuungsbedarfs und der damit verbundenen niedrigeren Erwerbsbeteiligung der Eltern hinsichtlich der Armutsgefährdung von besonderer Bedeutung. Das Armutsrisiko sinkt mit steigendem Alter des jüngsten Kindes von 15% (für unter 3-Jährige) auf 11% (für schulpflichtige Kinder).

- **Migrationshintergrund**

31% der Migrant/inn/en ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft sind armutsgefährdet. Auch auf Haushaltsebene zeigt sich dieser Zusammenhang. Die Armutsgefährdungsquote für Personen, welche in einem gemeinsamen Haushalt mit zumindest einer/m Drittstaatenangehörigen leben, beträgt 30%. Hierbei zeigt sich ein weiterer Unterschied nach Herkunftsland: während Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder EU/EFTA-Staaten eine Armutsgefährdungsquote von rund 15% aufweisen, leben knapp bzw. über die Hälfte der Personen aus der Türkei oder anderen Drittstaaten unter der Armutsgefährdungsschwelle (46% bzw. 57%).

- **Gesundheitliche Beeinträchtigung**

Chronisch kranke Personen, sind laut EU-SILC,

„Personen, die ihrer Selbsteinschätzung nach zum Befragungszeitpunkt ein dauerhaftes gesundheitliches Problem oder eine dauerhafte Erkrankung haben. Stark beeinträchtigt durch eine Behinderung sind Personen, die angeben, dass sie seit mehr als einem halben Jahr durch ein gesundheitliches Problem bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens eingeschränkt sind“ (Statistik Austria 2010: 60).

Rund die Hälfte der armutsgefährdeten Bevölkerung im Erwerbsalter ist durch eine chronische Krankheit und/oder eine Behinderung im Alltagsleben eingeschränkt. Das Armutsrisiko für Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung ist mit 14% (für chronisch Kranke) bzw. 18% (stark durch Behinderung Beeinträchtigte) gegenüber der gesamten Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren deutlich erhöht (11%). Auf Haus-

haltsebene zeigt sich, dass sich eine Behinderung nicht generell auf die Armutsgefährdung des gesamten Haushalts auswirkt. Die Armutsgefährdungsquote für Personen in Haushalten mit einer Person mit Behinderung im Erwerbsalter liegt lediglich leicht über der durchschnittlichen Quote von 11%.

3.1.3 Kritische Bemerkungen zur Armutsmessung mittels EU-SILC

Obwohl in Folge der Einführung der Laeken Indikatoren und der Europa 2020 Strategie versucht wurde, die Bedeutungsebene von Armutsgefährdung zu erweitern und soziale Ausgrenzung als einen weiter gefassten Begriff einzuführen, ist die Umsetzung trotzdem immer noch sehr auf das Einkommen fokussiert. Die Laeken-Indikatoren, die den Ressourcenansatz mit Sens „Capabilities-Ansatz“ verbinden sollen (Krause/ Ritz 2005: 153), umfassen größtenteils einkommensbezogene Elemente (Neun der 18 Indikatoren befassen sich mit dem Zusammenhang zwischen Einkommen und Armutsgefährdung). Die Kritikpunkte an der mit EU-SILC festgelegten Armutsgefährdungs- bzw. Ausgrenzungsgefährdungsgrenzen decken sich aus diesem Grund auch teilweise mit der allgemeinen Kritik am Ressourcen-Ansatz. Die Kritik kann unter vier Dimensionen zusammengefasst dargestellt werden

1. Willkürliche Schwellensetzung

Lamei und Till-Tentschert (2005) kritisieren, dass bei der Festlegung einer objektiven Grenze, „die subjektive Wahrnehmung dessen, was Menschen als notwendige Ressourcen erachten, nicht berücksichtigt [werden] kann“ (ebd.: 351). Ähnliches kritisieren auch Volkert et al. (2003), vor allem aber den eindeutig normativen und „willkürlich“ von Expert/inn/en festgelegten Charakter des Armutsgefährdungskonzeptes (ebd.: 36; vgl. Tentschert/ Till/ Redl 2000, Burri 1998, Böhnke/ Delhey 2001: 316), bei dem die Konsequenzen der Unterschreitung der Armutsgefährdungsschwellen unberücksichtigt bleiben. Die Zuschreibung „armutsgefährdet“, auch mit der 40%-Schwelle, sagt nicht aus, ob die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, das physische Existenzminimum zu sichern (Lamei/ Till-Tentschert 2005: 351, Volkert et al. 2003: 37, Burri 1998). Darüber hinaus merken Volkert et al. an, dass diese Form der Armutsgefährdungsschwellen „mehr über die Einkommensverteilung“ (ebd.: 37) und „soziale Ungleichheit“ (Piachaud 1992: 67) aussagen, als über „tatsächliche“ Armut. Gleichmäßige Anstiege aller Einkommen würden keine Veränderungen in der Armutsgefährdungsquote erzielen (ebd.: 36, Lamei 2005: 352, Burri 1998: 8).

2. Personen vs. Haushalte

EU-SILC geht von Haushalten als Untersuchungseinheiten aus, was sich laut Kohl (1992: 278) in der Armutsforschung als Konsens herausgebildet hat. Haushalte werden als notwendiger Zwischenschritt zur Bestimmung der Armut von Individuen gesehen (ebd.). Im Allgemeinen wird aber davon ausgegangen, dass es innerhalb eines Mehrpersonenhaushalts zu einer Aufteilung des Einkommens kommt bzw. durch das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen erfolgen. Würde das Einkommen nur auf Personenebene berücksichtigt, könnten Personen, die über kein Einkommen verfügen (Kinder, Nicht-Erwerbstätige etc.), nicht in die Armutsanalyse miteinbezogen werden (Kargl 2004: 14). Weiters könnten niedrige Erwerbseinkommen, die möglicherweise lediglich als Zuverdienstquellen dienen, das Bild verzerren und Umverteilungsstrukturen nicht berücksichtigt werden (Andreß 1999: 85).

Die Annahme, die dem Haushaltskonzepts zugrunde liegt (dass alle Haushaltsmitglieder am gesamten Haushaltseinkommen je nach Bedarfen teilhaben können und somit das gleiche Wohlfahrtsniveau auf weisen), wird besonders – aber nicht nur – von feministischer Seite häufig kritisiert. Die anteilmäßige Gleichverteilung innerhalb eines Haushalts wird angezweifelt, da allgemein davon ausgegangen wird, dass Frauen auch innerhalb von nicht-armen Haushalten häufiger in Armut leben als Männer (Kargl 2004). Dies sprechen auch Volkert et al. an: „Es können keine Aussagen über die Aufteilung der Ressourcen innerhalb der Haushalte/zwischen den Haushaltsmitgliedern getroffen werden“ (Volkert et al. 2003: 36). Piachaud geht noch einen Schritt weiter und sieht dies als einen der Hauptkritikpunkte der EU-Armutsmessung, da auf eine generelle Schwäche des Haushaltskonzepts hingewiesen wird: Es sind keine Aussagen über individuelle Armutsquoten und Risikofaktoren möglich (Piachaud 1992: 76, Statistik Austria 2010: 39).

Die Einsparungen, die aufgrund des gemeinschaftlichen Wirtschaftens einer Bedarfsgemeinschaft erzielt werden, werden anhand von Gewichtungen der Haushaltsmitglieder nach Bedarfen berechnet (Äquivalenzskalen). Die Wahl der einzelnen Gewichte ist allerdings methodisch kaum begründbar und wird mehr oder weniger willkürlich getroffen (Volkert et al. 2003: 27, Lamei/ Till-Tentschert 2005: 352). Wie diese für Personen zu setzen sind, die keine Bedarfsgemeinschaft im „klassischen Sinne“ bilden und bei denen die Pool-Annahme nur bedingt vorausgesetzt werden kann, bleibt unklar (vgl. Piachaud 1992: 76). Die Expert Group on Household Income Statistics (2001) bezeichnet Personen in einem solchen Haushalt als „unattached individuals“ (ebd. 2001: 33). Zu einem gewissen Grad

trifft die Kostendegressionsannahme („economie of scale“; Piachaud 1992: 78) auf „unattached individuals“ in einem Haushalt ebenso zu wie auf Familien (nur eine Wohnung, eine Waschmaschine, ein Internetanschluss etc. wird benötigt), andererseits sind die Ersparnisse für unattached individuals (die Kosten für Nahrung, Kleidung nicht teilen) geringer als für Familien. Die Gewichtung der Skala hat direkte Auswirkungen auf die Anzahl und die Zusammensetzung der Armutsbetroffenen: steilere Skalen, die höher gewichten, berücksichtigen besonders kinderreiche Familien, flachere Skalen, mit niedrigen Gewichten, konzentrieren sich mehr auf kleine Haushalte (Pensionist/inn/en bspw.; Piachaud 1992: 78, Kargl 2004: 19).

3. Methode

Ferner wird die konkrete statistische Methodik zur Bestimmung der Armutsgrenze mittels Median kritisiert: Einerseits führt die Verwendung des Medians dazu, dass die Armutsgefährdungsquote nicht mehr als 50% betragen kann (Lamei/ Till-Tentschert 2005: 352, Volkert et al. 2003: 27), andererseits verdeckt die Orientierung am Median zu einem gewissen Grad die Ungleichheit in der Einkommensverteilung, da extrem hohe und extrem niedrige Werte bei der Berechnung des Medians weniger ins Gewicht fallen als etwa beim arithmetischen Mittel. Die Wahl zwischen arithmetischem Mittel und Median kann bei der Darstellung von Armuts- und Reichtumsverhältnissen sehr wohl zu einem Politikum werden, wobei die Wahl trotzdem sehr häufig aus praktischen Gründen (einfachere Anwendung) auf den Median fällt (Piachaud 1992: 85).

4. Erfassungslücken

Der EU-SILC-Datensatz eignet sich weiter nicht, spezielle Randgruppen, wie beispielsweise Drogen- und Alkoholabhängige, Menschen mit Behinderung, Wohnungslose (Volkert et al. 2003: 37, Statistik Austria 2010) oder aber auch Subgruppen der Gesellschaft, wie Studierende, zu erfassen bzw. entsprechend ihrer jeweiligen Lebenssituation angemessen zu berücksichtigen. Zum einen liegt dies an der Erhebungsmethode, welche vorschreibt, dass nur Personen in Privathaushalten in die Stichprobe fallen, zum anderen liegt dies an der fehlenden Berücksichtigung der Ausgaben und Konsumstrukturen (Volkert et al. 2003: 36, Statistik Austria 2004: 211, Statistik Austria 2010: 73, Lamei/ Till-Tentschert 2005: 352). Volkert et al. kritisieren darüber hinaus, dass Schulden, Kreditraten und unregelmäßig getätigte hohe Ausgaben im Zuge der Einkommenserfassung nicht miteinbezogen werden (Statistik Austria 2010, Volkert et al. 2003: 36). Ein weiteres makroökonomische Argument gegen das ein-

kommens- und nicht ausgabenzentrierten Konzept führen Lamei und Till-Tentschert (2005) an: „die Armutsgefährdungsquote steigt nicht, wenn die Inflation steigt, da lediglich die Einkommen, nicht aber die Ausgaben in die Berechnung der Schwelle einfließen.“ (Lamei/Till-Tentschert 2005: 352)

4. Forschungsfragen und Hypothesen

Den in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Theorien zur Armutserfassung gelingt es mehr oder weniger gut das komplexe Bild von Armut zu beschreiben. Auch die österreichische Armutsforschung versucht mehrere Ebenen von Armut zu erfassen. Allerdings wird in all diesen Konzepten jeweils ein universeller Ansatz für alle Gesellschaftsmitglieder angedacht bzw. angewandt. Dabei existieren innerhalb von ausdifferenzierten Gesellschaften zahlreiche Subgruppen, die sich in etlichen Aspekten deutlich voneinander unterscheiden. Daher stellt sich die Frage, ob ein wie auch immer definiertes Konzept zur Messung von Armut auf die Gesamtgesellschaft bzw. alle deren Subgruppen anwendbar ist. Konkret heißt das zum Beispiel: ist die Armutsgefährdungsschwelle von 1.031€ auf alle Teilbereiche einer Bevölkerung – und im speziellen Fokus dieser Arbeit auch auf Studierende – anwendbar?

Studierende wurden bis jetzt in Österreich kaum hinsichtlich ihrer Armutslagen erforscht. Im Wintersemester 2009/10 waren 315.000 Personen in Österreich als ordentliche Hörer/innen an einer öffentlichen Hochschule in Österreich inskribiert (vgl. Statistik Austria 2011). Das bedeutet, Studierende stellen immerhin 5% der österreichischen Bevölkerung über 18 Jahre dar. Allerdings weisen sie etliche Spezifika auf, die sie von der übrigen Bevölkerung unterscheiden und bei der Armutsmessung berücksichtigt werden müssten. Beispielsweise können Studierende (bis zu einem bestimmten Alter) zahlreiche Vergünstigungen in Anspruch nehmen (z.B. verbilligte Krankenversicherung, reduzierte Preise bei öffentlichen Verkehrsmitteln, verbilligter Wohnraum in Studierendenheimen), die der allgemeinen Bevölkerung nicht zur Verfügung stehen. Auch lebt ein Teil der Studierende noch im Haushalt ihrer Eltern, was zur Folge hat, dass sie geringere Kosten für Wohnen und auch für Ernährung haben. Auf diese und weitere Spezifika von Studierenden wird weiter unten in Kapitel 5.3.3 noch näher eingegangen.

Aufbauend auf die in dieser Arbeit dargestellten Theorien (siehe Kapitel 2), der Praxis der Armutsforschung in Österreich (siehe Kapitel 3) und den Besonderheiten der Untersuchungsgruppe „Studierende“ wurden daher die in diesem Abschnitt vorgestellten Forschungsfragen und Hypothesen entwickelt.

4.1 Inwiefern können bereits bestehende Konzepte zur Messung von Armut auf die Situation von Studierenden angewendet werden?

Die Armutsforschung bietet eine Fülle von Messkonzepten an, die allesamt spezifische Vor- und Nachteile mit sich bringen, jedoch die spezifischen Strukturen von Subgruppen innerhalb einer Gesellschaft vernachlässigen. Daher steht hinter dieser gesamten Arbeit die Grundannahme, dass die bestehenden Messkonzepte aus verschiedensten methodischen und inhaltlichen Gründen nicht auf die Subgruppe der Studierenden übertragen werden können.

Die Tatsache, dass es sich hierbei um eine Annahme und keinen bereits untersuchten Sachverhalt handelt, setzt voraus, dass diese Grundannahme zunächst kritisch hinterfragt und geprüft wird. Das Ergebnis dieser Prüfung, also die Bestätigung oder Widerlegung, dieser Grundannahme, hat nicht nur Auswirkungen auf die weitere Struktur dieser Arbeit, sondern könnte auch Auswirkungen auf die Armutsuntersuchung von anderen gesellschaftlichen Gruppen (Migrant/inn/en, junge Erwachsene, etc.) haben.

Die kritische Hinterfragung verlangt eine genaue Auseinandersetzung mit den verschiedenen Armutskonzepten. Neben absoluten Ansätzen wurde der Fokus vor allem auf die relativen Armutskonzepte gelegt, wobei hier unterschiedliche ressourcenzentrierte Ansätze ebenso Berücksichtigung fanden, wie Lebenslagenansätze oder subjektive Armutsdefinitionen. Für eine empirische Überprüfung anhand von Daten aus der Studierenden-Sozialerhebung 2009 wurde das in Österreich am häufigsten angewandte Konzept von Armut herangezogen (Böhnke 2002: 49): Relative Einkommensarmut, sowohl von Expert/inn/enseite als auch von politischer Seite definiert, stellen in Österreich und der EU, trotz zahlreicher Kritik,¹³ die Basis der Armutsmessung dar und geben somit die bekanntesten Grenzwerte Armutsschwellen vor. Daher stellt sich nun die Frage, ob diese Messkonzepte auf die spezielle Gruppe der Studierende anwendbar sind.

>> **Grundannahme 1** der vorliegenden Arbeit: Die bestehenden Konzepte zur Messung von Armut eignen sich nicht, um Armut unter Studierenden adäquat darzustellen. Diese Annahme wird in Kapitel 5 hinterfragt, indem versucht wird, die bestehenden Konzepte auf Studierende zu übertragen.

¹³ Und obwohl seitens der Europäischen Union in kleinen Schritten ein Umdenken stattfindet (vgl. Krause/Ritz 2006: 154ff).

4.2 Lässt sich ein alternatives Armutskonzept zur Beschreibung der Situation von Studierenden entwickeln und welche Elemente müsste es umfassen?

Da davon ausgegangen wird, dass die erste Grundannahme bestätigt wird und die erste Forschungsfrage somit verneint werden kann, steht diese Arbeit vor der Herausforderung, ein mögliches Alternativkonzept zur Armutsmessung von Studierenden zu entwickeln, welches die spezifische Situation von Studierenden berücksichtigt. Es stellt sich demnach die Frage, was die Besonderheiten der untersuchten Gruppe sind, wie diesen begegnet werden kann und welche Aspekte für die Bestimmung eines sozio-kulturell spezifischen Existenzminimums in die Konzeption einfließen müssen.

Ein weiterer Grund, warum ex ante angenommen wurde, dass die gängigen Messkonzepte nicht auf Studierende anzuwenden sind, basiert auf der Annahme, dass sich Armut unter Studierenden nicht auf die finanzielle Situation beschränken lässt.

>> **Grundannahme 2** lautet demnach: Für Studierende muss ein eigenes Konzept der Armutsmessung entwickelt werden, welches sich nicht ausschließlich auf finanzielle Armut stützen kann.

Ähnlich wie in Townsends Deprivationsansatz (siehe Seite 16) muss die Mehrdimensionalität von Armut, und zwar von studentischer Armut, bei der Armutsmessung unter Studierenden berücksichtigt werden. Daher kann die Festlegung einer Armutsgrenze nicht ausschließlich vor dem Hintergrund monetärer Aspekte erfolgen. Die Bearbeitung und Hinterfragung dieser Grundannahme erfolgt in Kapitel 6.

4.3 Welche Gruppen von Studierenden sind besonders von Armut betroffen bzw. welche Faktoren erhöhen das Armutsrisiko?

Mit Hilfe des entwickelten Alternativkonzepts zur Armutsmessung unter Studierenden kann nun untersucht werden, welche Gruppen von Studierenden besonders häufig von Armut betroffen sind, bzw. welche Faktoren das Armutsrisiko unter Studierenden erhöhen. Dabei werden die folgenden 7 Hypothesen sowohl deskriptiv (siehe Kapitel 7) als auch multivariat (siehe Kapitel 8) getestet:

Nach den Ergebnissen des EU-SILC 2010 (Statistik Austria 2010) sind Frauen häufiger von (Einkommens-)Armut betroffen als Männer, was auch in der Studierenden-Sozialerhebung dazu veranlasst, diese Hypothese aufzustellen. Durch die Verwendung von Personenein-

kommen (und nicht Haushaltseinkommen), wird angenommen, dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch deutlicher sind als für die Untersuchung der Gesamtbevölkerung, da die Annahme der Gleichverteilung der Ressourcen innerhalb des Haushalts nicht haltbar ist (Andreß 1999: 75, Volkert et al. 2003: 41).

>> **Hypothese 1:** Frauen sind häufiger von Einkommensarmut betroffen als Männer.

In der Gesamtbevölkerung Österreichs sind vor allem Kinder unter 19 Jahren und Personen ab 65 Jahren (hierbei besonders häufig Frauen) überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Da in dieser Untersuchung nur Studierende bis 40 Jahren untersucht werden und Alter eine zentrale Variable zur Beschreibung der sozialen Situation von Studierenden darstellt, muss dieser Zusammenhang an die studentischen Verhältnisse angepasst werden. In der Studierenden-Sozialerhebung konnten zahlreiche Zusammenhänge im Hinblick auf das Alter festgestellt werden, die hier exemplarisch zusammengefasst werden (vgl. Unger/Zaussinger et al. 2010):

Je älter die Studierenden sind, desto weniger werden sie finanziell von ihren Eltern unterstützt und desto geringer ist der Anteil der Studienbeihilfebezieher/innen. Allerdings haben ältere Studierende höhere Einnahmen aus Erwerbstätigkeit, aber auch höhere Einnahmen insgesamt. Diese Aussagen stehen mit weiteren Hypothesen im Widerspruch (siehe weiter unten¹⁴). Diese Effekte können sich in einer bivariaten Auswertung gegenseitig aufheben. Für das multivariate Modell wird angenommen, dass Alterseffekte durch die Kontrolle aller Drittvariablen nicht signifikant sind.

>>**Hypothese 2:** Alter hat keinen Effekt auf das Armutsrisiko.

Weiters zeigte sich in den bisherigen Studien, dass die (räumliche) Unabhängigkeit von den Eltern dazu führt, dass Studierende, die außerhalb des Elternhaushalts leben, häufiger finanzielle Schwierigkeiten haben als Studierende, die hauptsächlich im Haushalt der Eltern leben. Es wird angenommen, dass sich der Lebensstandard der Eltern auf den/die im Haushalt verbleibende/n Studierende/n überträgt und somit einen (einkommens-)armutsvermeidenden Charakter zeigt.

Der Auszug aus dem Elternhaushalt wird auch in Untersuchungen zu jungen Erwachsenen (Laimer/ Oismüller 2009) als hohes finanzielles Risiko identifiziert. In EU-SILC weisen Einzel-

¹⁴ Einerseits wird angenommen, dass finanzielle Unabhängigkeit das Armutsrisiko erhöht, andererseits kann davon ausgegangen werden, dass höhere Gesamteinnahmen vor Armut schützen.

haushalte eine besonders hohe Armutsquote auf. Nach Newton und Turale (2000) bzw. auch nach Grignon (2003) ist nicht nur der Auszug aus dem elterlichen Haushalt, sondern auch der Wegzug aus der „Heimatstadt“ (beispielsweise vom ländlichen in den urbanen Raum) ein Faktor, der häufig negative Folgen hinsichtlich des Armutsrisikos hat. Diese Beobachtung ist für österreichische Studierende mit den Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009 leider nicht methodisch klar zu überprüfen, da nicht die Herkunftsgemeinden, sondern -bundesländer erhoben wurden.¹⁵ Allerdings muss auch betont werden, dass Entfernungen in Österreich wahrscheinlich kaum mit Entfernungen in Australien, und Preisunterschiede zwischen Wien und Restösterreich kaum mit Preisdifferenzen zwischen Paris und der französischen „Provinz“ vergleichbar sind.

>> Hypothese 3: Wenn Studierende nicht im Haushalt ihrer Eltern leben, sind sie in einem höheren Ausmaß von Armut betroffen.

Neben der räumlichen Unabhängigkeit von den Eltern spielt auch die finanzielle Unabhängigkeit eine Rolle hinsichtlich des Armutsrisikos. Finanzielle Unabhängigkeit, hier definiert durch einen geringen Anteil an elterlichen Zuwendungen am Gesamtbudget der Studierenden, kann einerseits durch Einkommen aus Erwerbstätigkeit erreicht werden. Dieses steigt, wenn auch nicht immer ganz linear, mit zunehmendem Erwerbsausmaß. Die Gesamteinkünfte (inkl. Naturalleistungen) von Studierenden, die nicht erwerbstätig sind, setzen sich zu zwei Dritteln aus Unterstützungsleistungen der Familie zusammen, während dieser Anteil für 21 bis 35 Wochenstunden erwerbstätige Studierende rund ein Fünftel ausmacht (Unger/ Zaussinger et al. 2010). Ein weiterer Weg, finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern zu erlangen, ist durch staatliche Studienförderungen.

In Anlehnung an Bourdieus Überlegungen zur Studienfinanzierung werden die Haupteinkunftsquellen der Studierenden identifiziert und zur Darstellung dieser Abhängigkeitsverhältnisse herangezogen (Bourdieu 2007: 133).

>> Hypothese 4: Mit steigender finanzieller Unabhängigkeit von den Eltern steigt auch das Armutsrisiko der Studierenden.

¹⁵ Studierende aus Niederösterreich, die in Wien studieren, können einerseits in Pressbaum aufgewachsen sein oder aber aus einem Dorf im Waldviertel stammen. Erstere könnten ihre Eltern täglich besuchen, für letztere bedeutet ein Besuch bei den Eltern aufgrund von schlechter Verkehrsanbindungen möglicherweise einen Zeitaufwand, welcher mit jenem für eine/n Studierende/n aus Salzburg in Wien vergleichbar ist.

Ausgehend von einkommensbasierten Armutskonzepten, wo niedrige Einkommen quasi mit Armutsgefährdung gleichzusetzen sind, wird auch unter Verwendung einer alternativen Armutsmessung angenommen, dass ein höheres Einkommen ein niedrigeres Armutsrisiko bedeutet. Andererseits muss betont werden, dass hierbei die Ausgaben völlig unberücksichtigt bleiben, welche erst in der nächsten Hypothese behandelt werden.

>> Hypothese 5: Das Armutsrisiko sinkt, je mehr finanzielle Mittel den Studierenden zur Verfügung stehen.

Die von E. Engel bereits 1857 aufgestellte Beobachtung zum Zusammenhang zwischen Ausgabenanteil für Grundbedürfnisse und Armut (vgl. Fink 2010), wird in dieser Arbeit als Hypothese formuliert. Die Grundbedürfnisse werden allerdings auf die Wohnkosten eingeschränkt, da sich die Ausgabenanteile für Ernährung kaum zwischen den Studierenden unterscheiden und bei fast allen etwa bei 20% ihrer Gesamtausgaben liegen (vgl. Unger/ Zaussinger et al. 2010: 375ff). Da es sich um Studierende handelt und die Studienkosten nach Hochschultyp und gewählter Fachrichtung differieren (Unger/ Zaussinger et al. 2010: 392), werden neben dem Ausgabenanteil für Wohnen auch die Studienkosten in die Analyse miteinbezogen.

>> Hypothese 6: Je mehr Raum die Ausgaben für Wohnen bzw. Studium in den Gesamtausgaben einnehmen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, arm zu sein.

Ein Aspekt, welcher von den zitierten französischen und australischen Studienautoren (siehe Kapitel 5.4) vollkommen vernachlässigt wird, aber in der österreichischen Gesamtbevölkerung einen Risikofaktor darstellt, ist die Gesundheit. Wie in der Studierenden-Sozialerhebung 2009 gezeigt wurde, gehören Studierende mit Behinderung oder gesundheitlicher Beeinträchtigung zu den am stärksten von finanziellen Schwierigkeiten betroffenen Gruppen unter den Studierenden.

>> Hypothese 7: Wenn eine (im Studium einschränkende) gesundheitliche Beeinträchtigung vorliegt, dann erhöht sich das Armutsrisiko.

4.4 Inwiefern zeigen sich Parallelen hinsichtlich der Risikogruppen zwischen Gesamtbevölkerung und Studierendenpopulation?

Die Ergebnisse des EU-SILC 2010 identifizieren folgende Risikogruppen in der Bevölkerung: Besonders häufig von Einkommensarmut betroffen sind Frauen, Kinder bis 19 Jahre, Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, Personen in Einzelhaushalten, Alleinerzie-

her/innen, Eltern von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf, Migrant/inn/en ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft und Personen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung (siehe auch Kapitel 3.1.2).

Wie in Kapitel 5.2.2 gezeigt wird, ist die Gruppe der Studierenden von einer solchen Heterogenität geprägt, dass sie trotz aller Unterschiede zur Gesamtbevölkerung, doch einen Teil der Gesamtbevölkerung darstellen. Daher soll in einer abschließenden Hypothese getestet werden, ob die für die österreichische Gesamtgesellschaft identifizierten Risikogruppen, sich auch unter den Studierenden als besonders von Armut betroffene Gruppen identifizieren lassen (z.B. Studierende mit Kindern, Studierende mit Migrationshintergrund oder Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung).

>> Hypothese 8: Die Risikogruppen unter Studierenden sind ident mit den Risikogruppen in der Gesamtbevölkerung.

Damit zusammen hängt die Frage, ob es unter den Studierenden auch Risikogruppen gibt, die in der Gesamtbevölkerung nicht als solche herausgearbeitet wurden.

>> Hypothese 9: Unter Studierenden lassen sich Risikogruppen identifizieren, die in der Gesamtbevölkerung nicht überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind.

5. Mögliche Adaptionen der vorgestellten Messkonzepte für Studierende

In diesem Kapitel sollen nun unterschiedliche Armutsgrenzen, die aus den bereits dargestellten Armutskonzepten herausgearbeitet wurden, auf Studierende angewendet werden. Basis hierbei sind vor allem Konzepte zur relativen Einkommensarmut, wie sie auch im EU-SILC und im Zuge der österreichischen Armutsberichterstattung verwendet werden. Allerdings werden die Armutsgrenzen nicht mit dem EU-SILC Datensatz, sondern werden mit dem Datensatz der Studierenden-Sozialerhebung analysiert. Gründe hierfür sind die weit- aus höheren Fallzahlen für die interessierende Gruppe im Datensatz der Studierenden- Sozialerhebung, welche eine wesentlich größere Auswertungstiefe als der EU-SILC Daten- satz ermöglichen. Weiters bietet die Studierenden-Sozialerhebung ein breites Spektrum für die Darstellung der Lebenssituation der Studierenden relevanter Variablen an, die im Zuge des EU-SILC nicht erhoben wurden. EU-SILC kann Studierende weder nach Hochschulsektor, noch nach Abschlussart (Bachelor-, Master- oder Diplomstudium) unterscheiden. Zusätzlich sind Studierende im EU-SILC Datensatz unterrepräsentiert, weil Studierende in Wohnhei- men nicht Teil der Grundgesamtheit sind und nur Studierende in Privathaushalten in Öster- reich die grundsätzliche Chance hatten, in die Stichprobe zu gelangen.

Im Zuge dieses Kapitels wird zunächst der Datensatz der Studierenden-Sozialerhebung nä- her beschrieben. Im Anschluss folgen konzeptionelle und methodische Überlegungen zur spezifischen Lebenssituation der Studierenden, die für die Beurteilung der Armutsgrenzen bedeutend sind.

5.1 Beschreibung des Datensatzes

Die Erhebung der Daten der Studierenden-Sozialerhebung erfolgte im Mai 2009. Der Zeit- punkt wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der Studie 2006 und aus technischen Gründen gewählt. Einerseits musste der Ablauf der Inskriptionsfrist abgewartet werden, um alle Studierenden des Sommersemesters zu erfassen und andererseits musste genügend Zeit vor Semesterende für Teilnahme-Erinnerungen eingeplant werden. Die Erhebung er- folgte mittels Online-Fragebogen, zu dessen Teilnahme alle ordentlichen Studierenden Ös- terreichs via Email eingeladen wurden („Vollerhebung“).¹⁶ Über den Erhebungszeitraum

¹⁶ Mit Ausnahme von Studierenden an Privatuniversitäten, FH-Studierenden in den Studiengängen Militärische bzw. Polizeiliche Führung und der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Edith Stein.

von rund 1,5 Monaten wurden 285.000 E-Mails versandt. Der nach Abschluss der Datenbereinigung vorliegende Datensatz umfasst 42.329 Fragebögen. Die geschätzte Rücklaufquote liegt bei 17%.

Der Datensatz wurde anhand der Daten der Hochschulstatistik nach Staatsbürgerschaft, Hochschulsektor (an Universitäten zusätzlich nach Doktorat/ nicht Doktorat), Hochschule, Studiengruppe, Geschlecht und Alter gewichtet.

Die im Fragebogen behandelten Themen umfassen zahlreiche Themen wie Wohnsituation, Erwerbstätigkeit, Praktika, finanzielle Situation, gesundheitliche Situation, finanzielle Schwierigkeiten, Förderungen, Studiensituation oder regionale Herkunft.

Im Gegensatz zu EU-SILC ist die Studierenden-Sozialerhebung 2009 keine Haushalts- sondern eine Personenbefragung, die keine Informationen zu Haushaltsgröße und Haushaltseinkommen enthält. Die folgenden, auf Basis der österreichischen Armutsberichterstattung herangezogenen, Armuts(gefährdungs)schwellen, beziehen sich deshalb approximativ auf Einpersonenhaushalte.

Die weiteren Auswertungen schließen, falls nicht anders ausgewiesen, nur Studierende in Bachelor-, Master- und Diplomstudien in die Analyse ein, Studierende in Doktoratsstudien sind aufgrund ihrer anderen Lebens- und Studiensituation aus der hier vorgenommenen Analyse ausgeschlossen. Finanzauswertungen beziehen sich auf eine etwas eingeschränkte Gruppe, da nur miteinbezogen werden, welche bezüglich aller abgefragten Aspekte ihrer finanziellen Situation gültige Angaben getätigt haben.

5.2 Methodische und Konzeptionelle Überlegungen

Bevor nun auf die erste Forschungsfrage genauer eingegangen werden kann und untersucht wird, ob und wie die bereits angesprochenen Messkonzepte für die Erfassung von Armut unter Studierenden geeignet sind, sollen methodische und konzeptionelle Überlegungen zu Studierenden und den vorliegenden Daten angestellt werden.

5.2.1 Haushaltseinkommen vs. Personeneinnahmen

Die grundlegende Schwierigkeit bei der Anwendung von EU-SILC Armutsgrenzen ist das Haushaltskonzept, welches den in Österreich verwendeten Armutskonzepten zugrunde liegt. Das Haushaltskonzept beinhaltet die Annahme, dass alle Einkommen eines Haushalts in einen gemeinsamen Topf einfließen (Pool-Annahme). Aus diesem können die Haushalts-

mitglieder paritätisch je nach Bedarf, zu gleichen Teilen schöpfen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In Folge dieser Annahme geht EU-SILC davon aus, dass Haushalte vorwiegend aus Familien bestehen, wobei selbst für diese bereits angezweifelt wird, dass die Aufteilung innerhalb des Haushalts gleich erfolgt (Volkert et al. 2003: 36). Rund ein Fünftel der Studierenden lebt im elterlichen Haushalt, etwas mehr als ein Viertel in einem gemeinsamen Haushalt mit Partner/in und ein weiteres Fünftel in einem Einzelhaushalt. Dies bedeutet, dass rund zwei Drittel der Studierenden in Wohnformen leben, bei denen die Pool-Annahme angenommen werden kann. Bei anderen Formen des Wohnens, wie beispielsweise Wohngemeinschaften, welche rund ein Viertel der Studierenden nutzt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Ressourcen innerhalb des Haushalts gleichmäßig aufgeteilt werden. Da sogenannte Haushalte mit „unattached individuals“ (Expert Group on Household Income Statistics 2001) in der Gesamtbevölkerung sehr selten sind (rund 1,4% der Österreicher/innen lebten im Vergleichszeitraum 2009 in einem Nicht-Familien-Mehrpersonenhaushalt), kann die Pool-Annahme zwar auf einen Großteil der Gesamtbevölkerung zutreffen, nicht jedoch auf die Subgruppe der Studierenden: für 25% der Studierenden ist davon auszugehen, dass lediglich ein Teil des verfügbaren Individualeinkommens in einen gemeinsamen Pool einbezahlt wird, mit welchem vor allem gemeinschaftliche Kosten gedeckt werden (Miete, Strom, Internet), aber jede/r Einzelne einen Teil des verfügbaren Einkommens in unterschiedlicher Höhe zurückbehält.

Studierende in Wohnheimen sind ebenfalls eine spezifische Gruppe in der Armutsforschung. Nicht Teil der Grundgesamtheit des EU-SILC machen sie rund ein Zehntel aller Studierenden aus und sind somit ein nicht unwichtiger Teil der Studierendenschaft, zumal der Ausschluss von Studierenden in Wohnheimen aus der Untersuchung einen systematischen Ausschluss von jüngeren Studierenden, die nicht in ihrem Heimatort studieren, bedeutet.

5.2.2 Zur Heterogenität der österreichischen Studierenden

Im allgemeinen Sprachgebrauch und formal gesehen sind Studierende Personen, die ein Hochschulstudium absolvieren. In Österreich sind dies Personen, die an öffentlichen und privaten Universitäten¹⁷, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen als ordentliche Hörer/innen inskribiert sind. Wie aber bereits gezeigt werden konnte, sind „die Studierenden“ keine homogene Gruppe, sondern durch Heterogenität gekennzeichnet: „Typische“ Studierende in diesem Sinne gibt es nicht. Abhängig von Hochschulsektor, Alter, Wohnsitu-

¹⁷ Da Privatuniversitäten in der Studierenden-Sozialerhebung nicht erfasst wurden, werden sie in der nachfolgenden Untersuchung auch nicht berücksichtigt.

ation, Studienrichtung, Erwerbstätigkeit, Vorbildung, sozialer Herkunft, Migrationshintergrund u.v.m. unterscheiden sie sich in ihrer Lebenssituation und in ihren Bedürfnissen (vgl. Unger/ Zaussinger et al. 2010).

Die Unterscheidung zwischen den Hochschulsektoren allein hat zur Folge, dass die Gruppe der Studierenden in viele Subgruppen zerfällt, welche sich in vielen Punkten drastisch unterscheiden. Zum Beispiel zeigt die Zusammensetzung nach Alter in diesen Sektoren kein einheitliches Bild. Der Anteil an Studierenden unter 21 Jahren schwankt für das Studienjahr 2008/09 zwischen 25% an Pädagogischen Hochschulen und 12% an Kunstuniversitäten.¹⁸ Gleichzeitig ist der Anteil der über 30-Jährigen an den Pädagogischen Hochschulen ebenfalls besonders hoch (22%), während dieser an Fachhochschulen mit 14% sehr niedrig ist. Fachhochschulen lassen sich weiter nach vollzeit oder berufsbegleitenden Studiengängen unterscheiden (vgl. Unger/ Zaussinger et al. 2010: 47). Diese Unterscheidung zeigt bereits, dass die Gruppe der Studierenden sehr heterogen ist und eine Darstellung von Armut in dieser Gruppe schwierig sein kann.

Die Wahl des Studienorts, die Wahl der Studienrichtung, die Unterstützungsfähigkeit oder auch der Unterstützungswille der Eltern etc., all dies steht in einem Zusammenhang mit der Lebenssituation der Studierenden und kann einen Einfluss auf das Armutsrisiko dieser Gruppen haben. Studierende, die ihr Herkunfts(bundes-)land für ein Studium verlassen, haben beispielsweise nicht die Möglichkeit kostengünstig bei ihren Eltern zu leben. Personen, die über den zweiten Bildungsweg eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und dann ein Studium beginnen, finden allgemein eine andere Ausgangslage vor. Erstere leben häufiger in Wohnheimen und werden stärker von den Eltern unterstützt, letztere haben möglicherweise das Elternhaus verlassen und bereits einen eigenen Haushalt oder eine eigene Familie gegründet. Entsprechend unterschiedlich ist auch die finanzielle Situation dieser Studierenden, welche sich wieder stark auf die Studiensituation und die Armutslagen auswirken kann (vgl. Unger/ Zaussinger et al. 2010).

Folgende beispielhafte Auszüge **beruhen auf den Ergebnissen der Studierenden-Sozialerhebung 2009** (ohne Doktoratsstudierende; Unger/ Zaussinger et al. 2010) und sollen spezifische Gruppen und deren Lebenssituation hervorheben, die für die Vergleiche mit bestehenden Armutskonzepten relevant sind.

¹⁸ Inländische, ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten (inkl. Doktorate; siehe Studierenden-Sozialerhebung 2009: 47).

Erwerbstätige Studierende – Studierende Erwerbstätige?

Der Status „Student/in“ ist keinesfalls exklusiv. Laut Studierenden-Sozialerhebung 2009 sind rund 45% der Studierenden in Österreich durchgehend während des Semesters und 17% der Studierenden gelegentlich erwerbstätig. Das durchschnittliche Erwerbsausmaß erwerbstätiger Studierender beträgt rund 20 Stunden pro Woche. Rund jede/r zehnte Studierende ist vollzeit (während des ganzen Semesters über 35 Stunden) erwerbstätig. Über ein Fünftel geht zumindest teilzeit (10 bis 35 Stunden während des ganzen Semesters) einer Erwerbstätigkeit nach. Vor allem ältere Studierende sind besonders häufig erwerbstätig: Die Erwerbsquote bei Studierenden über 28 Jahren liegt bei knapp 80%. Rund ein Viertel aller Studierenden sind nach eigenen Angaben als Arbeiter/in bzw. Angestellte/r oder im öffentlichen Dienst beschäftigt. Ebenfalls ein Fünftel aller Studierenden war vor Erstzulassung regulär erwerbstätig (mindestens ein Jahr in einem Ausmaß von mindestens 20 Wochenstunden).

Rund ein Fünftel aller Studierenden sieht sich selbst als vorrangig erwerbstätig und nebenbei studierend. 42% gehen zwar einer Erwerbstätigkeit nach, sehen sich selbst aber in erster Linie als Studierende. 39% sind nicht erwerbstätig.

Wie viel „Studium“ ist ein Studium?¹⁹

Neben der Erwerbstätigkeit kann auch die Studienintensität (Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen und sonstiger Studienaufwand) ein Unterscheidungsmerkmal zwischen Studierenden darstellen. Im Durchschnitt über alle Studierenden (inkl. Erwerbstätige) geben Studierende an, rund 30 Stunden pro Woche für ihr Studium aufzuwenden und 12 Stunden erwerbstätig zu sein. Rund 10% der erwerbstätigen Studierenden sind in einer typischen Woche während des Semesters weniger als 10 Stunden mit dem Studium beschäftigt. Selbst unter Studierenden, die im Sommersemester 2009 nicht erwerbstätig waren, geben rund 4% an, weniger als 10 Stunden pro Woche für ihr Studium aufzuwenden. Dagegen sind rund 4% der Studierenden über 30 Stunden pro Woche erwerbstätig und wenden gleichzeitig über 30 Stunden pro Woche für ihr Studium auf. Sowohl Studierende, die ein Semester lang keine Prüfungen ablegen (aufgrund von Krankheit, Schwangerschaft, Erwerbstätigkeit etc.), als auch solche, die einen überdurchschnittlich hohen Studienaufwand angeben, sind

¹⁹ Eigene Berechnungen auf Basis der Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009.

als Studierende anzusehen und sind Teil der für diese Arbeit interessierenden Bevölkerungsgruppe.

Lebensverlauf = Studienverlauf?

Ferner sind die Lebensläufe der Studierenden keinesfalls uniform. Rund 80% der Studierenden nahmen innerhalb von zwei Jahren nach dem Erwerb einer „traditionellen“ Studienberechtigung (Matura) ein Studium auf. Ein Fünftel der Studierenden sind dagegen nicht direkt (innerhalb von 2 Jahren) nach Erwerb der Studienberechtigung in das Hochschulsystem eingetreten bzw. weisen einen „nicht-traditionellem“ Hochschulzugang auf (bspw. durch das Absolvieren einer Studienberechtigungs- bzw. Berufsreifeprüfung). Diese zweite Gruppe von Studierenden mit „verzögertem Studienbeginn“ unterscheidet sich deutlich von Studierenden mit direktem Übertritt hinsichtlich ihres Alters, der Familien- und Wohnsituation, der Erwerbstätigkeit, der Studienmotive etc.

Studierende in Österreich sind nicht immer Teil der österreichischen Wohnbevölkerung²⁰

Neben diesen ausgewählten größeren Gruppen, gibt es noch zahlreiche kleinere Gruppen, die sowohl methodisch als auch konzeptionell berücksichtigt werden müssen. Zum Beispiel: Studierende in Österreich müssen nicht zwingenderweise in Österreich wohnen. Insgesamt pendelt rund 1% der Studierenden aus dem Ausland an die österreichischen Hochschulen, insbesondere gilt dies erwartungsgemäß für Hochschulstandorte in Grenznähe (Salzburg 5%, Innsbruck 2%).

5.2.3 Studierende: abhängige Kinder oder eigenständige Erwachsene?

Die Situation von Studierenden ist in vielerlei Hinsicht komplex, nicht zuletzt auch aufgrund der (gesetzlich vorgesehenen) Abhängigkeit von ihren Eltern. Die theoretischen Hintergründe und die daraus folgenden Konsequenzen sollen in diesem Kapitel besprochen werden.

Ein je nach Definition unterschiedlich großer Teil der Studierenden sind sogenannte „junge Erwachsene“. Das junge Erwachsenenalter, welches grob gesagt die Zeit zwischen dem 18. Lebensjahr und Ende 20 beschreibt²¹, ist eine Zeit des Umbruchs. Erst kürzlich entdeckt und untersucht, ist die Entstehung einer solchen Phase im Lebenslauf zu einem großen Teil durch die Verlängerung der Zeiten in (Aus-)Bildungsinstitutionen und den Veränderungen am Arbeitsmarkt zu erklären (Seiffge-Krenke 2008: 37). Längere Ausbildungszeiten haben

²⁰ Eigene Berechnungen auf Basis der Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009.

²¹ Rund 84% der Studierenden sind unter 30 Jahre alt.

zur Folge, dass „Schlüsselereignisse“, wie der Auszug aus dem Elternhaus, das Erlangen von (finanzieller) Autonomie, das Eingehen einer Partnerschaft, der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, welche den Übergang zum Erwachsenenalter kennzeichnen, sich im Lebenslauf weiter nach hinten verschieben (Laimer/ Oismüller 2011: 168). Auch sind Lebensläufe zusehends diskontinuierlich und „entstandardisiert“, was gleichzeitig bedeutet, dass die Übergangsschritte auch wieder zurückgenommen werden können/müssen (z.B. durch die Aufnahme eines Studiums und der Einschränkung der Erwerbstätigkeit ziehen Personen zurück zu ihren Eltern). Diese Schlüsselereignisse sind großteils mit finanziellen Unsicherheiten verbunden, wobei die nationalstaatliche Perzeption dieser Übergänge einen großen Einfluss nicht nur auf „politische, sondern auch individuelle biographische Entscheidungen“ haben kann (zit. nach Walther 2008: 22). Länder wie Deutschland, aber auch Österreich, werden in der Typologie der Nationalstaaten von Walther (2008) der Kategorie „erwerbsarbeitszentrierte Übergangsregime“ zugeordnet. Hier erfolgt die Zuschreibung des beruflichen und sozialen Status (auf institutioneller Ebene) während der Zeit in mehr oder weniger selektiven Schulsystemen, also in der Jugendphase. Die Phase des Erwachsenenalters wird über den Eintritt in ein Normalarbeitsverhältnis definiert. Umgekehrt bedeutet dies auch, dass Personen über 18 Jahre, die aufgrund ihrer Ausbildung keine eigenen Sozialversicherungsansprüche geltend machen können, bis zum 27. Lebensjahr im sozialen Sicherungssystem als Kinder ihrer Eltern angesehen werden (Walther 2008).

Walther (2008) koppelt seine Typologie u.a. auch an die Typologie der Wohlfahrtsstaaten von Gøsta Esping-Anderson. Der österreichische Wohlfahrtsstaat allgemein wird in dieser Typologie als konservativ bezeichnet und zielt darauf ab, soziale Sicherheit bei Beibehaltung der Statusunterschiede zu fördern und setzt die traditionelle Familie und das Subsidiaritätsprinzip in den Mittelpunkt (Ullrich 2005: 46). Wie die politische Auffassung des jungen Erwachsenenalters, ist auch die Studienfinanzierung an das österreichische Verständnis des Wohlfahrtsstaats geknüpft. Dies zeigt sich u.a. an der Bedeutung der elterlichen Unterhaltspflicht und der Bemessung der Studienbeihilfe am Einkommen der Eltern:

Eltern sind verpflichtet, bis zur Erlangung der Selbsterhaltungsfähigkeit des Kindes, dessen Unterhaltsbedarf zu decken. Für volljährige Kinder gilt diese Unterhaltspflicht auch weiter, „wenn es (das Kind Anm. A.G.) nach der Matura ein Hochschulstudium, für das es Neigung zeigt, zielstrebig verfolgt und den Eltern die Finanzierung auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse zumutbar ist. Dies gilt entsprechend für eine sonstige weiterführende Berufsausbildung. Mit Abschluss der Berufsausbildung tritt grundsätzlich die Selbsterhaltungsfähig-

keit ein“ (Wienerroither 2011: 10). Der direkte Übertritt von der Berufsausbildung in ein Normalarbeitsverhältnis wird in erwerbsarbeitszentrierten Übergangsregimen vorausgesetzt und ein Scheitern diesbezüglich vor allem „individuellen Defiziten“ (Walther 2008: 25) zugeschrieben.

Ist den Eltern die Finanzierung eines angemessenen Lebensstandards aufgrund der eigenen finanziellen Verhältnisse nicht zumutbar, wird davon ausgegangen, dass der/die Studierende „sozial bedürftig“ ist und unter gewissen Voraussetzungen Anspruch auf Studienbeihilfe hat. Der Bezug und die Höhe der Studienbeihilfe richten sich demnach primär nach der Höhe des Einkommens der Eltern. Lediglich Studierende, die sich bereits vor dem Studium über einen gewissen Zeitraum selbst erhalten haben, haben Anspruch auf eine von der Einkommenssituation der Eltern unabhängige Förderung. Die Höchstbeihilfe ist zudem abhängig vom Wohnort der Eltern und der Wohnsituation der Studierenden. Für Studierende, deren Eltern in zumutbarer Entfernung vom Studienort leben, ist der Höchstsatz niedriger angesetzt, da davon ausgegangen wird, dass sie im Haushalt der Eltern wohnen (Studienförderungsgesetz 1992 §7).

Diese, der Auffassung eines konservativen Wohlfahrtsstaats zuschreibbaren, Rahmenbedingungen der Studienfinanzierung zeigen sich beispielsweise ganz konkret in der Wohnsituation und der Struktur der finanziellen Mittel der Studierenden:

Rund 20% der Studierenden leben im elterlichen Haushalt. Diese Studierenden sind deutlich jünger als der Durchschnitt. Etwa drei Viertel der Elternwohner/innen sind jünger als 25 Jahre. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ist der Anteil an Elternwohner/innen unter Studierenden in Österreich relativ niedrig, wobei dies vor allem an der Altersstruktur der österreichischen Studierenden liegt. Österreich hat laut EUROSTUDENT IV unter den teilnehmenden Ländern den niedrigsten Anteil an 24-jährigen Studierenden (vgl. Orr et al. 2011).

Laut Studierenden Sozialerhebung 2009 erhalten rund 61% der Studierenden Geldeinnahmen und/oder Naturalleistungen von ihren Eltern (inkl. Familienbeihilfe). Ebenfalls 60% beziehen einen Teil ihrer Einnahmen aus ihrer Erwerbstätigkeit. Rund ein Viertel der Studierenden bezieht ein Stipendium. Der Anteil des Erwerbseinkommens am Gesamtbudget steigt mit dem Alter stark an, während der Anteil der elterlichen Zuwendungen ab dem 25. Lebensjahr stark abnimmt (Unger/ Zaussinger 2010: 347).

Für 27% der Studierenden stellt die Familie (Eltern, Partner/in etc.) die Hauptfinanzierungsquelle dar (Anteil ist größer als 75% am Gesamtbudget). Nahezu ein Fünftel bestreitet seinen Lebensunterhalt zum größten Teil über Erwerbseinkommen. Für rund 21% ist es die Kombination aus Zuwendungen der Familie und Einnahmen aus Erwerbstätigkeit, welche mehr als 75% des Gesamtbudgets ausmacht. Jede/r fünfte Studierende bezieht einen Großteil seiner/ihrer Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen.

Ein völlig anderes Studienfinanzierungsmodell verfolgen zum Beispiel die skandinavischen Länder entsprechend dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatenmodell. Dieses „zielt auf die maximale individuelle Unabhängigkeit sowohl vom Markt als auch von der Familie“ ab (Ullrich 2005: 46). Im Vergleich zu Österreich leben Studierende in Schweden, Norwegen und Finnland wesentlich seltener im elterlichen Haushalt. Der Anteil der Zuwendungen von Eltern und Partner/innen am Gesamtbudget liegt für Österreich (nur inländische Studierende, ohne Doktoratsstudierende) bei 36%, in Norwegen bei 11%, in Schweden und Finnland bei 7% (vgl. Orr et al. 2011). Die staatliche Studienförderung in Schweden, Finnland und Norwegen wird unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern an nahezu alle Studierenden ausbezahlt. Für Studierende, die unabhängig von den Eltern wohnen, existieren zusätzliche Förderungen, die teilweise an weitere Voraussetzung geknüpft sind (López Jiménez 2011).

Ebenso wie die in Kapitel 5.2.2 bereits vorgestellten Gruppen, ist die Abhängigkeit der Studierenden von den Eltern, welche sich in der Wohnsituation, in der Studienfinanzierung u.a. zeigt, ein spezifisches Merkmal der Studierendenschaft, welches sie von anderen jungen Erwachsenen unterscheidet und welches in der Armutsmessung bei Studierenden Berücksichtigung finden muss. Diese Abhängigkeit der Studierenden von ihren Eltern macht es, wie in der Folge gezeigt wird, schwierig, ein geeignetes Messkonzept für Studierende zu entwickeln, insbesondere wenn dieses den Anspruch hat, einen möglichst großen Teil der Studierendenschaft einzuschließen.

5.3 Konkrete Anwendung bekannter Armutsschwellen auf Studierende

Zunächst werden die auf Basis der österreichischen Armutsberichterstattung und anderen konzeptionellen Überlegungen entwickelten Armutsgefährdungsschwellen kurz vorgestellt, anschließend werden anhand der Einkommensdaten aus der Studierenden- Sozialerhebung 2009 die Armutsquoten für die jeweiligen Schwellen berechnet (siehe Tabelle 5) und

schließlich wird eine Interpretation der Ergebnisse vorgenommen, um beurteilen zu können, inwiefern diese Schwellen für die Armutsmessung der Studierenden geeignet sind.

Folgende sechs Armuts(gefährdungs)schwellen lassen sich identifizieren und (approximativ) auf die Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009 anwenden:

- **Schwelle A:** 60% des äquivalisierten Medianeinkommens (Jahreseinkommen umgerechnet auf zwölf Monate) für Einpersonenhaushalte in Österreich (Statistik Austria 2010): 1.031 €
- **Schwelle B:** Mindestsicherung (für 2011 bundesweit monatlich) für Einpersonenhaushalte: 753 €

Diese beiden Armutsschwellen stellen den Bezug zwischen Studierenden und der Gesamtbevölkerung her. Ihnen liegt die Annahme zugrunde, dass die Gruppe der Studierenden einen nicht abgrenzbaren Teil der österreichischen Bevölkerung darstellt und diese als Referenz für ihren Lebensstandard dient. Nicht eindeutig abgrenzbar sind Studierende, weil sie (wie im vorigen Kapitel näher beschrieben) eine sehr heterogene Gruppe darstellen und beispielsweise nicht alle ausschließlich einem Studium nachgehen, sondern teilweise bereits im Erwerbsleben stehen. Wären sie eine eindeutig abgrenzbare Gruppe, würden Armutsgrenzen, die einen Bezug zum Lebensstandard der österreichischen Gesamtbevölkerung darstellen, wenig Sinn ergeben.

Anstelle des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Pensionen wird für die nächste Armutsschwelle die Höchstbeihilfe der Staatlichen Studienbeihilfe herangezogen. Diese ist wie auch der Ausgleichszulagenrichtsatz oder die Mindestsicherung eine von politischer Instanz festgelegte Unterstützung, welche allerdings bisher nicht für Armutsmessungen verwendet wurde.

- **Schwelle C:** Höchstbeihilfe (der Studienbeihilfe) für Studierende, die nicht bei den Eltern wohnen, ohne Kinder, ohne gesundheitliche Beeinträchtigung/ Behinderung (monatlich): 679 €

Werden die Studierenden nun, konträr zur oben angeführten Annahme, als in sich geschlossene Gruppe verstanden, die einem relativen Armutskonzept als Referenzpunkt dient, ergeben sich andere Armutsschwellen. Diese beziehen sich auf die finanziellen Mittel, welche die Studierenden zur Verfügung haben.

- **Schwelle D1:** 60% des studentischen Medianeinkommens (monatlich): 510€
- **Schwelle D2:** 60% des Medianeinkommens von Studierenden in Einpersonenhaushalten (monatlich): 615 €
- **Schwelle D3:** 60% des Medianeinkommens von Studierenden in Einpersonenhaushalten, die keine finanzielle Unterstützung durch Andere erhalten (monatlich): 750 €

5.3.1 Berechnung der Armutsquoten

Werden alle Studierenden des Datensatzes untersucht, zeigt sich für Schwelle A, nach der EU-SILC-Definition von 60% des äquivalisierten Medianeinkommens, eine Armutsquote von rund 67%. Zwei Drittel der Studierenden haben Gesamteinnahmen, die 1.031€ nicht übersteigen (siehe Tabelle 5).

Nach der politischen Armutsschwelle B auf der Höhe der Mindestsicherung für Einpersonenhaushalte sind rund 39% aller Studierenden arm und haben ein monatliches Gesamtbudget unter 753€.

Unter Anwendung von Schwelle C (Richtsatz der Höchstbeihilfe der Staatlichen Studienbeihilfe) sind rund 29% der Studierenden arm.

Während die ersten beiden Armutsgrenzen (A+B) einen Bezug zwischen Studierenden und nichtstudentischer Bevölkerung herstellen, zeigt die Armutsgrenze D1 definiert nach 60% des studentischem Medianeinkommens die Armutsgefährdung innerhalb der Studierendenschaft bezogen auf alle Studierenden. Dadurch ergibt sich die niedrigste Armutsquote von rund 13%. 13% der Studierenden haben ein monatliches Gesamtbudget von weniger als 510 €.

Tabelle 5: Anwendung von bekannten Armutsschwellen auf Studierende

		Schwelle A	Schwelle B	Schwelle C	Schwelle D1	Schwelle D2	Schwelle D3	Untersuchte Studierende
		Armutsgefährdungsschwelle Einpersonen-Haushalt 2009	Mindestsicherung für Alleinstehende 2011	Höchststudienbeihilfe	60% des Studentischen Medianeinkommens ¹⁾	60% des Studentischen Medianeinkommens: ¹⁾ Nur Alleinlebende ²⁾	60% des Studentischen Medianeinkommens: ¹⁾ Nur Alleinlebende ²⁾ ohne Bezug von Naturalleistungen ³⁾	
	Grenzwerte	€ 1.031	€ 753	€ 679	€ 510	€ 600	€ 645	
Ohne Einschränkung	Anteil an allen Studierenden	66,9%	39,1%	29,1%	12,7%			100%
Einschränkung 1	Nur Alleinlebende (Einzelhaushalt ohne Partner/in im Haushalt)	53,4%	23,8%	15,8%	5,5%	10,5%		20,6%
Einschränkung 2	Nur Alleinlebende ohne Bezug von Naturalleistungen ³⁾	47,8%	21,7%	14,2%	5,7%		11,8%	11%

¹⁾ Exkl. Doktoratsstudierender.

²⁾ Einzelhaushalt ohne Partner/in im Haushalt.

³⁾ durch Eltern/ Partner/andere Verwandte.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

5.3.2 Auftretende Schwierigkeiten

Einschränkungen des Samples

- 1) Armutsschwelle A (siehe Tabelle 5) wurde als 60% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung approximativ, aufgrund der fehlenden Informationen zu Haushaltsgröße und -einkommen von Studierenden, für Einpersonenhaushalte berechnet. Um eine verbesserte Vergleichbarkeit erzielen zu können, müssen die beiden Grundgesamtheiten angepasst werden. Nur für Studierende in Einpersonenhaushalten ergibt sich eine Armutsquote nach Schwelle A von 53%.

Die Armutsquote nach der Schwelle B (Mindestsicherung für Einpersonenhaushalte) beträgt für Studierende in Einpersonenhaushalten 24%.

Nach Schwelle C (Höchstbetrag der Staatlichen Studienbeihilfe) sind 16% der Studierenden in Einzelhaushalten von Armut betroffen.

Die Schwelle D1, berechnet aus 60% des Medianeinkommens aller Studierenden, zeigt für Studierende in Einzelhaushalten, eine relativ geringe Armutsquote von 6%. Nach Schwelle D2, welche sich aus 60% des Medianeinkommens von Studierenden in Einzelhaushalten berechnet, sind allerdings wieder 11% dieser Studierenden (in Einzelhaushalten) von Armut betroffen.

Diese Einschränkung auf Studierende in Einpersonenhaushalten hat allerdings zur Folge, dass knapp 80% der Studierenden aus der Untersuchung ausgeschlossen werden. Die oben dargestellten Armutsquoten beruhen auf Angaben von letztlich 21% der Studierenden.

- 2) Die Einnahmen der Studierenden bestehen nicht nur aus Geldeinnahmen, sondern auch aus Naturalleistungen²², jedoch sind diese im EU-SILC nicht als Einnahmen vorgesehen.²³

Aus diesem Grund müssen die Auswertungen auf Studierende beschränkt werden, die in Einpersonenhaushalten leben *und* keine Naturalleistungen beziehen.

Nach Schwelle A (EU-SILC Definition 60% des Medianeinkommens für Einpersonenhaushalte) ist immer noch knapp die Hälfte der Studierenden in Einpersonenhaushalten und ohne Naturalleistungsbezug arm (48%).

Nach Schwelle B (Mindestsicherung) liegt die Armutsquote für alleinlebende Studierende ohne Naturalleistungsbezug bei 22%.

²² Laufend anfallende Kosten, die von Eltern, Partner/in oder anderen getragen werden.

²³ „Kontinuierlicher Geldtransfer (...) einer Privatperson außerhalb des Haushaltes“ (Statistik Austria 2010b: 182) beinhalten regelmäßige Geldgeschenke oder freiwillige Unterhaltszahlungen von ehemaligen Partner/innen oder Eltern, aber in diesem Falle keine Naturalleistungen.

Wird die Armutsquote für Schwelle C berechnet, so liegt diese für diese spezifische Gruppe von Studierenden bei 14%.

Unter Anwendung der Schwelle D1 (60% des Medianeinkommens aller Studierenden) ist die Armutsquote wieder relativ gering (6%), wird allerdings die Schwelle D3 (60% des Medianeinkommens von alleinlebenden Studierenden ohne Naturalleistungsbezug) verwendet, sind 12% der Studierenden arm.

Die Angleichungen an die Definitionen des EU-SILC ziehen, wie bereits oben gesagt, eine Reduktion des Samples mit sich. Je mehr Kriterien eingeführt werden, desto kleiner wird die Gruppe der Studierenden, auf die diese noch zutreffen. Für die erste Reduktion werden 80% aller Studierenden von der Untersuchung ausgeschlossen und in der zweiten Einschränkung werden fast 90% der Studierenden ausgeschlossen. Die Ergebnisse der letzten Untersuchung beruhen auf den Angaben von 11% der Studierenden.

5.3.3 Besonderheiten studentischer Einnahmen- und Ausgabenstrukturen sowie Konsequenzen für die Anwendung von einkommensbasierten Armuts-schwellen

An dieser Stelle der vorliegenden Arbeit muss es nun zu einer Prioritätensetzung in der Konzeption von Armut unter Studierenden kommen:

Um methodisch mehr oder minder einwandfreie Vergleiche zwischen der offiziellen österreichischen Armutsberichterstattung und der Studierenden-Sozialerhebung anstellen zu können, müssten rund 79% bzw. sogar 89% der Studierenden aus weiteren Analysen ausgeschlossen werden und eine Armutsmessung wäre nur für eine sehr spezifische Gruppe der Studierenden möglich:²⁴

Studierende, die in Einzelhaushalten ohne Partner/in wohnen (Einschränkung 1), sind verglichen mit allen Studierenden im Schnitt rund 2 Jahre älter (28 vs. 26 Jahre), sind häufiger erwerbstätig (68% vs. 61%) und sehen sich selbst häufiger als vorwiegend erwerbstätig (28% vs. 19%). Für Studierende in Einzelhaushalten ohne Partner/in und ohne finanzielle Unterstützung durch Andere liegt der Altersdurchschnitt noch höher bei 33 Jahren. 85% dieser Gruppe sind erwerbstätig und über die Hälfte sieht sich auch in erster Linie als erwerbstätig. 13% dieser Studierenden sind in berufsbegleitenden FH-Studiengängen und somit klar überrepräsentiert (über alle Studierenden: 4%). Auch ist eine Überrepräsentanz

²⁴ Die folgenden Auswertungen beziehen sich, falls nicht anders ausgewiesen, auf eigene Berechnungen der Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009.

von Männern festzustellen, welche in dieser Gruppe die Mehrheit der Studierenden ausmachen (52%). Über alle Studierenden gesehen liegt der Männeranteil aber nur bei 45%.

Ziel dieser Untersuchung ist es allerdings, ein Konzept der Armutsmessung zu entwickeln, welches es ermöglicht, die Armutslagen nahezu *aller* Studierenden darzustellen, was dazu führt, dass auf Haushaltsgrößen basierende, bereits etablierte Armutsschwellen nicht verwendet werden können. Die Schwierigkeit hierbei ist einerseits, die Abhängigkeitsverhältnisse eines Teils der Studierenden von ihren Eltern zu berücksichtigen und andererseits die spezifischen Ausgabenstrukturen der Studierenden mit zu bedenken. Erfolgt dies nicht, wird, wie unter Schwelle A, ein „image misérabiliste“ (Grignon 2003: 3) der studentischen Armutssituation gezeichnet, indem davon ausgegangen wird, dass grob zwei Drittel der Studierenden armutsgefährdet sind und unter dem sozio-kulturellen Existenzminimum leben.

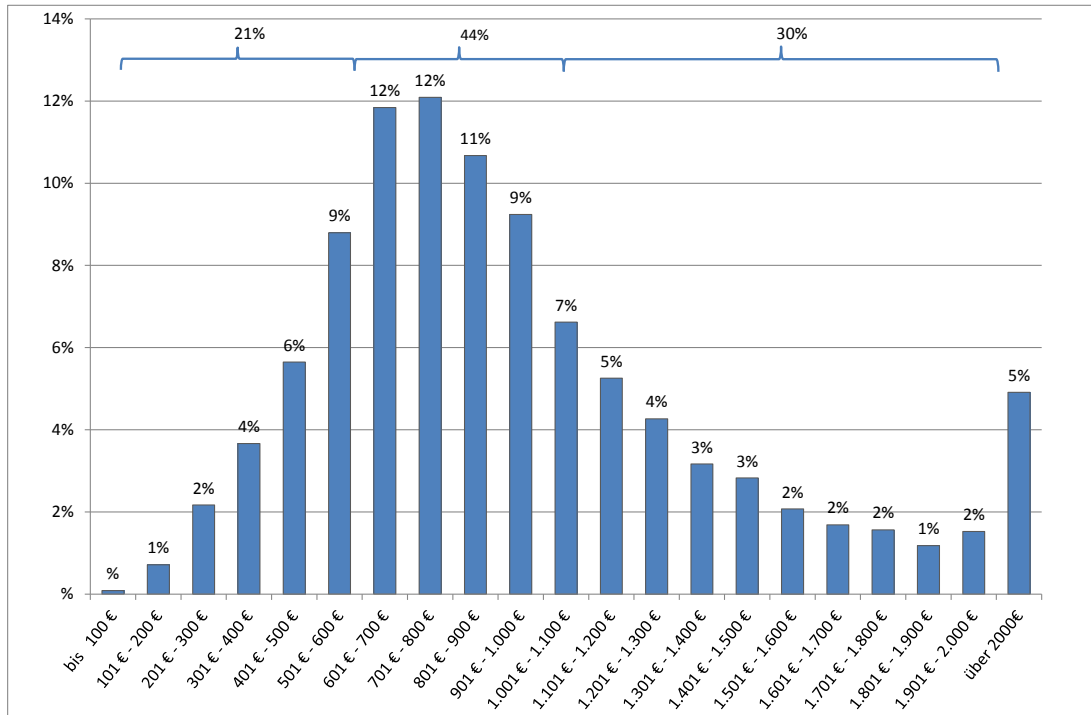
Die Festlegung auf ein sozio-kulturelles Existenzminimum, berechnet aus dem mittleren Einkommen der Studierenden, ist dagegen aufgrund der Heterogenität der Studierenden kaum sinnvoll. Die bisher angewandten Armutsschwellen gehen nicht auf die unterschiedlichen Einnahmen- und Ausgabenstrukturen der Studierenden ein. Gruppen mit durchschnittlich niedrigem Einkommen, vor allem jüngere Studierende und Elternwohner/innen, sind nach allen vorgestellten Armutdefinitionen weit überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen – obwohl sie in der Regel auch deutlich niedrigere Ausgaben haben. Es ist deshalb an dieser Stelle sinnvoll, die Einkommensverteilung der Studierenden nach bestimmten Merkmalen genauer darzustellen.

In der Studierenden-Sozialerhebung 2009 (Unger/ Zaussinger 2010) zeigt die Einnahmenverteilung über alle Studierenden (siehe Abbildung 1), dass rund 44% der Studierenden über ein Gesamtbudget zwischen 601€ und 1.000€ verfügen.²⁵ Rund ein Fünftel muss mit weniger auskommen, über ein Drittel hat mehr zur Verfügung. Das durchschnittliche Gesamtbudget liegt bei 977€. Das studentische Budget besteht im Schnitt zu 16% aus Naturalleistungen, also zweckgebundenen Leistungen, die nicht direkt an die Studierenden selbst ausgezahlt werden. Der Anteil der Naturalleistungen am Gesamtbudget liegt für Elternwohner/innen bei 27%. Studierende in Einzel- und Partner/innenhaushalten erhalten je-

²⁵ Das Gesamtbudget setzt sich zusammen aus Geldeinnahmen (alle direkt an Studierende ausbezahlten Beträge) + Naturalleistungen (alle von Eltern/ Partner/in/ Verwandte übernommene Leistungen, die indirekt in Form von nicht selbst getätigten Ausgaben den Studierenden zu Gute kommen. (Unger/ Zaussinger et al. 2010: 338)

weils rund 12% bzw. 14% ihres Budgets in Form von Naturalleistungen, welche direkt an Ausgaben gekoppelt sind.

Abbildung 1: Einnahmenverteilung der Studierenden

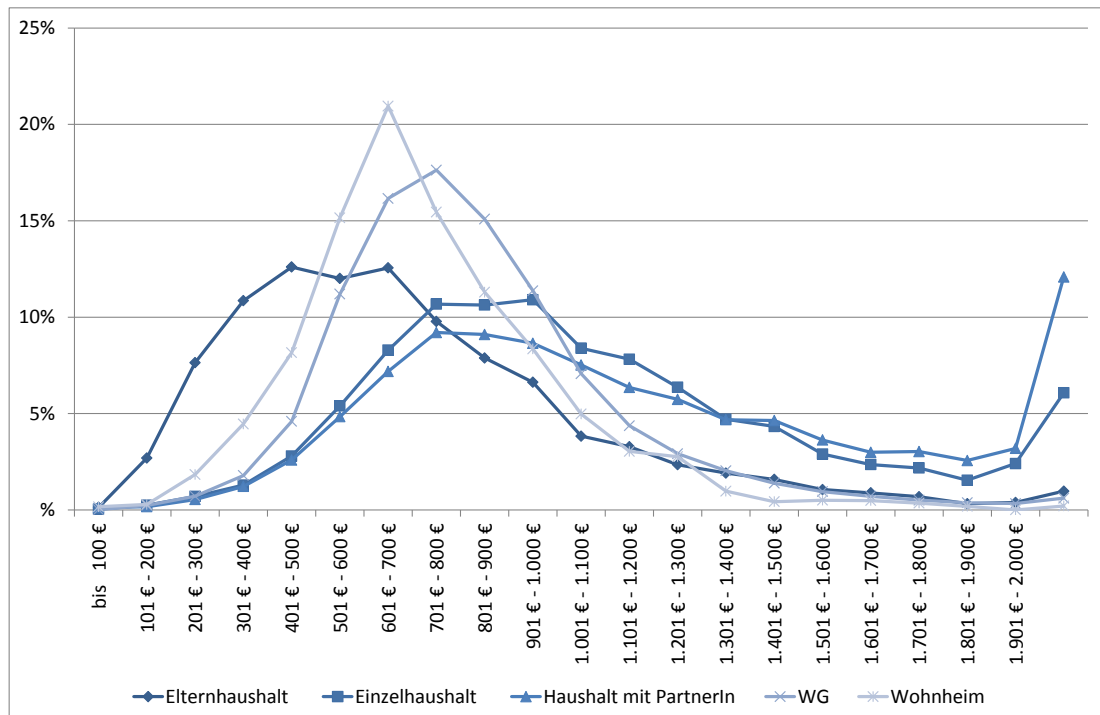


Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009; Unger/ Zaussinger et al.: 340, eigene Darstellung.

Nach Wohnsituation zeigt sich allerdings ein gänzlich anderes Bild (siehe Abbildung 2): Studierenden im Elternhaushalt steht monatlich mit 708€ das geringste, Studierenden in Wohnheimen das zweitniedrigste Gesamtbudget zur Verfügung (745€). Das höchste durchschnittliche Gesamtbudget weisen Studierende in Einzelhaushalten und in Haushalten mit Partner/in auf (1.117€ bzw. 1.260€). Diese Gruppen unterscheiden sich allerdings nicht nur hinsichtlich der Höhe sondern auch der Zusammensetzung des Gesamtbudgets stark voneinander: Rund 27% der Einnahmen von Studierenden, die im elterlichen Haushalt leben, sind indirekte Zahlungen von Dritten (Naturalleistungen). Im Vergleich dazu machen diese nur und 12% des Gesamtbudgets von Studierenden in Einzelhaushalten aus. Rund die Hälfte des Budgets von Studierenden in Einzelhaushalten (mit/ ohne Partner/in) wird über Erwerbseinkommen bezogen. Der Anteil des Erwerbseinkommens am Gesamtbudget von Studierenden in Wohngemeinschaften oder Wohnheimen hingegen beträgt rund 25% bzw. 16%. (Unger/ Zaussinger et al 2010: 359).

Abbildung 2: Einkommensverteilung der Studierenden nach Wohnform



Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Das niedrigere Budget sagt allerdings noch wenig über das sozio-kulturelle Existenzminimum aus. Studierende in Elternhaushalten oder Wohnheimen haben zwar ein vergleichsweise niedriges Budget, aber gleichzeitig auch niedrigere Ausgaben. Studierende in diesen Wohnformen tragen in der Regel nicht die vollen Kosten eines Haushaltes und haben analog zu ihren Einnahmen auch die niedrigsten Ausgaben, was sich vor allem durch die niedrigen Ausgaben für Wohnen ergibt. Im Durchschnitt rund 12% ihrer Ausgaben für Wohnen aus (dies entspricht rund 79€; Unger/ Zaussinger et al. 2010: 390).

Elternwohner/innen können in diesem Sinne nicht abgekoppelt von der finanziellen Situation ihrer Eltern betrachtet werden, was die Armutsmessung anhand von Personeneinkommen nicht erlaubt. Für diese Studierenden müsste das Haushaltseinkommen herangezogen werden, was aber mit dem Datensatz der Studierenden-Sozialerhebung nicht möglich ist. Die Alternative, der Ausschluss eines Fünftels der Studierenden aus der Armutsmessung, widerspricht allerdings der Grundidee dieser Arbeit.

Studierende in Wohnheimen stellen eine weitere, für die vorgestellten Armutskonzepte wenig inkludierbare Gruppe dar. Sie leben einerseits, verglichen mit Studierenden in Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften, in einem kostengünstigen Wohnraum, welcher speziell auch auf die Bedürfnisse von Studierenden zugeschnitten ist und in verschiedener Hin-

sicht eine Kostenersparnis mit sich bringt: Neben geringeren Ausgaben für Miete, fallen in vielen Fällen auch Anschaffungskosten und Wartung von beispielsweise Waschmaschine, Küchengeräten, Möbeln weg. Auch diese Studierenden beziehen einen großen Teil ihres Budgets über Naturalleistungen (22%) und einen noch größeren Anteil aus Geldeinnahmen von der Familie (39%). Zusätzlich kann angenommen werden, dass einige dieser Studierenden an den Wochenenden und während der Ferien in den Elternhaushalt zurückkehren (was in der Umfrage nicht erfasst wurde). Dies macht es noch schwieriger ihre konkrete Ein- und Ausgabensituation zu erfassen (Unger/ Zaussinger et al. 2010: 359).

Die in EU-SILC verwendete Definition von Privathaushalt schließt Studierendenwohnheime aus der Grundgesamtheit generell aus. Auch wenn Wohnheimbewohner/innen in der österreichischen Gesamtbevölkerung nur einen verschwindend kleinen Teil darstellen, sind diese unter Studierenden rund ein Zehntel der Grundgesamtheit, welcher in einer Untersuchung von Studierenden nicht vernachlässigt werden darf.

Der Zugang zu kostenfreiem (Eltern) oder kostengünstigem Wohnraum unterscheidet die Ausgabenstruktur der Studierenden klar von der Ausgabenstruktur der Gesamtbevölkerung. Weitere Punkte, die gegen eine Anwendung von direkt einkommensbezogenen Armutsgrenzen sprechen, sind Vergünstigungen, die ein Teil der Studierenden durch ihren Status (und aber auch ihr Alter) erhalten (bspw. für öffentliche Verkehrsmittel, Eintrittskarten, Mensaessen), sodass ein Betrag von X € in der Hand einer/s (unter 27-jährigen) Studierenden unter Umständen mehr wert sein kann als in den Händen eines unter 27-jährigen (ausschließlich) Erwerbstätigen. Sprich, die Kaufkraft des Geldes ist zumindest für einen Teil der Studierenden höher als in der Gesamtbevölkerung, weshalb einigen auch ein etwas geringeres Gesamtbudget zum Leben ausreichen mag.

Ein weiterer Punkt, welcher in den Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009 mit Unsicherheiten behaftet ist, hängt ebenfalls mit dem Naheverhältnis von Studierenden und Eltern zusammen und ergibt sich aus der Kostenersparnis durch gemeinsame Mahlzeiten (oder der „Mitgabe“ von Vorräten), weshalb (elterliche) Naturalleistungen für Essen von den Studierenden etwas unterschätzt sein dürften. Naturalleistungen in Form von Lebensmitteln können aber gerade bei (zumeist jüngeren) Studierenden, die beispielsweise lediglich unter der Woche am Studienort wohnen und die Wochenenden regelmäßig bei den Eltern verbringen, nicht unerheblich ins Gewicht fallen (siehe auch Herpin/ Verger 1993).

Zur Anwendung der Schwelle C (Höchstbeihilfe) ist weiters kritisch anzumerken, dass diese nicht als Existenzminimum definiert wurde, und eine „zumutbare Eigenleistung“ seitens der Studierenden voraussetzt. Studierende, deren Eltern in „zumutbarer Entfernung“ zum Studienort leben, haben darüber hinaus keinen Anspruch auf die Höchstbeihilfe, da laut Gesetz davon ausgegangen wird, dass diese im Haushalt der Eltern leben können. Unter der „zumutbaren Eigenleistung“ der Studierenden wird implizit Einkommen aus Erwerbstätigkeit verstanden. Auf diesen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit, Studium und Armut wird weiter unten noch näher eingegangen.

Die Ablehnung der Armutsschwelle D1 (60% des Medianeinkommens *aller* Studierenden) stützt sich, neben den bereits genannten Kritikpunkten hinsichtlich der rein einkommensbasierten Messung von studentischer Armut, auf die Tatsache, dass Studierende keine von der Gesamtbevölkerung abgrenzbare Gruppe darstellen. Die Grenzen zwischen Studium und Erwerbstätigkeit verlaufen fließend, Phasen von intensiver Studienleistung und Erwerbstätigkeit wechseln sich ab. Studierende können weiters nicht auf eine enge Alterskohorte oder Bevölkerungsgruppe beschränkt werden, welche als Referenz dienen könnte. Jüngere Studierende mögen sich beispielsweise mit jüngeren Erwerbstätigen vergleichen, aber ebenso auch mit gleichaltrigen Studierenden. Ältere Studierende, die neben dem Studium vollzeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben als Referenz eher Arbeitskolleg/inn/en als unter 21-jährige Studierende, welche bei ihren Eltern leben.

Die Tatsache, dass nicht nur die Wohnsituation sondern auch das Alter der Studierenden (und damit auch die Familien- und Erwerbssituation) die Zusammensetzung und die Höhe der Einnahmen und der Ausgaben bestimmen, zeigt einmal mehr, dass direkt einkommensbasierte Armutskonzepte nicht anwendbar sind. Die Armutsschwellen, wie auch schon in der allgemeinen Armutforschung oft kritisiert, sagen nichts über die tatsächliche Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums aus und sind im Falle von Studierenden noch schwieriger über objektive und einheitliche Grenzen festzulegen.

Für eine alternative Konstruktion einer Armutsschwelle soll nun der Blick ins Ausland gelenkt und untersucht werden, wie in bereits bestehenden Analysen mit den beschriebenen Schwierigkeiten der Armutsmessung unter Studierenden umgegangen wurde.

5.4 Anwendungen von Armutsgrenzen auf Studierende im internationalen Kontext

Da das Thema der studentischen Armut bisher selten näher untersucht wurde, werden an dieser Stelle nur 2 bzw. 3 Studien beispielhaft vorgestellt.

5.4.1 Frankreich

Ein französischer Bericht des „Observatoire de la Vie Etudiante“ an den Minister für Jugend, Bildung und Forschung aus dem Jahr 2003 zeigt einen Weg, wie Armut unter Studierenden messbar gemacht werden kann. Grignon (2003) argumentiert, dass aufgrund der speziellen Situation von Studierenden, herkömmliche einkommensbasierte Armutsgrenzen nicht herangezogen werden können. Als approximativen Indikator für Armut unter Studierenden zieht er die Nachfrage nach der „aide sociale exceptionnelle“ (frei übersetzt: Ausnahmesozialhilfe) heran. Die Inanspruchnahme dieser wurde im Rahmen der französischen Studierenden-Sozialerhebung 2000 mit zahlreichen anderen armutsrelevanten Merkmalen abgefragt. 3,5% der Studierenden gaben an, im Studienjahr 1999/2000 eine aide sociale exceptionnelle beantragt zu haben. Grignon geht davon aus, dass ausländische Studierende hierbei etwas unterrepräsentiert sein könnten, über alle Studierende gesehen, sieht Grignon aber keine Verzerrung. Studierende würden im Vergleich über überdurchschnittlich hohe „Kompetenzen“ verfügen und hätten ausreichend Zugang zu Informationen. Aus diesem Grund kann man annehmen, dass nach diesem Ansatz, anders als beispielsweise bei politisch festgelegten Armutsschwellen (Sozialhilfe), verdeckte Armut nur ein Randphänomen ist, welches höchstens ausländische Studierende betrifft (Grignon 2003: 6).

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, eine aide sociale exceptionnelle zu erhalten, in einem engen Zusammenhang mit dem elterlichen Einkommen und dem beruflichen Status der Eltern steht. Studierende, deren Eltern weniger als 750€ pro Monat verdienen, haben eine fast doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, eine aide sociale zu beantragen als Studierende, deren Eltern mehr als 3000€ verdienen. Besonders betroffen sind auch Scheidungskinder und Studierende mit einem arbeitslosen Elternteil. Nach Geschlecht zeigen sich keine Unterschiede, allerdings hat das Alter Auswirkungen: im Vergleich zu den bis 20-Jährigen, haben 23 bis 25-Jährige eine 3-fach erhöhte Wahrscheinlichkeit in dem hier genannte Sinne arm zu sein. Weitere spezielle gefährdete Gruppen sind laut Grignon Studierende aus dem nicht-europäischen Ausland (im Vergleich zu französischen Studierenden) und Studierende bestimmter Studienrichtungen. Dabei sind Studie-

rende der Naturwissenschaften seltener betroffen als Studierende in beispielweise Rechtswissenschaften, Geisteswissenschaften oder Wirtschaftswissenschaften. Grignon betont ferner, dass finanzielle Belastungen für Studierende sehr zyklisch anfallen. Besonders der Beginn des Studienjahres birgt hohe finanzielle Belastungen, während staatliche Beihilfen zu diesem Zeitpunkt meist noch nicht ausbezahlt werden.

Eine andere französische Arbeit von Herpin und Verger (1998) beschäftigt sich ebenfalls mit den Armutslagen von Studierenden. Unter Berufung auf mehrere Datenquellen wird dabei versucht, die finanzielle Situation von Studierenden, anderen jungen Erwachsenen und ihren Familien darzustellen und zu vergleichen. Dabei gehen sie ausschließlich auf die Situation von in Frankreich lebenden Personen zwischen 19 und 29 Jahren ein. Es wird die Unterscheidung zwischen Studierenden und jungen Erwachsenen, die im elterlichen oder eigenständigen Haushalt leben und somit stark auf die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Eltern und studierenden Kindern eingegangen. Die Kombination von unterschiedlichen nationalen Datensätzen ermöglicht es, Einkommensarmut auf Haushaltsebene zu erfassen und „übliche“ Armutsdefinitionen (zum damaligen Zeitpunkt noch 50% des Medianeinkommens) anzuwenden. Dabei zeigt sich, dass Studierende aus niedrigeren sozialen Schichten wegen der finanziellen Belastung durch ein Studium, welche sich auf das Wohlfahrtsniveau der gesamten Familie auswirkt, seltener ein Studium aufnehmen, bzw. dieses ihre Wahl des Studienorts und auch des Hochschulsektors beeinflusst. Herpin und Verger (1998) argumentieren, dass die Kosten eines eigenständigen Haushalts für Studierende aus niedrigeren Schichten (bzw. mehr für deren Eltern) dazu führen, dass diese sich eher an Universitäten bzw. dem französischen Pendant der Fachhochschulen (IUT²⁶) einschreiben, welche sich in der Nähe des Wohnorts befinden. IUTs bieten ebenfalls, ähnlich wie Fachhochschulen in Österreich, kürzere Studiendauern an, welche, laut Herpin und Verger, aus Kostengründen besonders für Studierende mit defavorisiertem Hintergrund attraktiv sind. Neben der Bestimmung einer relativen Armutsschwelle, wird versucht ein absolutes Existenzminimum für Studierende zu errechnen, welches ein Leben außerhalb des elterlichen Haushalts ermöglichen soll. Kosten für ein Zimmer im Wohnheim, Essen in der Mensa, öffentlichen Verkehr, Universitätssport, Studienbeiträge, und Krankenversicherung fließen in dieses ein. Allerdings sehen Herpin/ Verger den Status der Studierenden als besonders instabil an, in welchem zahlreiche, in kurzen Abständen erfolgende Veränderungen der Wohn-, Erwerbs- und Studiensituation die für Erwachsene als „monoton“ empfundenen Lebens- und Ar-

²⁶ Institut Universitaire de Technologie.

muntsverläufe durchbrechen, zurücksetzen oder beeinflussen können. Aus diesem Grund ist es vor allem für die Armutsuntersuchung von Studierenden notwendig, ein multidimensionales Konzept von Armut zu entwickeln, welches auch studienrelevante Faktoren miteinbezieht.

Herpin/ Verger (1998) wie auch Grignon (2003) gehen allerdings noch zusätzlich auf einen weiteren Punkt ein, der in die Armutserfassung von Studierenden miteinfließen sollte. Sie zeigen den Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Studium als einen für Studierende beeinträchtigenden Faktor. Beeinträchtigend in dem Sinne, dass Studierende, die neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, weniger Zeit in das Studium investieren können und somit gegenüber Studierenden, deren Eltern die Möglichkeit und Motivation haben, das Studium zu finanzieren, einen Nachteil haben. Auf diesen Punkt soll im nächsten Schritt, der Armutsdefinition für Studierende (siehe Kapitel 6), näher eingegangen werden.

5.4.2 Australien

Die Studie von Newton und Turale (2000) versucht mit qualitativen Methoden dem noch wenig untersuchten, aber ihrer Ansicht nach wachsenden Phänomen der studentischen Armut näherzukommen. Anders als Grignon stellt in dieser Studie das Einkommen eine der zentralen Variablen für die Ziehung der Armutsgrenze dar. Neben dem Einkommen werden auch Deprivationsindikatoren und subjektive Einstufungen von Studierenden einer Provinzuniversität herangezogen, um die Gruppe der armen Studierenden zu identifizieren. Dabei zeigte sich, dass Studierende, die einkommensarm bzw. depriviert sind, sich nicht notwendigerweise auch als arm bezeichnen (Newton/ Turale 2000). Dies könnte einerseits auf die stigmatisierende Bedeutung des Armutsbegriffs, andererseits aber auch auf den temporären Charakter der Armut von Studierenden zurückzuführen sein. Newton/ Turale betonen allerdings in ihren Schlussfolgerungen, dass dem temporären Charakter studentischer Armut bzw. der Schutzfunktion von Hochschulbildung vor späterer Armut, kein Automatismus zugrunde liegt, sondern sie gerade an kleineren, ruralen Universitäten eine Prekarisierung der finanziellen und beruflichen Situation von Hochschulabsolvent/inn/en beobachten.

Auch wenn die methodischen Annäherungen an das Phänomen studentischer Armut grundlegend andere sind, als in der vorliegenden Arbeit, zeigen die Ergebnisse sehr wohl, dass studentische Armut in westlichen Ländern existiert, diese allerdings gesellschaftlich kaum wahrgenommen wird und Studierende, die davon betroffen sind,

„(...) expect, but do not accept, that their life as a student will involve a degree of deprivation during the period of their studies. They consider that living on their low income [insbesondere für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen] has serious effects on their social, physical, economic and psychological wellbeing“ (Turale 1998: 13 zit. nach Newton/Turale 1999: 256).

Erwerbstätigkeit und Darlehen werden als Versuche genannt, die Armut abzuschwächen oder dieser gegenzusteuern. Erstere wirkt sich, Newton/ Turale zufolge, negativ auf den Studienerfolg aus, was wie letzteres zur Folge haben kann, dass sich die enge zeitliche Begrenzung studentischer Armut auf wenige Studienjahre weiter ausdehnt. Eine darauf aufbauende Studie von Lewis et al. (2007) stuft auf Basis von unterschiedlichen Deprivationssindikatoren rund 5% der Studierenden einer ländlichen Universität als arm ein.

Auch wenn die Situation von Studierenden in Australien nur bedingt mit jener von Studierenden in Österreich vergleichbar ist und die Reliabilität der Daten der letztgenannten Studie wahrscheinlich nicht mit der Studierenden-Sozialerhebung vergleichbar ist, können aus den Ergebnissen dennoch Tendenzen abgelesen werden, welche es auch für Österreich zu prüfen gilt. Der Wegzug aus dem Elternhaus bzw. das Verlassen der Heimatregion werden in diesen australischen Studien als problematisch für die finanzielle Situation gesehen.

5.4.3 Europa

Auf europäischer Ebene wird das Thema Armut unter Studierenden kaum betrachtet. Im EUROSTUDENT IV (vgl. Orr et al. 2011) wird das Thema nur sehr kurz dargestellt:

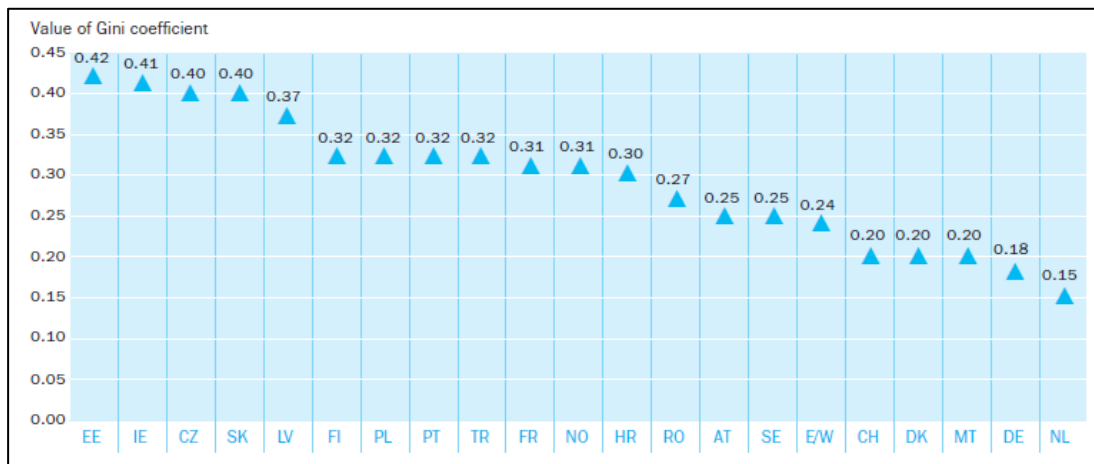
„An analysis of student income levels compared to a European at-risk-of-poverty-index (not included in this report) indicated that a certain share of students in almost all of the higher education systems in Europe seems to be living in such a financially precarious situation“ (ebd.: 202).

Orr et al. versuchen zwar nicht Armut unter Studierenden zu messen, allerdings zeigen sie die finanziellen Ungleichheiten innerhalb der Studierendenpopulation auf und stellen diese in einem internationalen Vergleich gegenüber (siehe Abbildung 3). In Österreich beträgt der Gini-Koeffizient²⁷ für (inländische) Studierende (ohne Doktoratsstudierende, ohne Elternwohner/innen) 0,25. Die niedrigsten Koeffizienten weisen die Niederlande und Deutschland

²⁷ Statistische Maßzahl zur Darstellung von Ungleichverteilungen: je höher der Gini-Koeffizient, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung.

auf. Laut Orr et al. (2011) ist die Ungleichverteilung in Ländern, in denen die staatlichen Stipendien einen hohen Anteil am monatlichen Einkommen der (davon profitierenden) Studierenden ausmachen, geringer. Für Deutschland sehen Orr et al. aber auch die soziale Selektion, welche vor dem Studienbeginn für Ungleichheit im Bildungssystem sorgt, als mitverantwortlich dafür an, dass innerhalb der deutschen Studierendenschaft weniger Unterschiede bestehen.

Abbildung 3: Gini-Koeffizient für die Einnahmen von Studierenden, die *nicht* im Elternhaushalt leben.



Quelle: Eurostudent IV; Orr et al. 2011: 118.

6. Neukonzeptionierung der Armutsmessung unter Studierenden

6.1 Subjektive Armutsmessung

Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt wurde, ist Armut unter Studierenden (mit den zur Verfügung stehenden Daten und aufgrund der sehr speziellen Untersuchungsgruppe) nicht über übliche Armutsgrenzen erfassbar. Die fehlenden Informationen lassen kein haushaltsbasiertes Messinstrument zu. Konzepte der Armutsmessung, die lediglich einkommensbasiert vorgehen, also nur das verfügbare Einkommen berücksichtigen, sind auf Studierende auch aus einem weiteren Grund nicht anwendbar. Sie berücksichtigen nicht Naturalleistungen, also zweckgebunden Übernahmen von Kosten durch Eltern oder Partner/in, die den Studierenden nicht Einnahmen- sondern Ausgabenseitig zur Verfügung stehen. Diese Naturaltransfers stellen eine wichtige Ergänzung zu Geldtransfers dar, die aber nicht als frei verfügbares Einkommen zur Finanzierung des Lebensunterhalts beitragen. Es ist daher notwendig, die Ausgabenstruktur der Studierenden in der Armutsmessung zu berücksichtigen. Die direkte Einbeziehung der Ausgaben in ein Messkonzept kann aber wiederum methodisch nicht vertreten werden. Während die Studierenden-Sozialerhebung 2009 den Anspruch erfüllt, sämtliche Einnahmen der Studierenden abzudecken und vollständig zu erheben,²⁸ ist dies für Ausgaben nicht der Fall (einmalige Ausgaben wie z.B. Reparaturen wurden beispielsweise nicht erfasst). Ein rein ausgabenorientiertes Armutskonzept würde letztlich allerdings auch nicht das Problem des Referenzpunkts lösen, an dem sich die relative Armutsgrenze orientiert (siehe Kapitel 5.3.3). Wie weiter oben beschrieben, lässt die Heterogenität der Studierenden die Konstruktion eines allgemeinen Referenzpunkts (z.B. Durchschnittskosten, -einnahmen) nicht zu.

Um nun die notwendige Brücke zwischen den Einnahmen einerseits und den spezifischen Ausgabenstrukturen der Studierenden andererseits schlagen zu können und gleichzeitig das Referenzproblem zu minimieren, wird in der Folge auf ein subjektives Armutskonzept zurückgegriffen.

Aufgrund der Datenlage ist es für die Zwecke dieser Arbeit nicht möglich, mit einer Minmaleinkommensfrage zu arbeiten. Im Zuge der Studierenden-Sozialerhebung wurden die Studierenden allerdings gefragt, wie gut bzw. wie schlecht sie mit den ihnen zur Verfügung

²⁸ Was aber im Falle der Naturalleistungen wahrscheinlich dennoch zu einer Unterschätzung führt.

stehenden finanziellen Mitteln auskommen. Diese Frage wird als Approximation für eine einfachere (mit der von Tentschert et al. verwendeten vergleichbaren) Variante der Leyden Poverty Line verwendet, welche sich auf die Einkommensevaluierungsfragen stützt. Der genaue Wortlaut der Frage lautet „Wie gut kommen Sie derzeit mit den Ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln aus?“. Die Antwortkategorien reichen von 1 „sehr gut“ bis 5 „sehr schlecht“.²⁹

Dieser Schätzer mag methodisch angreifbar sein, aber er deckt inhaltlich die Erfordernisse für die studentische Armutsmessung ab. Studierende sind angehalten, ihre finanzielle Situation selbst zu beurteilen und Einnahmen wie auch Ausgaben abzuwiegen. Auch wenn die Bezugspunkte mit dieser Methode nicht explizit werden, sind es zumindest die Betroffenen selbst, die diese in Abhängigkeit von ihrer individuellen Lage setzen.

Dies zeigt auch einen weiteren Vorteil dieser Art von Armutsmessung, den inklusiven Charakter: Studierende in Elternhaushalten, Wohnheimen und Einzelhaushalten können miteinander auf einer inhaltlichen Ebene verglichen werden. Die absolute Höhe der Einnahmen steht somit in einem Zusammenhang mit der individuellen Situation eines/r jeden Studierenden. Dies bedeutet, dass grundsätzlich alle Studierenden in die Analyse einbezogen werden können und nicht wie bei anderen Messinstrumenten (große) Teile ausgeschlossen werden müssen.

Laut Studierenden-Sozialerhebung 2009 gab rund ein Viertel der Studierenden an, zum Befragungszeitpunkt (sehr) schlecht mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln auszukommen, wobei (sehr) schlecht bedeutet, dass die Studierenden die Antwortkategorien 4 oder 5 zur Beschreibung ihrer aktuellen finanziellen Situation ausgewählt haben (Unger, Zaussinger et al. 2010). Für diese Arbeit soll diese Gruppe allerdings weiter eingeschränkt werden, mit dem Ziel, die Validität des Indikators für Armut zu erhöhen und nicht lediglich finanzielle Schwierigkeiten zu untersuchen. Zu diesem Zwecke wird die für die Armutsmessung interessante Gruppe auf Studierende beschränkt, die angeben, sehr schlecht mit ihren finanziellen Mitteln auszukommen (9%).

²⁹ Im Fragebogen wurden Studierende, die die Kategorien 1 bis 3 ausgewählt haben, zusätzlich gefragt, ob sie während ihres gesamten Studiums jemals (sehr) schlecht mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ausgekommen sind. Wurde die erste Frage mit 4 oder 5 auf der Skala bzw. die Frage nach vergangenen finanziellen Engpässen mit „Ja“ beantwortet, folgte eine Frage nach den Gründen für die schlechte finanzielle Situation. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf ersterer Frage, die als Schätzer alternativ zu einkommensbasierten Armutsgrenzen, verwendet werden soll.

(Subjektiv) von finanzieller oder Einkommensarmut betroffene oder bedrohte Studierende sind demnach Personen, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sehr schlecht auskommen (Antwortkategorie 5 auf 5-stufiger Antwortskala). Der Begriff Einkommensarmut widerspricht in diesem Falle nicht der Konzeption, Armut sowohl einkommens- als auch ausgabenseitig zu betrachten, da die Studierenden bei der Frage angehalten sind, ihre derzeitigen Einnahmen anhand ihrer individuellen Ausgabensituation zu beurteilen.

Allerdings greift auch dieser Ansatz zu kurz, da die Konsequenzen der finanziellen Armut unterschiedlich gezogen werden. Ein Fünftel der Studierenden, die im Sommersemester 2009 nach der oben genannten Definition einkommensarm waren, gaben an, ihr Studium einschränken und eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (bzw. eine bestehende ausweiten) zu wollen, um mit dem finanziellen Druck umgehen zu können. Über ein Viertel der Studierenden (29%) können oder wollen nichts an ihrer Ausgabenstruktur ändern und verschulden sich. 40% der Studierenden studieren intensiv weiter und schränken ihre Ausgaben (weiter) ein.

Die Erwerbstätigkeit als Ausweg aus der Armut ist kein ausschließlich studentisches Phänomen. Andreß (1999) sieht dies als „wichtigste Option, um die Einkommensposition eines Haushaltes (oder einer Person, Anm. A.G.) zu sichern und zu verbessern“ (ebd.: 52). Allerdings geht Erwerbstätigkeit nicht nur wie in der Gesamtbevölkerung auf Kosten der Freizeit (Haushaltproduktion, Kinder und freie Zeit; vgl. Andreß 1999), sondern im Falle der Studierenden beeinflusst sie auch die Studienintensität. Dies kann dazu führen, dass Studierende, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, um finanzieller Armut zu entgehen oder aufgrund des Erwerbseinkommens nicht einkommensarm sind, aber in dem für sie definitorischen Lebensbereich „Studium“ starke Einschränkungen hinnehmen müssen. Daraus folgt einmal mehr, dass Studierende und studentische Armut auf mehreren Ebenen erfasst werden muss.

Dies stellt den Ausgangspunkt für die Entwicklung eines mehrdimensionalen Armutskonzepts für Studierende dar, gerade weil oftmals der Lebensabschnitt „Studium“ als ein vorübergehender angesehen wird, welcher einerseits von leichten Zuverdienstmöglichkeiten und andererseits von materieller Entbehrung geprägt ist (Statistik Austria 2010: 42). Sind diese materiellen Entbehrungen für Studierende aber zu groß, werden die für Studierende (im Vergleich etwa zu Pensionist/inn/en) leichter zu findenden Zuverdienstmöglichkeiten in Anspruch genommen, die zwar die Studierenden davor bewahren können, die Lebenshal-

tungskosten zu decken, allerdings so viel Raum einnehmen können, dass ein schneller Studienabschluss in weite Ferne rückt (Grignon 2003).

6.2 Zeitaufwand für das Studium

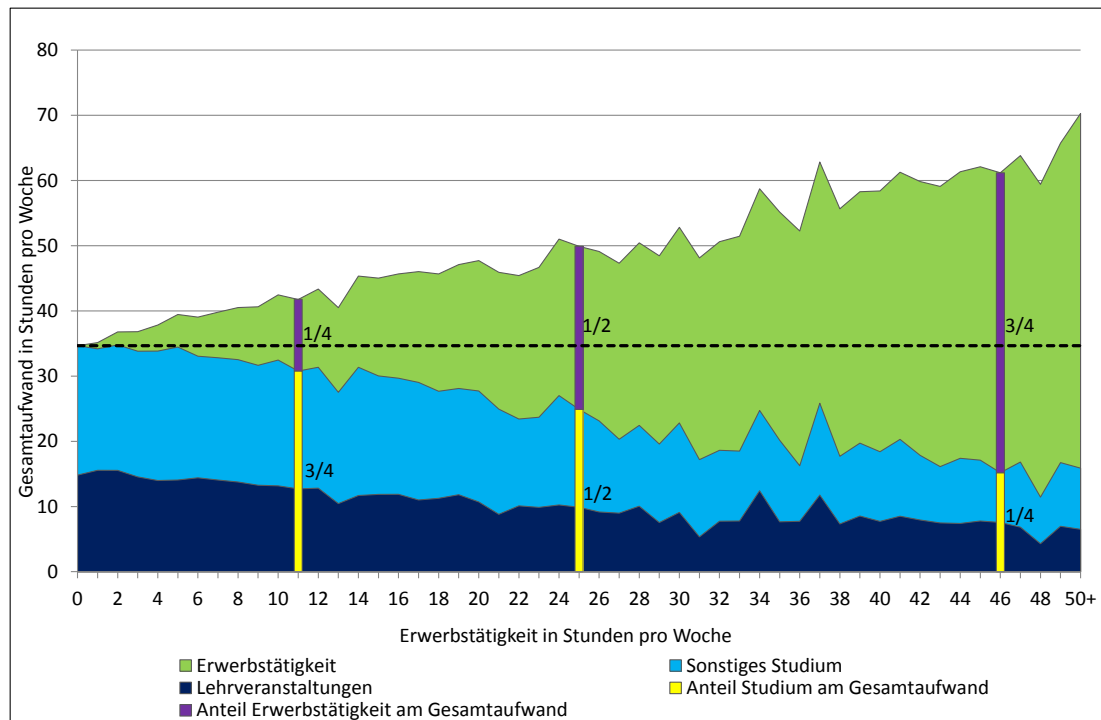
Wie auch bereits von Herpin/ Verger und Grignon angesprochen, muss neben der finanziellen Seite auch das Studium in die Armutsmessung miteinfließen. Während die französische Sicht fast ausschließlich auf den Einfluss der Erwerbstätigkeit auf den Studienaufwand fokussiert, soll dieser nun in einem ersten Schritt genauer beleuchtet werden.

6.2.1 Zusammenhang von Studienaufwand und Erwerbstätigkeit

In der Studierenden-Sozialerhebung 2009 schreiben Unger und Zaussinger et al. (2010) von einem starken Einfluss des Erwerbsausmaßes auf den Studienaufwand. Durch die Kombination von Erwerbsausmaß und Studium kommt es zu einer zeitlichen Doppelbelastung, die sich allerdings nicht nur auf den Studienaufwand auswirkt, sondern gleichzeitig auch das Gesamtarbeitspensum erhöht, also auch die zur Verfügung stehende Freizeit einschränkt. Abbildung 4 zeigt die Anteile des Studienaufwands bzw. der Erwerbstätigkeit am Gesamtzeitaufwand nach Erwerbsausmaß. Die strichlierte Linie zeigt den durchschnittlichen Studienaufwand von Studierenden, welche keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Fläche über der Linie zeigt das Ausmaß, inwiefern die Erwerbstätigkeit das gesamte Arbeitspensum der Studierenden im Vergleich zu Nicht-Erwerbstätigen erhöht. Die Fläche unter der Linie bildet das Ausmaß der Reduktion des Studienaufwands bei steigendem Erwerbsausmaß ab. Nicht erwerbstätige Studierende wenden rund 35 Stunden pro Woche für ihr Studium auf. Davon entfallen rund 15 Stunden auf Anwesenheit in Lehrveranstaltungen und 20 Stunden auf Selbststudium (Vorbereitungszeit für Referate, Prüfungsvorbereitung, Verfassen von schriftlichen Arbeiten etc.). Dieser Studienaufwand verringert sich bis zu einem Erwerbsausmaß von 5 Stunden pro Woche nicht (die Zeit, die für Erwerbstätigkeit aufgewendet wird, erhöht lediglich das Gesamtarbeitspensum). Ab 5 Stunden Erwerbsausmaß allerdings, sinkt der Zeitaufwand für das Studium kontinuierlich ab. Die eingeblendeten Säulen zeigen, dass bei einem Erwerbsausmaß von 11 Stunden rund drei Viertel der Gesamtarbeitszeit für das Studium verwendet werden, während sich dieses Verhältnis bei einem Erwerbsausmaß von 46 Stunden genau umgekehrt verhält. Bei einem Erwerbsausmaß bis 10 Stunden ist der durchschnittliche wöchentliche Studienaufwand im Vergleich zu Nicht-Erwerbstätigen um rund 2 Stunden verringert. Über 10 bis 20 Stunden Erwerbstätige weisen einen durchschnittlichen Studienaufwand von 28 Stunden pro Woche (-7 h) auf. Die Reduktion des

durchschnittlichen Studienaufwands setzt sich mit steigendem Erwerbsausmaß fort. Studierende, welche über 20 bis 25 Stunden einer Erwerbstätigkeit nachgehen, studieren durchschnittlich um 14 Stunden weniger als Studierende, die nicht erwerbstätig sind (Unger, Zaussinger et al. 2010).

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Studienaufwand und Erwerbstätigkeit



Ausgewiesen sind nur Studierende, die Zeitangaben für Studium und Erwerbstätigkeit machten.
Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009: 178.

6.2.2 Studienaufwand als Deprivationsindikator

Da aber neben dem Studium auch andere Faktoren den Studienaufwand negativ beeinflussen können und Studierende dadurch in ihrem Studienfortschritt oder gar in ihrer Abschlusswahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein können, wird das Konzept nicht auf erwerbstätige Studierende beschränkt. Zum Beispiel können Studierende mit Kind(ern) aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen daran gehindert sein, vollzeit zu studieren. Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung könnten ebenfalls einen verminderten Studienaufwand aufweisen. Dies sind zwei Beispiele, welche mit Hilfe der Studierenden-Sozialerhebung 2009 abgedeckt werden können. Da aber die Daten nicht alle Ursachen abdecken können (beispielsweise werden Betreuungspflichten gegenüber pflegebedürftigen Angehörigen nicht erfasst), wird in das hier entwickelte Armutsmodell lediglich die Konsequenz, ein deutlich verminderter Studienaufwand, aufgenommen. Die Definition studentischer Armut erfolgt also zum einen auf der Ebene der finanziellen Selbsteinschätzung

der Studierenden, zum anderen wird der Studienaufwand mitberücksichtigt. Dies ist vor allem für erwerbstätige Studierende wichtig, welche zwar auf Grund ihrer Erwerbstätigkeit aus finanzieller Sicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, gleichzeitig aber in einem für ihre Situation essentiellen Lebensbereich eingeschränkt sind: dem Studium.

Theoretische Grundlage hierfür bietet Townsends Deprivationsansatz. Relative Deprivation, wie bereits auf Seite 16 erwähnt, drückt sich als Zustand aus, in dem Personen von Lebensbedingungen ausgeschlossen sind, die üblicherweise über die Mitgliedschaft der Person in der Gesellschaft bestimmt (Dietz 1997: 99).

Der Ausschluss von den Lebensbedingungen wird in dieser Arbeit über den Studienaufwand³⁰ definiert. Im Durchschnitt wenden Studierende rund 30 Stunden pro Woche für ihr Studium auf (Unger/ Zaussinger et al.2010: 244). Studierende, die weniger als zwei Drittel des durchschnittlichen Studienaufwands aufweisen, werden in dieser Arbeit als „studienarm“ bezeichnet. Dies entspricht einer Armutsschwelle von 20 Stunden pro Woche.

6.2.3 Kombination aus finanzieller und studienbezogener Armut

Rund 9% der Studierenden sind der obigen Definition zu Folge finanziell arm, über ein Viertel (27%) ist von Studienarmut betroffen. Diese beiden Kategorien schließen sich allerdings nicht gegenseitig aus, so dass die Kombination der beiden Indikatoren folgendes Schema bzw. folgende Verteilung unter den Studierenden ergibt:

Rund zwei Drittel der Studierenden sind weder von Studienarmut noch von Einkommensarmut betroffen, d.h. sie weisen einen Studienaufwand von mehr als 20 Stunden pro Woche auf und kommen laut eigenen Angaben nicht sehr schlecht mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln aus. Rund 6% der Studierenden sind ausschließlich einkommensarm, haben aber keine Einschränkungen im Studiausmaß, welche auf Studienarmut schließen lassen würden. Ein Viertel der Studierenden ist von Studienarmut betroffen, zeigt aber keine Armutsgefährdung im finanziellen Bereich. Rund 2% der Studierenden sind sowohl von Studien- als auch von Einkommensarmut betroffen und befinden sich in einer doppelten Armutslage. Um in Tabelle 6 die Anteile aller einkommens- bzw. studienarmen Studierenden zu erhalten, müssen jene mit doppelter Armutslage jeweils die singular benachteiligten hinzuaddiert werden: Insgesamt sind daher 8,8% (6,5% + 2,3%) einkommensarm und 27,1% (24,8% + 2,3%) studienarm.

³⁰ Stunden, welche die Studierenden, nach eigenen Angaben, wöchentlich für ihr Studium aufwenden (können).

Tabelle 6: Kombination und Verteilung von Einkommens- und Studienarmut

		Studienaufwand			
		>20 Stunden		<20 Stunden	
Sehr schlechtes Auskommen mit finanziellen Mitteln	Nein	Nicht arm	66,4%	Studienarm	24,8%
	Ja	Einkommensarm	6,5%	Doppelte Armutslage	2,3%

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

7. Deskriptive Analyse der von Armut betroffenen Studierenden

Für die Testung der Hypothesen und genaueren Beschreibung der Armutspopulation unter Studierenden wird die Grundgesamtheit angepasst und bestimmte Gruppen aus theoretischen oder auch aus Gründen der Übersichtlichkeit von der Analyse ausgeschlossen.³¹

Studierende im Doktoratsstudium sind wie auch bei den bisherigen Auswertungen ausgeschlossen, da nicht nur ihre Studiensituation sondern auch ihre Erwerbssituation nur schwer mit der von Studierenden im Bachelor-, Master- oder Diplomstudium vergleichbar ist.

Ferner werden Studierende aus der Untersuchung ausgeschlossen, die keine (gültigen) Angaben zum Studienaufwand oder zu Einnahmen getätigt haben. Um systematische Ausfälle auszugleichen wurde diese neue Grundgesamtheit mittels Gewichtung nach Alter, Wohnform und Geschlecht, wieder an die Grundgesamtheit (exkl. Doktoratsstudierender) der Studierenden-Sozialerhebung 2009 angepasst.

Alle in der deskriptiven Analyse dargestellten Ergebnisse sind, falls nicht anders ausgewiesen, signifikant auf einem Niveau von höchstens 5%-Irrtumswahrscheinlichkeit (Chi²-Tests).

7.1 Von Armut betroffene Studierende nach soziodemographischen Merkmalen

9% aller Studierenden leben in finanzieller Armut (dieser Wert errechnet sich aus 7% ausschließlich einkommensarmen und 2% einkommens- und studienarmen Studierenden) und 26% sind von Studienarmut betroffen (24% der Studierenden sind ausschließlich studienarm, 2% sind zusätzlich auch von finanzieller Armut betroffen). Wie in Abbildung 5 ersichtlich, zeigen sich hierbei kleinere Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Letztere sind etwas häufiger von finanzieller Armut betroffen als erstere, wobei Männer um rund 1%-Punkt häufiger studienarm sind.

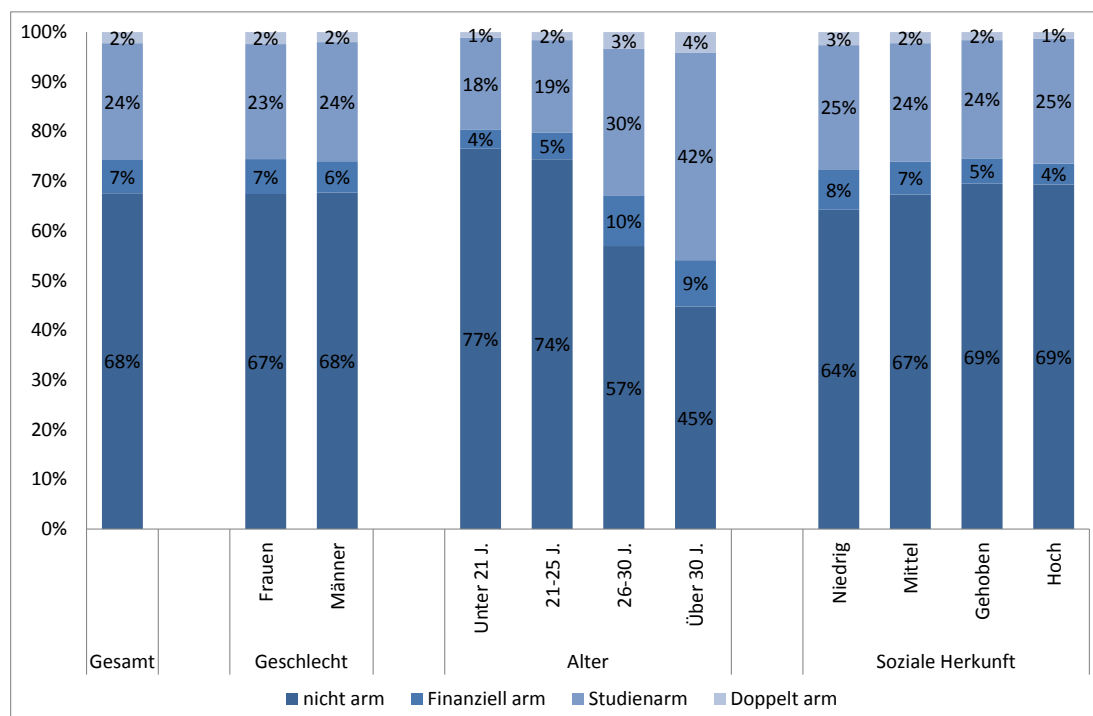
Jüngere Studierende bis 25 Jahre sind wesentlich seltener von Studienarmut betroffen als über 26-Jährige. Während rund ein Fünftel der jüngeren Studierenden bis 25 Jahre weniger als 20 Stunden pro Woche für das Studium aufwendet, sind dies bei den 26- bis 30-Jährigen

³¹ Dies bedeutet allerdings nicht, dass der hier verwendete Armutsbegriff auf diese Studierenden nicht anwendbar ist.

30% und bei den über 30-Jährigen über 40%. Auch die finanzielle Armut nimmt mit dem Alter stark zu. Studierende über 25 Jahren sind fast doppelt so häufig von Einkommensarmut betroffen wie Studierende bis 25 Jahre, wobei auch der Anteil der Studierenden in doppelter Armut unter älteren Studierenden überdurchschnittlich hoch ist. Rund 4% der Studierenden über 30 Jahre sind sowohl von finanzieller Armut als auch von Studienarmut betroffen (1% der Studierenden unter 21 Jahren). Nach Einzeljahren betrachtet zeigt sich, dass der Unterschied in den Einkommens- und Studienarmutsquoten zwischen 26-jährigen und 27-jährigen Studierenden besonders hoch ist. Während 9% der 26-Jährigen finanziell bzw. 25% studienarm sind, sind dies 12% bzw. 29% der 27-jährigen Studierenden (+3%-Punkte bzw. 5%-Punkte).

Werden die Armutslagen nach sozialer Herkunft betrachtet zeigt sich hinsichtlich der Studienarmut ein relativ homogenes Bild. Allerdings sind Studierende aus niedriger sozialer Schicht³² rund doppelt so häufig von finanzieller Armut betroffen wie Studierende aus hoher Schicht (11% vs. 5% inkl. der doppelten Armutsquote).

Abbildung 5: Armutslagen von Studierenden nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen



Exkl. Doktoratsstudierender.

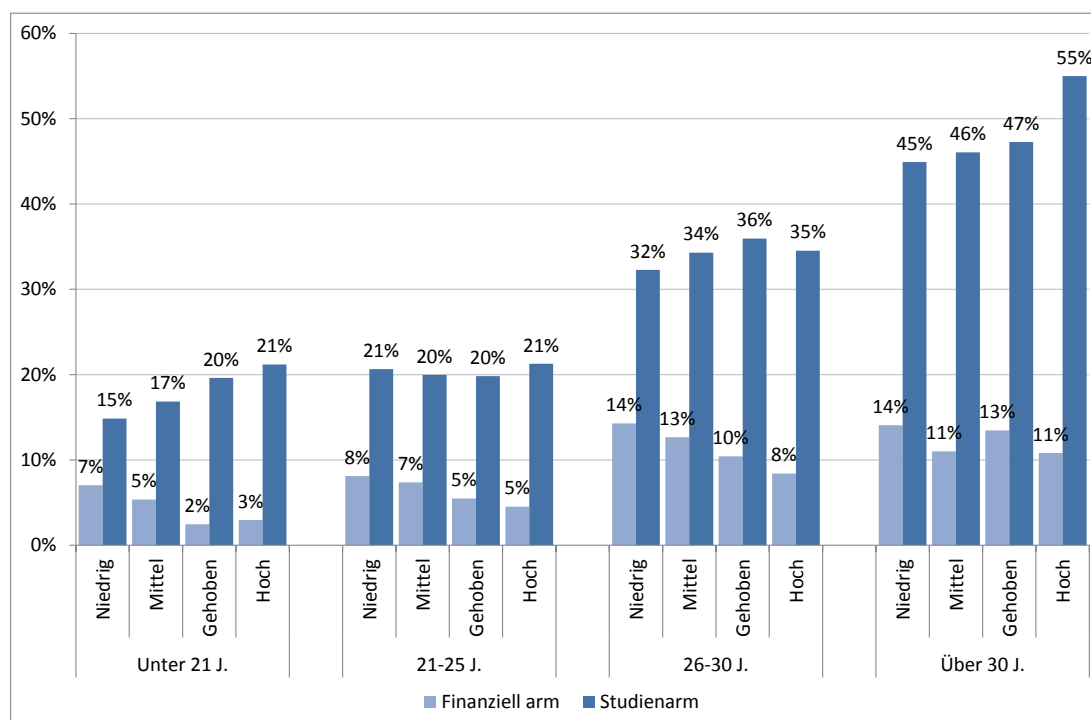
Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

³² Das Konzept der sozialen Herkunft/ Schicht entspricht jenem in der Studierenden-Sozialerhebung 2009 (vgl. Unger/Zaussinger 2010: 480ff)

Angesichts der Tatsache, dass Studierende aus niedriger Schicht aber im Durchschnitt um rund zwei Jahre älter sind als Studierende aus hoher Schicht und gezeigt wurde, dass das Armutsrisiko mit steigendem Alter zunimmt, werden im nächsten Analyseschritt einzelne Altersgruppen getrennt voneinander betrachtet (Abbildung 6). Die Tendenzen in der finanziellen Armutsquote sind ähnlich für alle Altersgruppen: Studierende aus niedriger sozialer Schicht sind über alle Altersgruppen hinweg deutlich häufiger von finanzieller Armut betroffen als Studierende aus hoher Schicht. Die Unterschiede sind besonders auffällig für Studierende unter 21 Jahren. Studierende aus niedriger sozialer Schicht weisen in dieser Altersgruppe eine 2,3-fach höhere Armutsquote auf als Studierende aus hoher Schicht (7% vs. 3%). Ebenfalls deutliche Unterschiede in der Einkommensarmutsquote zeigen sich in der Gruppe der 26- bis 30-Jährigen. Studierende aus niedriger Schicht sind fast doppelt so häufig von finanzieller Armut betroffen wie Studierende aus hoher Schicht.

Ein umgekehrtes Bild zeigt die Studienarmutsquote, die sich auch vor allem bei den jüngeren Studierenden bis 21 Jahren klar nach sozialer Herkunft unterscheidet, allerdings geht der Zusammenhang in eine andere Richtung: 13% der Studierenden aus niedriger sozialer Schicht und 20% der Studierenden aus hoher Schicht dieser Alterskohorte wenden weniger als 20 Stunden pro Woche für das Studium auf. In der Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen zeigen sich kaum Unterschiede nach sozialer Schicht hinsichtlich der Studienarmutsquote, allerdings größere Differenzen in der finanziellen Armutsquote. In den anderen Altersgruppen sind tendenziell Studierende aus höherer sozialer Schicht häufiger von Studienarmut betroffen.

Abbildung 6: Armutslagen von Studierenden nach Alter und sozialer Herkunft



Exkl. Doktoratsstudierender.
Inkl. doppelter Armutslagen.

21-25 J.: kein signifikanter Zusammenhang zwischen Studienarmut und sozialer Herkunft ($p > 0,05$).

26-30 J.: kein signifikanter Zusammenhang zwischen Studienarmut und sozialer Herkunft ($p > 0,05$).

Über 30 J.: kein signifikanter Zusammenhang zwischen finanzieller Armut und sozialer Herkunft ($p > 0,05$).

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Die Unterscheidung nach Migrationshintergrund rückt Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund und Studierende, welche ihre Studienberechtigungsprüfung im Ausland absolvierten und gleichzeitig nicht Deutsch als ihre Erstsprache nennen, in den Fokus der finanziellen Armutsbetrachtung.³³ Wie auch in der Gesamtbevölkerung sind Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von finanzieller Armut betroffen. Die höchste Einkommensarmutsquote weisen Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache auf (18% vs. 9% im Gesamtschnitt; siehe Tabelle 7). Allerdings muss berücksichtigt werden, dass Bildungsausländer/innen mit deutscher Erstsprache im Durchschnitt etwas jünger sind als Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache, was die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen teilweise relativieren könnte. Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund weisen eine höhere Armutsquote auf (12%) als jene

³³ Unter Bildungsinländer/innen werden Studierende verstanden, „die ihre vorangegangene Bildungskarriere (v.a. Matura) in Österreich abgeschlossen haben“ (Unger/Zaussinger et al. 2010: 5). Bildungsausländer/innen, hingegen, sind „Studierende mit ausländischem, studienberechtigtem Schulabschluss oder einer ausländischen Studienberechtigung“ (ebd.: 5). Migrationshintergrund wird über das Geburtsland der Studierenden bzw. der Eltern definiert. Wenn der/die Studierende oder beide Elternteile nicht in Österreich geboren sind, werden sie als Studierende mit Migrationshintergrund dargestellt.

ohne Migrationshintergrund (12% vs. 8%), allerdings können diese Unterschiede nicht auf Altersdifferenzen zurückgeführt werden, weil beide Gruppen ein ähnliches Durchschnittsalter aufweisen.

Hinsichtlich der Studienarmut sind Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund am häufigsten betroffen. Die geringste Studienarmutsquote weist die durchschnittlich jüngste Gruppe, Bildungsausländer/innen mit deutscher Erstsprache, auf (19%).

Auffällig ist auch, dass rund 6% der Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache doppelt von Armut betroffen sind. In dieser Gruppe sind überdurchschnittlich viele Studierenden gleichzeitig studien- und einkommensarm.

Tabelle 7: Armutslagen von Studierenden nach Migrationshintergrund

	Bildungs- inländer/innen ohne Migrationshintergrund	Bildungs- inländer/innen mit Migrationshintergrund	Bildungs- ausländer/innen mit deutscher Erstsprache	Bildungs- ausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache	Gesamt
Nicht arm	67,7%	63,6%	75,1%	63,1%	67,6%
Einkommensarm	8,0%	11,5%	7,3%	17,7%	8,9%
Studienarm	26,3%	27,6%	19,1%	25,4%	25,7%
Insgesamt doppelte Armutslage	1,9%	2,8%	1,5%	6,2%	2,2%

Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Wie bereits angesprochen, hat die Wohnsituation einen Einfluss auf die Armutslagen der Studierenden. Studierende, die im Haushalt der Eltern leben, sind besser vor finanzieller Armut geschützt als Studierende in anderen Wohnformen (siehe Tabelle 8). Rund jede/r zehnte Studierende in Einzelhaushalten ist von Einkommensarmut betroffen, während Elternwohner/innen eine Einkommensarmutsquote von 6% aufweisen.

Vor Studienarmut geschützt sind vor allem Studierende in Wohnheimen, welche im Schnitt eher jünger sind. Besonders häufig von Studienarmut und finanzieller Armut betroffen sind Studierende in Einzelhaushalten. Diese sind im Durchschnitt älter, häufiger erwerbstätig und haben häufiger bereits Kinder als Studierende in anderen Wohnformen, was vor allem die besonders hohe Studienarmutsquote erklären könnte.

Tabelle 8: Armutslagen von Studierenden nach Wohnsituation

	Elternerhaushalt (inkl. andere Verwandte)	Einzelhaushalt inkl. Untermiete (mit und ohne Partner/in)	Wohngemeinschaft	Wohnheim	Gesamt
Nicht arm	73,0%	60,3%	72,4%	78,5%	67,6%
Einkommensarm	6,2%	10,2%	8,6%	9,0%	8,9%
Studienarm	21,9%	32,2%	21,0%	14,8%	25,7%
Insgesamt doppelte Armutslage	1,2%	2,7%	2,1%	2,3%	2,2%

Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Gesundheitliche Beeinträchtigung führt, wie in Tabelle 9 ersichtlich, vorwiegend zu finanzieller Armut. Während rund 14% der Studierenden mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, welche sich negativ auf das Studium auswirkt, finanziell arm ist, ist der Anteil der Einkommensarmen unter den übrigen Studierenden unterdurchschnittlich (8%).

Die negativen Auswirkungen der Beeinträchtigung auf das Studium zeigen sich nicht in einem niedrigeren Studienaufwand: Der Anteil der Studienarmen unter Studierenden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Studium unterscheidet sich nicht von der Studienarmutsquote der Studierenden ohne Beeinträchtigung. Erstere sind allerdings etwas häufiger von doppelter Armut betroffen.

Tabelle 9: Armutslagen von Studierenden nach gesundheitlicher Beeinträchtigung

	Gesundheitliche Beeinträchtigung mit neg. Auswirkungen im Studium	Gesundheitliche Beeinträchtigung ohne Auswirkungen im Studium	Keine gesundheitliche Beeinträchtigung	Ges.
Nicht arm	64,1%	65,8%	68,3%	67,6%
Einkommensarm	14,0%	8,4%	8,0%	8,9%
Studienarm	25,5%	28,0%	25,7%	25,7%
Insg. doppelte Armutslage	3,6%	2,3%	2,0%	2,2%

Exkl. Doktoratsstudierender.

Kein signifikanter Zusammenhang zwischen Studienarmut und gesundheitlicher Beeinträchtigung ($p > 0,05$).

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Studierende mit Kindern sind sowohl von Studienarmut als auch von finanzieller Armut häufiger betroffen als Studierende ohne Kinder (siehe Tabelle 10). Rund 13% der Studie-

renden mit Kindern sind finanziell arm, und 49% sind studienarm (gegenüber 9% bzw. 24% der Studierenden ohne Kinder), Mütter etwas häufiger betroffen sind als Väter: Rund 14% der Mütter sind von finanzieller Armut betroffen und über die Hälfte (53%) ist studienarm. Unter Vätern sind 12% einkommens- und rund 46% studienarm. Bei der Betrachtung der doppelten Armutslagen fällt auf, dass 6% der Mütter, aber lediglich 2% der Väter sowohl von Einkommens- als auch von Studienarmut betroffen sind.

Einerseits unterscheiden sich die Armutsquoten von Studierenden mit Kindern nach Geschlecht, andererseits hängen sie auch mit dem Alter bzw. dem Ausmaß des Betreuungsbedarfs der Kinder zusammen. Als Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf werden diese (analog zur Studierenden-Sozialerhebung 2009; Unger/ Zaussinger 2010: 111) dann bezeichnet, wenn sie unter 7 Jahre alt sind und nicht in der Schule betreut werden, während der studierende Elternteil Lehrveranstaltungen besucht. Kinder im schulpflichtigen Alter oder Kinder unter 7 Jahren, die bereits in der Schule sind, werden als Kinder mit geringem Betreuungsbedarf bezeichnet. Diese Unterscheidung wirkt sich vor allem auf die Studienarmutsquoten aus. Mütter/ Väter von Kindern mit höherem Betreuungsbedarf sind um rund 10%-Punkte häufiger studienarm als Studierende mit älteren, weniger betreuungsbedürftigen Kindern (51% vs. 42%; siehe Tabelle 10).

Auch hier zeigt sich wieder ein Geschlechterunterschied, wobei vor allem Mütter von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf besonders benachteiligt scheinen: 56% dieser Studentinnen sind studienarm, und 14% einkommensarm, während rund 41% der Mütter mit geringen Betreuungspflichten von Studienarmut und 12% von Einkommensarmut betroffen sind. Im Gegensatz dazu unterscheiden sich die Studienarmutsquoten von Vätern wenig nach Betreuungsbedarf (42% vs. 45%), allerdings weisen Väter von älteren Kindern eine erhöhte Einkommensarmutsquote auf als Väter von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf (14% vs. 12%). Vor allem Mütter mit jüngeren Kindern leben besonders häufig in doppelter Armut (7%).

Eine weitere besonders gefährdete Gruppe sind die Alleinerziehenden. Rund 16% der Studierenden mit Kindern (dies entspricht rund 1% aller Studierenden) sind alleinerziehend, 90% der Alleinerziehenden sind Frauen. Über ein Fünftel der Alleinerziehenden (22%) ist von Einkommensarmut betroffen und 43% von Studienarmut. Alleinerziehende haben auch einen besonders hohen Anteil an doppelt Armen. Fast jede/r zehnte Alleinerziehende ist sowohl studien- als auch einkommensarm (8%).

Tabelle 10: Armutslagen von Studierenden nach Betreuungsbedarf der Kinder

	Kein(e) Kind(er)	Kinder: kaum od. kein Betreuungsbedarf	Kinder: Betreuungsbedarf	Gesamt
Nicht arm	69,1%	49,1%	40,1%	8,9%
Einkommensarm	8,6%	12,5%	13,4%	74,3%
Studienarm	24,3%	41,5%	51,4%	25,7%
Insg. doppelte Armutslage	2,1%	3,1%	4,8%	67,6%

Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

7.2 Von Armut betroffene Studierende nach studienbezogenen Merkmalen

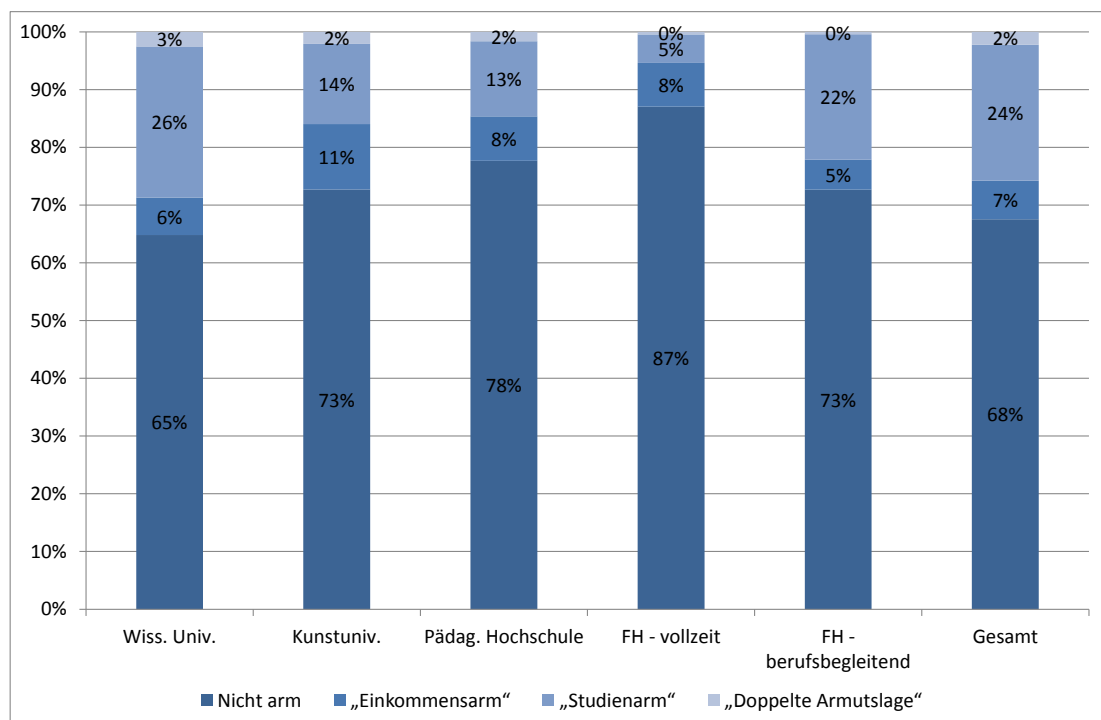
Nach Hochschulsektor betrachtet, zeigt sich vor allem hinsichtlich der Studienarmut ein differenziertes Bild (siehe Abbildung 7). Die höchste Studienarmutsquote ist unter Studierenden an wissenschaftlichen Universitäten zu verzeichnen, wo rund 29% der Studierenden studienarm sind. Den niedrigsten Anteil an Studienarmen weisen Studierende in FH-Vollzeitstudiengängen auf (5%). An Kunstuniversitäten und Pädagogischen Hochschulen liegt der Anteil an Studierenden, welche von Studienarmut betroffen sind, bei 16% bzw. 15%. Es ist naheliegend, anzunehmen, dass Unterschiede vor allem auf die verschiedenen Studienstrukturen der Hochschultypen zurückzuführen sind, v.a. da Differenzen im Durchschnittsalter nur einen Teil der Ergebnisse erklären: Studierende in FH-Vollzeitstudiengängen beispielsweise, weisen im Vergleich mit den anderen Hochschulsektoren das niedrigste Durchschnittsalter auf. Jüngere Studierende haben grundsätzlich ein niedrigeres Studienarmutsrisiko, was erklären könnte, warum Vollzeit-FH-Studierende die geringste Studienarmutsquote aufweisen. Andererseits sind beispielsweise Studierende an Kunstuniversitäten verglichen mit der Gesamtheit der Studierenden im Mittel am ältesten, was erwarten lassen würde, dass diese auch den höchsten Anteil an Studienarmen aufweisen. Die Tatsache, dass dem nicht so ist (Studierende an Kunstuniversitäten haben eine ähnliche Studienarmutsquote wie Studierende an Pädagogischen Hochschulen), zeigt nun, dass neben dem Alter beispielsweise auch Studienstrukturen Einflussfaktoren der Armutsquote darstellen.

Überraschend ist, dass auch Studierende in berufsbegleitenden FH-Studiengängen eine eher hohe Studienarmutsquote aufweisen, da die Strukturen an Fachhochschulen als relativ restriktiv gelten. Dies könnte auch der Tatsache geschuldet sein, dass die Zeitbudgeterfassung den Studienaufwand in berufsbegleitenden FH-Studien unterschätzt: Während ein

Studienjahr für Studierende in Vollzeitstudiengängen rund 30 Wochen umfasst, läuft der Lehrbetrieb für Studierende in berufsbegleitenden Studiengängen fast das ganze Jahr über (mit Ausnahme von 5 Wochen Urlaub im Sommer und Weihnachtsferien). Daher ist der wöchentliche Studienaufwand in berufsbegleitenden FH-Studien etwas reduzierter, während der jährliche Studienaufwand mit Vollzeitstudiengängen vergleichbar ist. Da in der Studierenden-Sozialerhebung aber der wöchentliche Aufwand abgefragt wurde, könnte dies zu einer fälschlichen Erhöhung des Anteils von studienarmen Studierenden in FH-Studien führen.³⁴

Die finanzielle Armutsquote ist an Kunstuniversitäten am höchsten (13%). Durchschnittliche Armutsquoten verzeichnen Studierende in FH-Vollzeitstudiengängen, Studierende an Pädagogischen Hochschulen sowie wissenschaftlichen Universitäten. In berufsbegleitenden FH-Studiengängen sind lediglich 5% der Studierenden einkommensarm.

Abbildung 7: Armutslagen von Studierenden nach Hochschulektor



Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Um den Einfluss der Studienstrukturen etwas detaillierter darzustellen, werden die Armutsquoten innerhalb der Studiengruppen herangezogen (siehe Tabelle 11). Aufgrund der

³⁴ Da insgesamt nur ein sehr kleiner Anteil der Studierenden ein berufsbegleitendes FH-Studium betreibt, wirkt sich diese potentielle Unterschätzung des Studienaufwands auf die folgenden Auswertungen jedoch nur in vernachlässigbarer Größe aus.

Fallzahlen in einzelnen Studiengruppen ist es aber für Fachhochschulen nicht möglich, nach Vollzeit und berufsbegleitend zu unterscheiden.

Die höchste Studienarmutsquote an Universitäten zeigt sich in geistes- und kulturwissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Studiengruppen, wo über ein Drittel der Studierenden studienarm ist. Die niedrigsten Armutsquoten in Bezug auf den Studienaufwand finden sich in künstlerischen Studien, Humanmedizin und Veterinärmedizin. Interessant ist hierbei, dass die (universitären) Studiengruppen mit dem geringsten Anteil an Studienarmen gleichzeitig den höchsten Anteil an finanziell Armen aufweisen. So sind rund 8% der Studierenden der Veterinärmedizin studienarm, aber rund 13% finanziell arm, für Studierende in künstlerischen Studien ist die finanzielle Lage noch prekärer. Lediglich 16% sind studienarm, aber 15% sind einkommensarm.

Umgekehrt gilt dieser Schluss nur bedingt, Studierende der Sozialwissenschaften und Rechtswissenschaften weisen zwar einen hohen Anteil an Studienarmen auf und haben gleichzeitig relativ geringe finanzielle Armutsquoten, allerdings gilt dies nicht für Studierende der Geistes- und Kulturwissenschaften, deren finanzielle Armutsquoten deutlich überdurchschnittlich sind. Studierende der Theologie und Studierende in individuellen Studien³⁵ sind am häufigsten von doppelter Armut betroffen (je 6%). Dies zeigt eine Varianz zwischen den Studienrichtungen, was bedeutet, dass Studienstruktur der Fächergruppen für die Erklärung der Armutslagen von Studierenden, zumindest bivariat, auch eine Rolle spielt.

Studierende, die in finanzieller Armut leben, wenden im Schnitt rund 33 Stunden pro Woche für ihr Studium auf, der durchschnittliche Studienaufwand für nicht einkommensarme Studierende liegt bei 31 Stunden wöchentlich. In Bezug auf die Studienrichtungen zeigt sich ebenfalls ein Zusammenhang. Studierende in Studienrichtungen mit dem höchsten durchschnittlichen wöchentlichen Studienaufwand decken sich mit jenen mit den höchsten finanziellen Armutsquoten. Umgekehrt ist dieser Zusammenhang ähnlich. Studiengruppen wie Sozial- und Rechtswissenschaften geben im Schnitt den geringsten Aufwand für ihr Studium an und haben gleichzeitig niedrige finanzielle Armutsquoten. Allerdings trifft dies nicht für Studierende der Geistes- und Kulturwissenschaften oder Theologie zu.

Die Feststellung, dass Studierende in Studiengruppen mit hohen Studienarmutsquoten auch durchschnittlich weniger Studienaufwand aufweisen, ist wenig überraschend, da der Aufwand für das Studium die Studienarmut definiert.

³⁵ Ein Großteil dieser Studierenden studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Tabelle 11: Armutslagen von Studierenden nach Studiengruppen

		Nicht arm	Einkommensarm	Studienarm	Insgesamt Doppelte Armutslage	Ø Studienaufwand
Universität	Geistes- u. kulturwiss. Studien	56,0%	11,2%	36,7%	3,9%	25,6h
	Ingenieurwiss. Studien	71,7%	8,4%	21,7%	1,8%	32,8h
	Künstlerische Studien	71,6%	15,2%	15,7%	2,6%	36,0h
	Lehramtsstudien	71,9%	7,5%	21,5%	1,0%	30,7h
	Medizinische Studien	84,4%	10,7%	6,1%	1,2%	43,7h
	Naturwiss. Studien	66,9%	8,3%	27,0%	2,2%	29,4h
	Rechtswiss. Studien	59,2%	7,9%	35,1%	2,2%	27,5h
	Sozial- u. wirtschaftswiss. Studien	62,4%	7,7%	32,2%	2,3%	27,7h
	Theologische Studien	63,9%	10,8%	31,6%	6,3%	28,1h
	Veterinärmed. Studien	78,8%	13,0%	9,0%	0,8%	45,5h
	Individuelle Studien	64,7%	10,8%	30,3%	5,9%	27,9h
Fachhochschule	Gestaltung/ Kunst	85,8%	10,1%	5,4%	1,3%	47,6h
	Technik	82,9%	7,1%	10,4%	0,3%	36,7h
	Sozialwissenschaften	80,0%	8,1%	12,9%	1,0%	34,3h
	Wirtschaftswissenschaften	81,2%	6,3%	12,9%	0,5%	34,1h
	Naturwissenschaften ¹⁾	87,4%	12,6%	0,0%	0,0%	35,8h
	Gesundheitswissenschaften	88,3%	10,7%	1,0%	0,0%	47,2h
Pädag. HS	Volksschulen	85,4%	7,4%	7,6%	0,4%	37,9h
	Hauptschulen	78,6%	7,7%	15,3%	1,5%	36,4h
	Sonderschulen	67,0%	16,0%	20,7%	3,7%	33,0h
	Sonstige Lehrämter ²⁾	65,6%	11,5%	26,1%	3,2%	32,5h
	Gesamt	67,6%	25,7%	67,6%	2,2%	30,7h

Exkl. Doktoratsstudierender.

¹⁾ Diese Ergebnisse sind nur sehr vorsichtig zu interpretieren, da sie auf relativ geringen Fallzahlen beruhen.

²⁾ v.a. Berufsschulen und versch. Religionspädagogiken.

Kein signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und FH-Studiengruppen ($p > 0,05$).

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

7.3 Von Armut betroffene Studierende nach Erwerbsbeteiligung

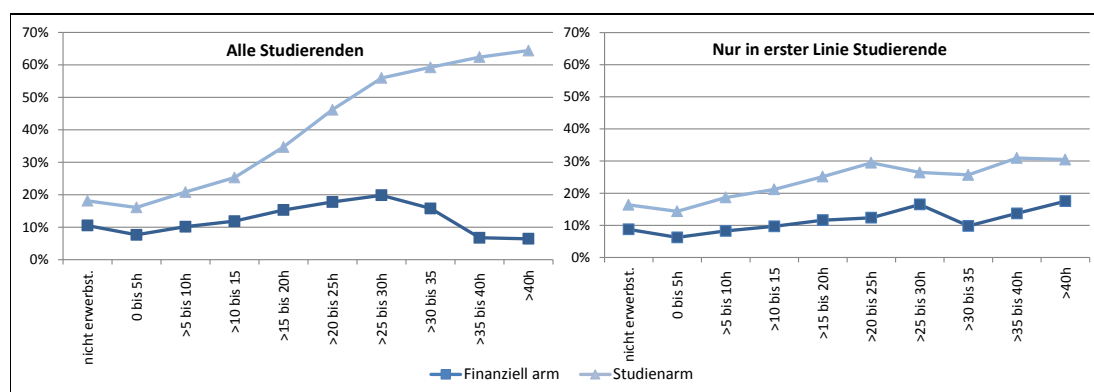
Wie auch in den theoretischen Überlegungen wird davon ausgegangen, dass Erwerbstätigkeit bzw. spezifischer das Erwerbsausmaß in einem starken Zusammenhang mit Studienarmut steht.

Bei einer ersten Betrachtung von Abbildung 8 könnte diese Hypothese als bewiesen angenommen werden: Über alle Studierenden steigt mit zunehmendem Erwerbsausmaß der Anteil der Studienarmen stark an. Der Anteil der Studierenden in finanzieller Armut nimmt, anders als erwartet, nicht linear mit steigendem Erwerbsausmaß ab. Studierende, die nicht erwerbstätig sind, haben eine finanzielle Armutsquote von 9%, während Studierende, die

bis fünf Stunden pro Woche einer Erwerbstätigkeit nachgehen eine Quote von 6% aufweisen. Diese Einkommensarmutsquote steigt mit zunehmendem Erwerbsausmaß erst an und nimmt ab einem Erwerbsausmaß von über 30 Stunden pro Woche ab. Am häufigsten von finanzieller Armut betroffen sind Studierende mit einem Erwerbsausmaß zwischen 25 und 30 Stunden pro Woche (12% bzw. 13%). Diese Gruppe ist auch am häufigsten von doppelter Armut betroffen; 6% dieser Studierenden sind sowohl studien- als auch einkommensarm.

Ein differenzierteres Bild zeigt sich, wenn Studierende aus der Analyse ausgeschlossen werden, die angeben, sich in erster Linie als erwerbstätig anzusehen. Die Studienarmutsquote steigt hier nach Erwerbsausmaß wesentlich weniger stark an. Für vollzeit Erwerbstätige halbiert sich die Studienarmutsquote (von 60% auf 30%). Auch die Anteile der Studierenden in finanzieller Armut steigen etwas weniger stark an. Allerdings zeigt sich ab einem Stundenausmaß von 35 kein Rückgang der Einkommensarmutsquote, sondern einen Anstieg. Die höchste diesbezügliche Armutsquote weisen Studierende auf, welche zwischen 25 und 30 Stunden und über 40 Stunden pro Woche erwerbstätig sind (17% bzw. 18%).

Abbildung 8: Armutslagen von Studierenden nach Erwerbsausmaß



Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Aus den Motiven für Erwerbstätigkeit wurden in der Studierenden-Sozialerhebung 2009 nach Durchführung einer Faktorenanalyse additive Indizes gebildet (siehe Tabelle 12). Der hier interessierende Index der Finanziellen Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit umfasst zwei Items³⁶ und wurde bis zu einem Indexwert von 3 zu der Kategorie „Aus finanziell Notwendigkeit“ und ab 3,1 zu der Kategorie „Nicht aus finanzieller Notwendigkeit“ zusammengefasst. Ähnlich wie der Index zur finanziellen Notwendigkeit, wurde aus der Bewertung der Erwerbstätigkeit auf Basis einer Faktorenanalyse ein Index zur Vereinbarkeit von Studium

³⁶ „Weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist.“ sowie „Um die Kosten des Studiums zu finanzieren (z.B. Materialien, Exkursionen, Studienbeitrag).“

und Erwerbstätigkeit berechnet,³⁷ dessen Indexwerte zu den Kategorien „Schlecht vereinbar“ (1 bis 3) und „Nicht schlecht vereinbar“(>3 bis 5) zusammengefasst wurden (Unger/Zaussinger et al. 2010).

Erwerbstätige Studierende, die aus finanzieller Notwendigkeit erwerbstätig sind, sind verglichen mit Studierenden, die nicht aus finanzieller Notwendigkeit erwerbstätig sind, häufiger finanziell arm (11% vs. 1%). Studierende, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, welche schlecht mit dem Studium vereinbar ist, sind ebenfalls häufiger von Einkommensarmut betroffen als Studierende, deren Erwerbstätigkeit sich leichter mit dem Studium vereinbaren lässt (14% vs. 4%). Diese beiden Gruppen sind ebenfalls häufiger von Studienarmut betroffen, wobei erwartungsgemäß Studierende mit Vereinbarkeitsschwierigkeiten die höchsten Studienarmutsquoten aufweisen.

Tabelle 12: Armutslagen von Studierenden nach Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit und Finanzieller Notwendigkeit

	Nicht erwerbstätig	Schlecht vereinbar	Nicht schlecht vereinbar	Aus finanzieller Notwendigkeit	Nicht aus finanzieller Notwendigkeit	Gesamt
Nicht arm	76,6%	54,1%	69,2%	59,5%	71,6%	67,6%
Einkommensarm	8,8%	13,9%	4,2%	10,8%	1,2%	8,9%
Studienarm	16,4%	35,9%	27,6%	32,7%	27,6%	25,7%
Insgesamt doppelte Armutslage	1,7%	4,0%	1,1%	3,1%	0,3%	2,2%

Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

7.4 Finanzielle Situation

Subjektive Einkommensarmut steht, wenig überraschend, in einem Zusammenhang mit der Höhe des Gesamtbudgets. Studierende, die weder einkommens- noch studienarm sind, haben ein durchschnittliches monatliches Gesamtbudget von rund 880€³⁸ zur Verfügung (siehe Abbildung 9). Studierende, die finanziell arm sind, haben im Durchschnitt um etwa 70€ geringere Gesamteinnahmen (ca. 810€), Studierende, die von doppelter Armut betrof-

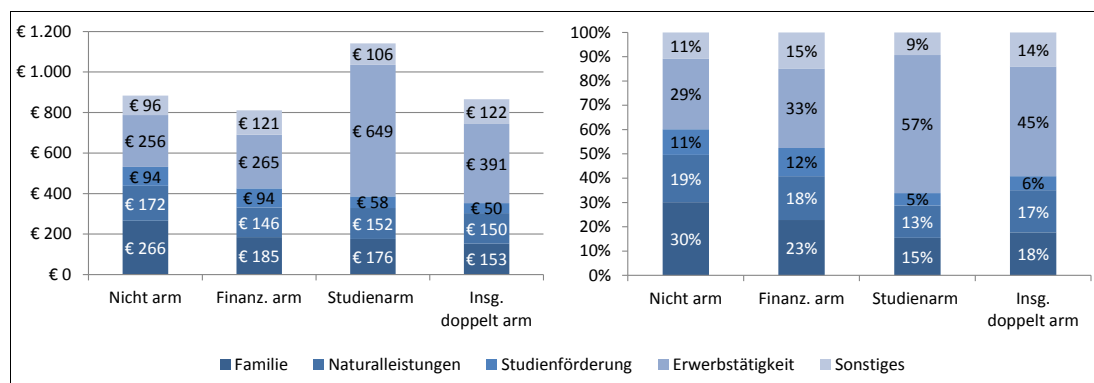
³⁷ „Ich kann meine Arbeitszeit im Hinblick auf die Anforderungen des Studiums frei einteilen.“, „Es ist schwierig, Studium und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren“, „Ich würde gerne den Umfang meiner Erwerbstätigkeit reduzieren, um mehr Zeit für das Studium zu haben“.

³⁸ Geldbeträge im Text werden zum Zwecke besserer Lesbarkeit auf Zehnerstellen gerundet.

fen sind, müssen im Schnitt mit rund 870€ monatlich auskommen. Die höchsten Einnahmen haben studienarme Studierende zur Verfügung (ca. 1.140€).

Die Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen zeigt, dass Studienarme weit über die Hälfte ihres Budgets aus Erwerbseinkommen beziehen (57%) und die Zuwendungen der Familie etwas mehr als ein Viertel ausmachen. Nicht-arme Studierende hingegen beziehen lediglich 29% ihres Einkommens über Erwerbstätigkeit und erhalten 50% ihrer Einnahmen von der Familie, in Form von Geldeinnahmen und Naturalleistungen. Rund ein Drittel des Budgets der einkommensarmen Studierenden wird aus Erwerbseinkommen bezogen. Sie erhalten rund 230€ von ihrer Familie, was rund 43% ihres Gesamtbudgets darstellt. Einkommensarme Studierende und auch nicht-arme Studierende sind ebenfalls zu einem größeren Teil von Studienförderung abhängig als Studienarme.

Abbildung 9: Höhe und Zusammensetzung des Gesamtbudgets nach Armutslagen der Studierenden



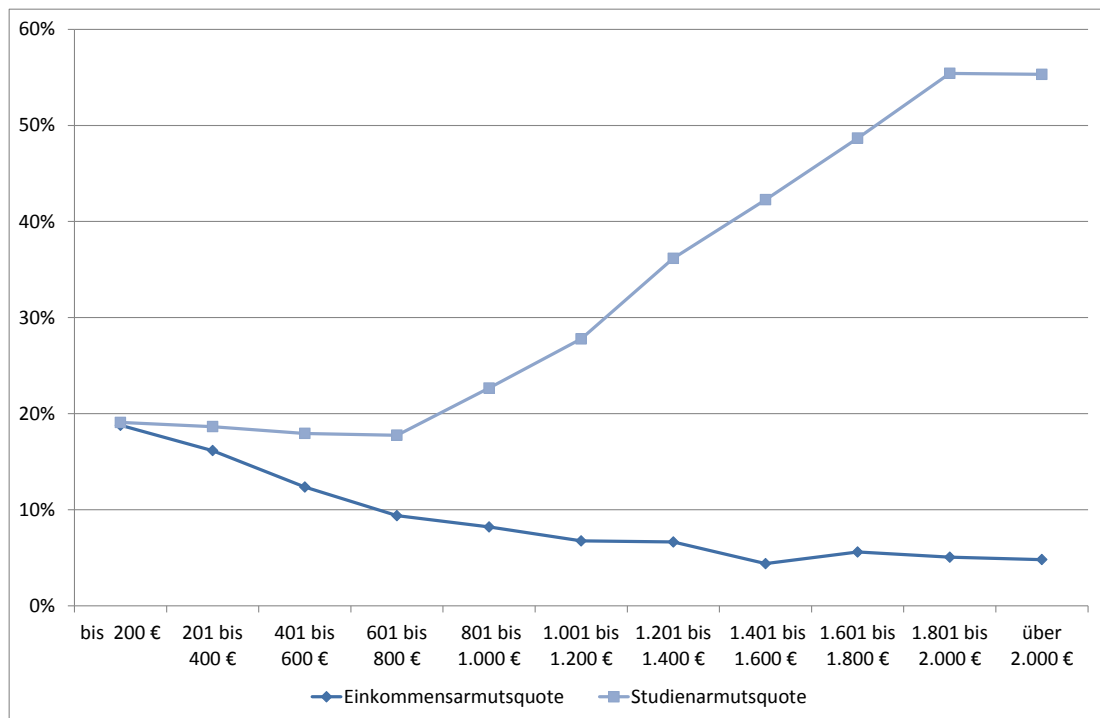
Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

In einem nächsten Schritt werden nun die Armutsquoten nach der Höhe der Einnahmen genauer betrachtet (Abbildung 10). Es zeigt sich, dass die Einkommensarmutsquote mit steigenden Einnahmen sinkt. Während rund 20% der Studierenden mit einem Gesamtbudget bis 200€ einkommensarm sind, beträgt ab einer Einnahmehöhe von 1.401€ das Risiko finanziell arm zu sein lediglich 6%.

Die Studienarmut verhält sich in der Tendenz umgekehrt. Je mehr Einnahmen zur Verfügung stehen, desto höher ist die Studienarmutsquote in der jeweiligen Einnahmensklasse. Allerdings zeigt sich bis zu einem Gesamtbudget von 800€ kein Anstieg dieser Quote. Studierende, die weniger als 800€ zur Verfügung haben, weisen eine Studienarmutsquote von durchschnittlich 19% auf.

Abbildung 10: Armutslagen von Studierenden nach Höhe der Einnahmen



Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Wie in Abbildung 9 gezeigt wurde, ist nicht nur die Höhe des Gesamtbudgets nach Armutslage unterschiedlich, sondern auch die Zusammensetzung. In Anlehnung an eine von Bourdieu verwendete Darstellung zur Studienfinanzierung wurden unterschiedliche Finanzierungstypen der Studierenden gebildet (vgl. Bourdieu 2007: 133). Diese sollen Auskunft darüber geben, welche Studierenden hauptsächlich von der Familie, durch eigene Erwerbstätigkeit oder mit Hilfe von Studienbeihilfe ihren Lebensunterhalt finanzieren. Hauptsächlich bedeutet in diesem Kontext, dass jene Einkommensquelle den Finanzierungstypen bestimmt, welche mehr als 75% des Gesamtbudgets ausmacht. Die größte Gruppe, die sich daraus ergibt, sind Studierende, die vornehmlich von der Familie (Eltern/Partner/in) unterstützt werden (29%). Rund 17% der Studierenden erhalten sich größtenteils selbst durch ihre eigene Erwerbstätigkeit und rund 3% leben vornehmlich von Studienbeihilfe. Rund ein Fünftel der Studierenden bezieht den Großteil seines Budgets über die Kombination von Familienzuzahlungen und Erwerbstätigkeit (21%). Die Kombination aus vielen verschiedenen Einkommensquellen, wobei keine dieser Quellen mehr als 75% des Gesamtbudgets ausmacht, ist ebenfalls eine sehr häufige Form der Budgetzusammensetzung (19%).³⁹

³⁹ Dies sind vor allem Studierende, die Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe für eigene Kinder erhalten.

Die Einkommensarmutsquote ist vor allem unter Studierenden, deren Haupteinnahmequelle die Studienbeihilfe darstellt (13%) oder aber Studierenden, deren Gesamtbudget aus mehreren unterschiedlichen Einkommensquellen besteht (12%).

Rund die Hälfte der Studierenden, die sich hauptsächlich über Erwerbstätigkeit selbst erhalten, sind studienarm (53%). Auch die Kombination mit familiären Unterstützungsleistungen schützt die Studierenden nicht zur Gänze vor einem erhöhten Studienarmutsrisiko. Die niedrigsten Studienarmutsquoten weisen vor allem Studierende auf, die den Großteil ihres Einkommens über Studienbeihilfe oder durch die Familie (oder der Kombination dieser beiden Quellen) beziehen. Dies könnte einerseits mit dem niedrigeren Durchschnittsalter dieser Studierenden zusammenhängen oder aber auch mit der Tatsache, dass der Bezug von Studienbeihilfe an gewisse Leistungsnachweise im Studium gekoppelt ist.

Erwerbstätigkeit schützt nicht immer vor Einkommensarmut. Studierende, deren Budget sich hauptsächlich aus Erwerbseinkommen speist, sind besonders häufig von doppelter Armut betroffen. Das erzielte Erwerbseinkommen ist einerseits nicht ausreichend, die in Erwerbstätigkeit investierte Zeit führt andererseits zu Studienarmut.

Tabelle 13: Armutslagen von Studierenden nach Finanzierungstypen

	Nicht Arm	Einkommensarm	Studienarm	Insgesamt doppelte Armutslage
Familie	78,9%	7,2%	15,3%	1,5%
Studienbeihilfe	75,2%	13,6%	12,6%	1,5%
Erwerbseinkommen	42,2%	9,0%	52,7%	3,9%
Familie+Studienbeihilfe	78,7%	8,3%	14,0%	1,1%
Familie+Erwerbseinkommen	67,0%	8,0%	27,0%	2,0%
Studienbeihilfe+Erwerbseinkommen	69,4%	10,2%	21,7%	1,3%
Mischtyp, kein Anteil >0.75	66,7%	12,0%	24,2%	2,9%
Gesamt	67,6%	8,9%	25,7%	2,2%

Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Unter den Bezieher/inne/n von staatlicher Studienförderung gibt es deutliche Unterschiede nach Art der Beihilfe. Bezieher/innen der „klassischen“ Studienbeihilfe scheinen beispielsweise relativ gut vor Einkommensarmut geschützt zu sein, ebenso wie Studierende, die niemals eine Studienförderung bezogen haben (8% bzw. 7% Einkommensarme). Allerdings

sind diese Studierenden ebenfalls im Schnitt deutlich jünger (23 bzw. 25 Jahre) als Studierende, die ein Selbsterhalter- oder Studienabschlussstipendium beziehen (29 bzw. 31 Jahre). Studierende mit Selbsterhalterstipendium weisen eine Einkommensarmutsquote von 13% auf und sind, ebenso wie Studierende mit Studienabschlussstipendium (die aber nur einen sehr geringen Teil der Studierenden ausmachen), überdurchschnittlich häufig von finanzieller Armut betroffen. Auch Studierende, die in ihrem Studium bereits staatliche Studienförderung erhalten haben, aber zum Befragungszeitpunkt angaben, diese sei (beispielsweise aufgrund der veränderten Einkommenssituation der Eltern) ausgelaufen, sind häufiger von finanzieller Armut betroffen als der Durchschnitt der Studierenden.

Studierende mit Selbsterhalterstipendium sind, wie bereits erwähnt, durchschnittlich älter als Studierende, die niemals eine Beihilfe bezogen haben, oder Studienbeihilfenbezieher/innen. Nichtsdestotrotz weisen diese Studierenden, verglichen mit anderen Bezieher/innen von staatlicher Studienförderung, die niedrigste Studienarmutsquote auf (16%).

Tabelle 14: Armutslagen von Studierenden nach Studienbeihilfenbezug

	Studienbeihilfe	Selbsterhalterstip.	Studienabschluss-Stip.	Stipendium früher bezogen	Niemals Stipendium bezogen	Gesamt
Nicht arm	75,9%	72,5%	61,9%	51,1%	67,5%	67,6%
Einkommensarm	7,6%	12,5%	15,4%	13,9%	7,0%	8,9%
Studienarm	17,7%	16,4%	22,7%	39,5%	27,3%	25,7%
Insgesamt doppelte Armutslage	1,2%	1,5%	0,0%	4,5%	1,8%	2,2%

Exkl. Doktoratsstudierender.

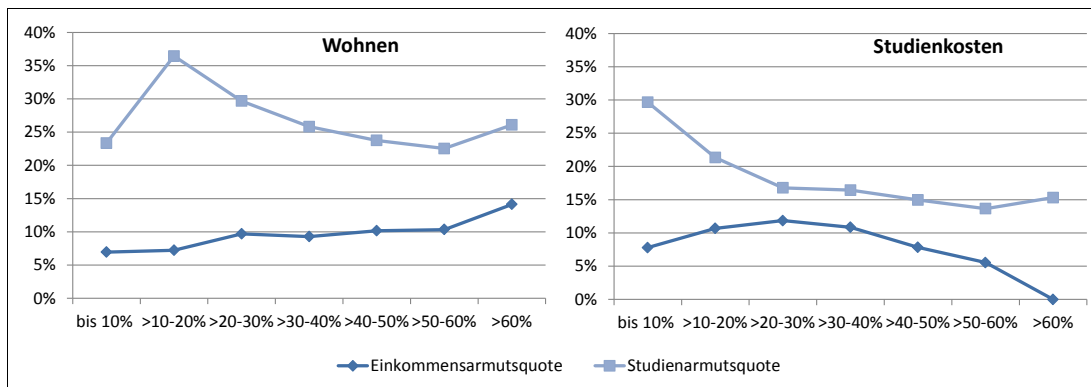
Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

Die Anteile der Wohnkosten an den Gesamtkosten zeichnen ein etwas unklares Bild hinsichtlich der Studienarmut. Die finanzielle Armutsquote nimmt mit steigendem Anteil der Wohn- an den Gesamtausgaben leicht zu, die Studienarmutsquote ist für einen Wohnausgabenanteil von bis zu 10% relativ niedrig und steigt für Wohnausgabenanteile von 11% bis 20% der Gesamtausgaben sprunghaft an und sinkt mit zunehmend höheren Ausgaben für Wohnen.

Studierende, deren Studienausgaben 21% bis 30% ihrer Gesamtausgaben ausmachen, haben ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Studierende, mehr als 50% ihrer Gesamt-

ausgaben für das Studium tätigen, sind selten einkommensarm. Dies könnte Studierende betreffen, die entweder sehr hohe Studienausgaben tätigen, oder aber Elternwohner/innen, die sonst geringe Ausgaben haben.

Abbildung 11: Armutslagen von Studierenden nach den Verhältnissen von Wohnkosten bzw. Studienkosten zu Gesamtkosten



Exkl. Doktoratsstudierender.

Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen.

8. Multivariate Analyse zur Armutsgefährdung von Studierenden

Wie bereits in der deskriptiven Analyse ersichtlich, stehen die einzelnen unabhängigen Variablen in einem Zusammenhang zueinander. Dieses Zusammenspiel verschiedener Faktoren macht es schwierig auf bivariater Ebene den Einfluss einzelner Merkmale herauszufiltern. Um die Einflussstärke von einzelnen Variablen bestimmen zu können, müssen alle anderen bekannten Faktoren konstant gehalten werden. Zu diesem Zwecke wird an dieser Stelle ein multivariates Analyseverfahren angewendet. Im ersten Teil dieses Kapitels soll dieses zunächst methodisch vorgestellt werden. Im zweiten Teil werden die zwei Formen studentischer Armut dann in je einem Modell multivariat untersucht. Studierende in doppelter Armut werden nicht näher untersucht, da die Fallzahlen für diese Gruppe relativ klein sind.

8.1 Methode der logistischen Regression

Die, in dieser Arbeit, zu erklärenden Variablen (Einkommensarmut und Studienarmut) sind binäre Variablen. Diese Eigenschaft erlaubt es nicht, eine lineare Regression für die Erklärung dieser Variablen heranzuziehen, für die gewisse Voraussetzungen (Prämissen) gegeben sein müssen. Aufgrund der fehlenden Streuung von dichotomen Variablen, der „Verletzung der Normalverteilungsannahme“ (Backhaus 2008: 248) für Residuen und der Produktion von unplausiblen Schätzern durch die Anwendung der linearen Regression auf dichotome abhängige Variablen, muss für die Analyse binärer Variablen ein modifizierter Regressionsansatz verwendet werden (vgl. Backhaus 2008: 248).⁴⁰

Die logistische Regression verfolgt anders als die einfache lineare Regression das Ziel, sogenannte „Eintrittswahrscheinlichkeiten“ (Backhaus 2008: 248) für die zwei komplementären Ereignisse ‚Nicht arm‘ – ‚Arm‘ zu analysieren. Diese sind insofern als komplementär zu verstehen, als dass sich die Eintrittswahrscheinlichkeiten dieser beiden Ereignisse auf 1 ergänzen. In dem hier vorliegenden Beispiel von Einkommensarmut sind 9% der Studierenden arm. Die Eintrittswahrscheinlichkeit für „Einkommensarm“ liegt bei 0,09 (9%), die Eintritts-

⁴⁰ Während in der linearen Regression die Durchschnittswerte in der abhängigen Variable für die jeweiligen Ausprägungen der unabhängigen Variablen („conditional means“ Pichler 2008: 48) die Basis für die Analyse darstellen, existieren für binäre abhängige Variablen keine Durchschnittswerte in eigentlichem Sinne, sondern lediglich Anteilswerte, die in Abhängigkeit von Einflussfaktoren Werte zwischen 0 und 1 erreichen können (Pichler 2008: 48).

wahrscheinlichkeit des Komplementärereignisses „Nicht Einkommensarm“ bei $1 - 0,09 = 0,91$ (91%).

Dabei wird angenommen, dass die Ausprägung der abhängigen Variable durch eine latente Variable Z beeinflusst wird. Diese latente Variable Z kann als „aggregierte Einflussstärke der verschiedenen unabhängigen Variablen interpretiert werden“ (Backhaus 2008: 249) und schafft somit eine Verbindung zwischen abhängiger und unabhängigen Variablen.

Die unabhängigen Variablen (z.B. Alter, Geschlecht, Höhe der Einnahmen) erzeugen (durch Linearkombination) eine latente Variable Z, welche wiederum die Ausprägung der abhängigen Variable Einkommensarmut beeinflusst. Damit diese Verbindung allerdings als Wahrscheinlichkeitsaussage formuliert werden kann, muss eine Wahrscheinlichkeitsfunktion („Linking Function“ in diesem Fall die „Logistische Funktion“; Backhaus 2008: 249) verwendet werden, die eine in Wahrscheinlichkeit ausdrückbare Beziehung zwischen dem Eintreten des Ereignisses „Armut“ und den unabhängigen Variablen herstellt. Zur leichteren Interpretation werden allerdings nicht die Eintrittswahrscheinlichkeiten selbst, sondern sogenannte Odds verwendet, die das Verhältnis von Eintrittswahrscheinlichkeit zur Gegenwahrscheinlichkeit ausdrücken. Diese liegen in einem Wertebereich von 0 bis unendlich (Backhaus 2008: 259, Pichler 2008: 54). Die Höhe der Einflussstärke der unabhängigen Variablen auf die Eintrittswahrscheinlichkeit des Ereignisses „Armut“ wird über die sog. „Odds-Ratios“ oder „Effektkoeffizienten“ dargestellt. Diese lassen sich leicht interpretieren. Berechnet werden die Odds-Ratios aus dem Verhältnis der Odds der Referenzgruppe einer unabhängigen Variable (beispielsweise Männer für die Variable Geschlecht), zu den Odds der um eine Einheit erhöhte Ausprägung der unabhängigen Variable (Frauen; Pichler 2008: 56).

Um die Güte eines Modells zu beurteilen, werden zwei Kriterien verwendet. Zum einen sollen die Differenzen zwischen den beobachteten und den geschätzten Werten der abhängigen Variable möglichst gering sein. Zum anderen sollen möglichst wenige und unsystematische Ausreißer (extreme Werte) vorliegen.

Auf Basis des -2 LogLikelihood-Wertes (oder auch Devianz) kann der Model-Fit eines Modells überprüft werden. Im Falle einer perfekten Anpassung, liegt dieser Wert bei 0. Die Devianz prüft folgende Hypothesen:

H_0 : Das Modell besitzt eine perfekte Anpassung.

H_1 : Das Modell besitzt keine perfekte Anpassung.

Dies erfolgt mittels eines Vergleichs zwischen dem perfekten Modell (welches die erhobenen Daten exakt vorhersagt) und dem endgültigen Modell, welches alle unabhängigen Variablen inkludiert und ähnelt einer Chi-Quadrat-Verteilung. Bei einer guten Anpassung liegt der Devianz-Wert nahe Null (Signifikanztest mittels X^2), kann die Nullhypothese nicht verworfen werden und die Anpassung des Modells wird als sehr gut befunden (vgl. Backhaus 2008: 262f, Pichler 2008: 64f).

Allerdings ist dieses Gütekriterium abhängig von der Verteilung der abhängigen Variablen auf die jeweiligen Kategorien. Ist diese sehr ungleich verteilt, sollte anstatt des -2 LogLikelihood-Tests eher auf den Likelihood-Ratio-Test zurückgegriffen werden, welcher nicht mit Null vergleicht, sondern „mit demjenigen LL-Wert vergleicht, der sich ergibt, wenn alle Regressionskoeffizienten der unabhängigen Variablen auf Null gesetzt werden und nur noch der konstante Term betrachtet wird“ (Backhaus 2008: 262). Hierbei geht die absolute Differenz des Vergleiches dieser zwei LL-Werte in die Teststatistik ein. Die Testgröße ist mit J Freiheitsgraden (J =Zahl der unabhängigen Variablen) asymptotisch X^2 -verteilt. Getestet werden die Hypothesen:

H_0 : Alle Regressionskoeffizienten sind gleich Null.

H_1 : Alle Regressionskoeffizienten sind ungleich Null.

Je höher also die Differenz zwischen dem Null-Modell und dem vollständigen Modell, desto besser ist das Modell (Backhaus 2008: 262).

Pseudo- R^2 -Statistiken versuchen ähnlich wie das Bestimmtheitsmaß R^2 in der linearen Regression, den Anteil der erklärten Varianz an der Gesamtvarianz darzustellen. Dies beruht aber auf einem anderen Verständnis von Varianz. Pseudo- R^2 -Statistiken berechnen sich aus dem Verhältnis von Likelihood im Nullmodell und Likelihood im vollständigen Modell. Cox and Snell's R^2 kann dabei nur Werte kleiner 1 annehmen, erreicht also nie den Maximalwert 1 und wird deshalb in der Literatur kaum verwendet. Die Weiterentwicklung ist das Nagelkerke- R^2 , welches von 0 bis 1 reicht und deshalb besser interpretiert werden kann (Backhaus 2008: 264).

Neben den bereits genannten Maßen zur Modellbeurteilung, bietet sich auch die Klassifikationsmatrix zur Beurteilung der Klassifikationsergebnisse an. In dieser wird dargestellt wie viel Prozent der Fälle aufgrund der Angaben in den unabhängigen Variablen der korrekten Ausprägung zugeordnet wurden (Sensitivity) bzw. wie viele falsch zugeordnet wurden (Spe-

cificity). Ein Test hierzu ist der Hosmer-Lemeshow-Test, welcher die Differenz zwischen vorhergesagten und beobachteten Werten mittels X^2 dahingehend prüft, ob diese dem Zufall zu zuordnen ist (H_0) oder nicht (H_1). Der X^2 -Wert sollte demnach möglichst klein sein und der p-value über dem Wert von 0,05 liegen (Backhaus 2008: 268).

8.2 Modellbeschreibung

In den nachfolgenden Modellen wurden die abhängigen Variablen mit 1 „Einkommensarm“ und 0 „Nicht einkommensarm“ bzw. 1 „Studienarm“ und 0 „Nicht studienarm“ codiert. Die im Modell verwendeten Variablen entsprechen den Variablen, die bereits deskriptiv behandelt wurden. Es werden demnach in beiden Modellen dieselben unabhängigen Variablen zur Erklärung der Armut verwendet. Jede dieser Variablen wurde als einzelner Block in das Modell aufgenommen, damit der Erklärungsbeitrag der einzelnen Variablen sichtbar bleibt. In Tabelle 15 und Tabelle 16 werden die exponentierten Regressionskoeffizienten ($\exp(B)$, auch Odds-Ratio oder Effektkoeffizient) als Messgröße für die relative Stärke des Einflusses der unabhängigen Variablen dargestellt. Zu interpretieren sind diese folgendermaßen: Eine Odds-Ratio von eins bedeutet, dass diese Variable keinen Effekt auf das Armutsrisiko von Studierenden zeigt. Odds-Ratios von über eins, zeigen ein im Vergleich zur Referenzkategorie erhöhtes Armutsrisiko und dementsprechend bedeuten Odds-Ratios von kleiner eins, dass das Armutsrisiko verglichen mit der jeweiligen Referenzkategorie sinkt. Die Interpretation der Odds-Ratios entspricht einem Faktorwert. Das bedeutet, dass ein Odds-Ratio-Wert von 2 das Armutsrisiko der betrachteten Gruppe um den Faktor 2 im Vergleich zur Referenzgruppe höher ist.

Allerdings darf nicht nur die Stärke des Effekts betrachtet werden, sondern es muss vorher geprüft werden, ob der Einfluss der entsprechenden unabhängigen Variable auf die Eintrittswahrscheinlichkeit des Ereignisses Armut überhaupt statistisch signifikant ist. Dies wird in den unten stehenden Tabellen mittels folgenden Symbolen dargestellt:

- ** Signifikant auf einem 0,01 Niveau
- * Signifikant auf einem 0,05 Niveau
- n.s. nicht signifikant

Die unabhängigen Variablen lassen sich inhaltlich in folgende vier Blöcke einteilen:

- Soziodemographie
 - Geschlecht (Referenz: Männer)
 - Alter in Einzeljahren (Referenz: bis 19-Jährige)

- Migrationshintergrund (Referenz: Bildungsinländer/innen ohne Migrationshintergrund)
- Höchster Bildungsabschluss der Eltern (Referenz: Maximal Pflichtschulabschluss)
- Gesundheitliche Beeinträchtigung mit negativen Auswirkungen im Studium (Referenz: keine Gesundheitliche Beeinträchtigung bzw. keine, die sich im Studium auswirkt)
- Kinder nach Betreuungsbedarf (Referenz: Studierende ohne Kinder)
- Wohnformen (Referenz: Elternhaushalt)
- Studienbezogene Merkmale
 - Universitäre Studiengruppen; Unterscheidung berufsbegleitende und Vollzeitstudiengänge für Fachhochschulen und Pädagogische Hochschule als jeweils eine Kategorie (Referenz: Geistes- und kulturwissenschaftliche Studien⁴¹)
- Erwerbstätigkeit
 - Erwerbsausmaß (Referenz: Nicht Erwerbstätige)
 - Stellenwert der Erwerbstätigkeit (Referenz: in erster Linie Studierende und Nicht-Erwerbstätige)
 - Schlechte Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (Referenz: Studierende ohne Vereinbarkeitsschwierigkeiten und Nicht-Erwerbstätige)
 - Finanzielle Notwendigkeit als Erwerbsmotiv (Referenz: Nicht aus finanzieller Notwendigkeit Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige)
- Finanzen
 - Ehemaliger Studienförderungsbezug (Referenz: Derzeitiger Studienförderungsbezug und bisher kein Bezug)
 - Höhe des Gesamtbudgets in 100€ Kategorien (Referenz: >900€ bis 1.000€⁴²)
 - Verhältnis von Wohnkosten zu Gesamtkosten
 - Verhältnis von Studienkosten zu Gesamtkosten
 - Finanzierungstypen (Referenz: Mischfinanzierung, keine Finanzierungsquelle trägt über 75% des Gesamtbudgets)

Die im Datensatz auf metrischem Skalenniveau vorhandenen Variablen, Alter, Gesamteinnahmen und Erwerbsausmaß, wurden auf Basis der deskriptiven Ergebnisse in Dummy-Variablen umkodiert, da sich gezeigt hat, dass die Zusammenhänge nicht linear verlaufen. Um diese Effekte sichtbar zu machen, wurde das Alter nach Einzeljahren, das Erwerbsausmaß nach 10-Stunden-Schritten und die Gesamteinnahmen nach 100€-Schritten in 18, 5 und 21 einzelne Dummy-Variablen rekodiert (inkl. der Referenzkategorie).

Die Reihenfolge der hier dargestellten Variablen entspricht der Reihenfolge der Integration ins Modell (siehe Tabelle 15 und Tabelle 16).

In Kapitel 4 wurden auf Basis von bestehenden Theorien und empirischen Ergebnissen folgende Hypothesen zu *Einkommensarmut* formuliert:

Hypothese 1: Frauen sind häufiger von Einkommensarmut betroffen als Männer.

⁴¹ Diese bilden die größte Studiengruppe.

⁴² Diese Kategorie entspricht dem Durchschnitt der Gesamteinnahmen der Studierenden (arithmetisches Mittel).

Hypothese 2: Alter hat keinen Effekt auf das Armutsrisiko.

Hypothese 3: Wenn Studierende nicht im Haushalt ihrer Eltern leben, sind sie in einem höheren Ausmaß von Armut betroffen.

Hypothese 4: Mit steigender finanzieller Unabhängigkeit von den Eltern steigt auch das Armutsrisiko der Studierenden.

Hypothese 5: Das Armutsrisiko sinkt, je mehr finanzielle Mittel den Studierenden zur Verfügung stehen.

Hypothese 6: Je mehr Raum die Ausgaben für Wohnen bzw. Studium in den Gesamtausgaben einnehmen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, arm zu sein.

Hypothese 7: Wenn eine (im Studium einschränkende) gesundheitliche Beeinträchtigung vorliegt, dann erhöht sich das Armutsrisiko.

Da das Konzept der *Studienarmut* eine Neuheit darstellt und in dieser Form noch nicht untersucht wurde, konnten im Vorfeld keine eigenen Hypothesen für dieses entwickelt werden. Es werden daher explorativ dieselben unabhängigen Variablen verwendet wie im Modell zu Einkommensarmut.

8.3 Ergebnisse der multivariaten Untersuchung von Einkommensarmut unter Studierenden

Nachfolgend werden die Ergebnisse der logistischen Regression der Einkommensarmut interpretiert (siehe Tabelle Tabelle 15 auf Seite 109). Die Interpretation gliedert sich in vier Variablenblöcke: Soziodemographie, Studienbezogene Merkmale, Erwerbstätigkeit und Finanzen.

Soziodemographie

Auf Grund des hier vorliegenden Modells lässt sich, unter Konstanthaltung aller anderen Einflussfaktoren, kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Geschlecht und Armutsrisiko feststellen (Hypothese 1). Anders als in Armutsuntersuchungen der österreichischen Gesamtbevölkerung (siehe Kapitel 3.1.2), nach denen Frauen häufiger von Armut betroffen sind, ist dies unter Studierenden nicht der Fall. Das Alter hingegen, in diesem Modell in Einzeljahren kodiert, zeigt einen signifikanten Effekt. Im Vergleich zu Studierenden bis 19 Jahre, haben 20-jährige Studierende eine um den Faktor 1,62 höhere Wahr-

scheinlichkeit einkommensarm zu sein. Da die Effekte der anderen Variablen konstant gehalten werden, ist dieser Effekt nur auf das Alter zurückzuführen. Mit Ausnahme der 21-Jährigen, welche sich im Armutsrisiko nicht signifikant von 19-jährigen Studierenden unterscheiden, steigt für ältere Studierende auch das Einkommensarmutsrisiko, die Hypothese 2 konnte somit widerlegt werden. Die Wahrscheinlichkeit von Einkommensarmut betroffen zu sein ist für 27-jährige, 30-jährige und 31-jährige Studierende besonders hoch. Verglichen mit 19-Jährigen haben 27-Jährige ein um den Faktor 6 erhöhtes Armutsrisiko, die Wahrscheinlichkeit für 30- bzw. 31-Jährige einkommensarm zu sein ist mit dem Faktor 8 deutlich erhöht. Dass 27-jährige besonders von Armut betroffen sind, könnte auf das Auslaufen der Familienbeihilfe (und dadurch auch der Mitversicherung durch die Eltern), das Überschreiten der Altersgrenze für diverse Vergünstigungen (z.B. in öffentlichen Transportmitteln) etc. zurückzuführen sein.

Ebenfalls ein signifikant erhöhtes Risiko einkommensarm zu sein, haben Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund. Wie auch in der österreichischen Gesamtbevölkerung ist diese Gruppe besonders von Einkommensarmut betroffen. Unter Studierenden haben Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund (im Vergleich zu Bildungsinländer/innen ohne Migrationshintergrund) ein um den Faktor 1,53 erhöhtes Armutsrisiko. Für Bildungsausländer/innen ist, wie auch schon in der deskriptiven Analyse ersichtlich, die Erstsprache entscheidend für das Armutsrisiko. Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und Deutsch als Erstsprache⁴³ angeben, weisen, verglichen mit der Referenzgruppe, mit dem Wert 0,78 eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, einkommensarm zu sein. Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache haben hingegen ein um das 1,5fache erhöhtes Armutsrisiko.

Da in diesem Modell möglichst wenige Studierende ausgeschlossen werden sollen, wurde auf eine Analyse mittels des in der Studierenden-Sozialerhebung üblicherweise verwendeten Schichtindex verzichtet, da dieser nur auf Studierende mit inländischen Eltern angewendet werden kann (siehe dazu auch Unger/ Zaussinger et al. 2010: 480ff). Es wurde stattdessen mit der höchsten abgeschlossenen Bildung der Eltern gerechnet.⁴⁴ Studierende mit zumindest einem Elternteil mit Hochschulzugangsberechtigung (Matura, Abitur, Studienberechtigungsprüfung etc.) unterscheiden sich, hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit einkommensarm zu sein, von Studierenden mit niedriger Bildung der Eltern.

⁴³ Dies sind vor allem Studierende aus Deutschland und Südtirol (vgl. dazu Unger/ Zaussinger et al. 2010b).

⁴⁴ Wobei hier nicht nach Vater/ Mutter unterschieden wird, gezählt wurde der höchste Bildungsabschluss insgesamt.

mensarm zu sein, nicht signifikant von Studierenden, deren Eltern maximal eine Pflichtschule absolvierten. Allerdings weisen Studierende, deren Elternteil/Eltern eine Universität abgeschlossen haben, ein niedrigeres Armutsrisiko auf als die Referenzgruppe. Dies deckt sich auch tendenziell mit den Ergebnissen von Grignon (2003), der Studierenden aus niedrigeren sozialen Schichten ebenfalls ein höheres Armutsrisiko zuschreibt.⁴⁵

Wie auch in der Gesamtbevölkerung sind Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung (welche sich negativ auf das Studium auswirkt) signifikant häufiger von Armut betroffen als Studierende ohne gesundheitliche Beeinträchtigung (bzw. einer gesundheitlichen Beeinträchtigung, die sich nicht oder wenig auf das Studium auswirkt). Die Wahrscheinlichkeit einkommensarm zu sein, ist für Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung um das rund 1,6fache erhöht. Die Hypothese 7 wird dadurch bestätigt.

Studierende mit Kindern haben grundsätzlich eine höhere Wahrscheinlichkeit arm zu sein als Studierende ohne Kinder, wobei kein Unterschied hinsichtlich des Betreuungsbedarfs (bzw. des Alters) der Kinder besteht. Sowohl Studierende mit Kindern im betreuungsbedürftigen Alter als auch jene mit weniger betreuungsbedürftigen Kindern weisen ein um den Faktor 1,6-faches Einkommensarmutsrisiko auf. Studierende mit jüngeren Kindern sind also keinem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als Studierende mit älteren Kindern, wohl aber als Studierende ohne Kinder.

Die Hypothese, dass Studierende, die im gemeinsamen Haushalt mit den Eltern leben, besser vor Einkommensarmut geschützt sind, als Studierende in anderen Wohnformen (Hypothese 3), zeigt sich bestätigt. Unter Konstanthaltung aller anderen Variablen, haben Studierende, die in Wohngemeinschaften oder Wohnheimen leben, im Vergleich zu Elternwohner/inne/n, ein um 1,5-faches höheres, Studierende in Einzelhaushalten ein um rund 1,6-faches höheres Einkommensarmutsrisiko.

Studienbezogene Merkmale

Aufgrund der hohen Fallzahlen konnten die Studiengruppen an Universitäten einzeln aufgenommen werden. Für Fachhochschulen wurde lediglich eine Unterscheidung nach berufsbegleitenden und Vollzeitstudiengängen vorgenommen und bei Pädagogische Hochschulen wurde nicht zwischen den unterschiedlichen Lehramtsstudien unterschieden. Als

⁴⁵ Allerdings wird bei Grignon soziale Herkunft weniger über Bildung als über Einkommensklassen bzw. Berufsstatus gemessen (vgl. Grignon 2003).

Referenzgruppe wurden geistes- und kulturwissenschaftliche Studien an Universitäten herangezogen. Die einzigen signifikanten Ergebnisse zeigen sich für Studierende der Ingenieurs-, Natur- und Sozialwissenschaften an Universitäten, wobei diese ein geringeres Armutsrisiko ($\exp(B) < 1$) aufweisen als Studierende in geistes- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen. Es zeigt sich auch, dass sich Studiengruppen, die nach der deskriptiven Analyse eine besonders hohe Armutsquote aufwiesen (Human- und Veterinärmedizin sowie Kunst), unter Konstanthaltung aller anderen Faktoren sich nicht mehr signifikant von der Referenzgruppe unterscheiden.

Erwerbstätigkeit

Studierende, die in erster Linie erwerbstätig sind, haben eine um den Faktor 0,83 geringere Wahrscheinlichkeit einkommensarm zu sein, als Studierende, die sich in erster Linie als solche sehen und als nicht-erwerbstätige Studierende.

Das Einkommensarmutsrisiko sinkt, unabhängig vom konkreten Ausmaß, mit Erwerbstätigkeit. Studierende, die bis zu 10 Stunden erwerbstätig sind, weisen ein um den Faktor 5 niedrigeres Armutsrisiko auf als Studierende, die nicht erwerbstätig sind.

Studierende, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die schlecht mit dem Studium vereinbar ist, haben, im Vergleich zu Studierenden, die nicht erwerbstätig sind oder keine schlechte Vereinbarkeit aufweisen, eine fast dreifach erhöhte Wahrscheinlichkeit einkommensarm zu sein. Werden nicht erwerbstätige Studierende oder nicht aus finanzieller Notwendigkeit erwerbstätige Studierende als Referenz herangezogen, ist das Armutsrisiko für Studierende, die aus finanzieller Notwendigkeit erwerbstätig sind, um den Faktor 4,5 erhöht. Studierende, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, um ihren Lebensunterhalt und ihre Studienkosten zu bestreiten, sind besonders häufig von Einkommensarmut betroffen.

Finanzen

Studierende, die eine Studienförderung aus verschiedensten Gründen verloren haben, sind ebenfalls eine besonders gefährdete Gruppe. Im Vergleich zu Studierenden, die derzeit Studienförderung beziehen bzw. niemals Studienförderung erhalten haben, weist die oben genannte Gruppe eine um den Faktor 1,25 höhere Wahrscheinlichkeit auf.

Zusätzlich zeigt sich, dass Studierende mit Gesamteinnahmen von weniger als 900€ bis 1.000€ (Referenzkategorie) ein höheres Armutsrisiko haben als Studierende, die ein durch-

schnittliches Gesamtbudget zur Verfügung haben.⁴⁶ Einnahmen über dem Durchschnitt verringern die Wahrscheinlichkeit, von Einkommensarmut betroffen zu sein, signifikant (Hypothese 5)

Das Armutsrisiko erhöht sich, wenn der Anteil der Wohnkosten an den Gesamtkosten steigt. Je mehr die Studierenden anteilmäßig für Wohnen ausgeben müssen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einkommensarm zu sein. Dieser Zusammenhang gilt auch für den Anteil der Studienkosten an den Gesamtkosten, womit Hypothese 6 bestätigt werden kann.

Nach Finanzierungstypen zeigt sich, dass Studierende, die einen Großteil ihrer Gesamteinnahmen über die Familie oder durch Erwerbseinkommen bzw. die Kombination von Familie und Erwerbseinkommen beziehen, ein signifikant geringeres Risiko aufweisen einkommensarm zu sein als Studierende, die sich über viele verschiedene kleinere Quellen finanzieren. Die anderen Variablen mit Bezug zur Einkommensquelle sind statistisch nicht signifikant. Aufgrund des niedrigeren Faktors bei Finanzierungstyp Erwerbseinkommen im Vergleich zu Familie, muss Hypothese 4 verworfen werden.

Beurteilung des Modells

Insgesamt erklärt dieses Modell rund 18% der Varianz der Einkommensarmut, was im Grunde genommen auf keine besonders hohe Erklärungskraft der unabhängigen Variablen hinweist. Zudem weist der Hosmer-Lemeshow-Test, welcher die Güte der Anpassung beurteilt, einen χ^2 -Wert von 4,46 auf und ist mit einem p-value von 0,072 nur knapp nicht signifikant, was bedeutet, „dass Abweichungen zwischen den empirisch beobachteten und den errechneten Häufigkeiten für das Ereignis $y=1$ (Einkommensarmut, Anm. A.G.) nicht häufiger als dem Zufall entsprechend auftreten“ (Backhaus 2008: 268). Ein höherer p-value wäre also wünschenswert. Insgesamt weist das Modell zur Erklärung der Einkommensarmut unter Studierenden 91% der betrachteten Fälle richtig zu, was allerdings für ein gutes Modell spricht.

⁴⁶ Wobei das Ergebnis für die Kategorie „>800€ bis 900€“ nicht signifikant ist.

Tabelle 15: Logistische Regression zur Erklärung der Einkommensarmut

	Exp(B)	Sig.
Soziodemographie		
Geschlecht (Referenz: Männer)	1,075	n.s.
Alter (Referenz: Bis 19-Jährige)		
20-Jährige	1,616	**
21-Jährige	1,385	n.s.
22-Jährige	1,864	**
23-Jährige	1,850	**
24-Jährige	2,836	**
25-Jährige	3,120	**
26-Jährige	3,671	**
27-Jährige	5,786	**
28-Jährige	4,658	**
29-Jährige	4,179	**
30-Jährige	7,523	**
31-Jährige	8,456	**
32-Jährige	4,976	**
33-Jährige	6,560	**
34-Jährige	5,989	**
35-Jährige	6,059	**
36-Jährige und älter	6,504	**
Migrationshintergrund (Referenz: Bildungsinländer/innen ohne Migrationshintergrund)		
Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund	1,526	**
Bildungsausländer/innen mit Deutsch als Erstsprache	,776	**
Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache	1,461	**
Höchster Bildungsabschluss der Eltern (Referenz: ohne Hochschulzugangsberechtigung)		
Mit Hochschulzugangsberechtigung	,957	n.s.
Akademiker/innen	,886	*
Nicht bekannt	,566	n.s.
Gesundheitliche Beeinträchtigung mit Auswirkungen im Studium (Referenz: Nicht gesundheitlich Beeinträchtigte)	1,611	**
Kinder (Referenz: Studierende ohne Kinder)		
Studierende mit Kind(ern) ohne Betreuungsbedarf	1,635	*
Studierende mit Kind(ern) mit Betreuungsbedarf	1,625	**
Wohnform (Referenz: Gemeinsamer Haushalt mit Eltern oder anderen Verwandten)		
Wohngemeinschaft	1,520	**
Wohnheim	1,468	**
Einzelhaushalt (mit/ohne Partner/in)	1,620	**
Studienbezogene Merkmale		
Studiengruppen (Referenz: Geistes- und Kulturwissenschaftliche Studien)		
FH-Studierende in berufsbegleitenden Studiengängen	1,078	n.s.
FH-Studierende in Vollzeit-Studiengängen	1,003	n.s.
PH-Studierende	1,012	n.s.
Individuelle Studien (an Univ.)	1,056	n.s.
Ingenieurwissenschaftliche Studien (an Univ.)	,700	**
Künstlerische Studien (an Univ.)	1,036	n.s.
Humanmedizinische Studien (an Univ.)	,848	n.s.
Naturwissenschaftliche Studien (an Univ.)	,737	**
Rechtswissenschaftliche Studien (an Univ.)	,961	n.s.
Sozialwissenschaftliche Studien (an Univ.)	,832	*
Theologische Studien (an Univ.)	,987	n.s.
Veterinärmedizinische Studien (an Univ.)	,897	n.s.

Erwerbstätigkeit		
Erwerbsausmaß (Referenz: Nicht-Erwerbstätige)		
>0 bis 10 Stunden	,190	**
>10 bis 20 Stunden	,199	**
>20 bis 30 Stunden	,218	**
>30 bis 40 Stunden	,176	**
Mehr als 40 Stunden	,148	**
In erster Linie erwerbstätig (Referenz: In erster Linie Studierende/ nicht Erwerbstätige)	,830	*
Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (Referenz: Nicht Erwerbstätige oder nicht schlecht vereinbar)		
Schlechte Vereinbarkeit	2,909	**
Erwerbsmotiv "Finanzielle Notwendigkeit" (Referenz: Nicht Erwerbstätige oder nicht aus finanzieller Notwendigkeit Erwerbstätige)		
Aus finanzieller Notwendigkeit Erwerbstätige	4,463	**
Finanzen		
Studienbeihilfe verloren (Referenz: Niemals Studienbeihilfe verloren)	1,257	**
Gesamtbudget (Referenz: >900€ bis 1000 €)		
>0 bis 100€	5,825	**
>100 bis 200€	5,508	**
>200 bis 300€	4,795	**
>300 bis 400€	3,552	**
>400 bis 500€	2,537	**
>500 bis 600€	2,318	**
>600 bis 700€	1,761	**
>700 bis 800€	1,319	**
>800 bis 900€	1,058	n.s.
>1000 bis 1100€	,763	*
>1100 bis 1200€	,585	**
>1200 bis 1300€	,506	**
>1300 bis 1400€	,479	**
>1400 bis 1500€	,362	**
>1500 bis 1600€	,303	**
>1600 bis 1700€	,474	*
>1700 bis 1800€	,324	**
>1800 bis 1900€	,395	**
>1900 bis 2000€	,265	**
>2000€	,212	**
Verhältnis von Wohnkosten zu Gesamtkosten	3,639	**
Verhältnis von Studienkosten zu Gesamtkosten	4,119	**
Finanzierungstypen (Referenz: Kein Finanzierungsquelle 75% am Gesamtbudget)		
75% des Gesamtbudgets von Familie	,838	*
75% des Gesamtbudgets durch staatliche Studienförderung	,810	n.s.
75% des Gesamtbudgets durch Erwerbseinkommen	,540	**
75% des Gesamtbudgets durch Familie und Staatliche Studienförderung	,966	n.s.
75% des Gesamtbudgets durch Erwerbstätigkeit und Familie	,676	**
75% des Gesamtbudgets durch Erwerbstätigkeit und staatliche Studienförderung	,771	n.s.
Konstante	,010	**
Erklärte Varianz (Nagelkerke R²)	17,9%	

Die Angaben beruhen auf den Angaben von 26.178 Studierenden.
Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen

8.4 Ergebnisse der multivariaten Untersuchung von Studienarmut unter Studierenden

Nachfolgend werden die Ergebnisse der logistischen Regression der Studienarmut interpretiert (siehe Tabelle 16 auf Seite 115). Die Interpretation gliedert sich in vier Variablenblöcke: Soziodemographie, Studienbezogene Merkmale, Erwerbstätigkeit und Finanzen.

Soziodemographie

Die Variable Geschlecht wird im ersten Schritt in das Modell eingefügt und zeigt ein signifikant erhöhtes Studienarmutsrisiko von Frauen, verglichen mit jenem der Männer. Im vollständigen Modell, um die anderen Einflussfaktoren bereinigt, ist Geschlecht allerdings auch hinsichtlich der Studienarmut kein signifikanter Faktor mehr.

Alter, hingegen, ist auch für das Studienarmutsrisiko signifikant, wobei die Richtung hierbei eine andere als bei der Einkommensarmut ist. Im ersten Schritt des Modells zeigt sich nach Alter ein ähnlicher Zusammenhang, wie er auch deskriptiv beobachtet wurde, ältere Studierende sind häufiger von Studienarmut betroffen als jüngere, erst die Einführung von und die Kontrolle für andere unabhängige Variablen zeigt den Effekt des Alters deutlich. Unter Konstanthaltung aller unabhängiger Variablen sinkt die Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein für Studierende über 19 Jahre (Referenz: Bis 19-Jährige; nicht signifikant sind die Effektkoeffizienten der 27-Jährigen, 30- bis 33-Jährigen und über 36-Jährigen).

Wie auch bei der Einkommensarmut sind Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund in puncto Studienarmut einem signifikant höheren Armutsrisiko ausgesetzt als Bildungsinländer/innen ohne Migrationshintergrund (Faktor 1,11). Verglichen mit letzteren ist allerdings die Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein für Bildungsausländer/innen mit deutscher Erstsprache um den Faktor 0,88 geringer.

Der elterliche Bildungshintergrund der Studierenden zeigt wieder in umgekehrtes Bild als bei der Einkommensarmut: Verglichen mit Studierenden, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss aufweisen, sind die Wahrscheinlichkeiten für Studierende aus bildungsnahen Schichten studienarm zu sein höher, nämlich um den Faktor 1,12 für Studierende mit Eltern mit maximal Maturaniveau und um den Faktor 1,18 für Studierende mit mindestens einem akademischen Elternteil. Je höher der Bildungsstand der Eltern, desto höher also die Studienarmut.

Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, welche sich im Studium negativ auswirkt, sind zwar verglichen mit allen anderen Studierenden häufiger einkommensarm, aber die Wahrscheinlichkeiten studienarm zu sein unterscheiden sich zwischen diesen Studierenden und allen Studierenden nicht signifikant voneinander.

Auch die Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein, ist für Studierende mit wenig betreuungsbedürftigen Kindern statistisch gesehen nicht höher oder niedriger als für Studierende ohne Kinder. Allerdings ist das Studienarmutsrisiko für Studierende mit betreuungsbedürftigen Kindern rund 2,4mal so hoch wie für Studierende ohne Kinder.

Unter Kontrolle der Drittvariablen sind Studierende in Wohngemeinschaften und Einzelhaushalten nicht häufiger von Studienarmut bedroht als Elternwohner/innen. Eine signifikant niedrigere Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein weisen Studierende in Wohnheimen auf. Ihr Armutsrisiko ist mit dem Odds-Ratio-Wert von 0,74 deutlich geringer als jenes der Elternwohner/innen.

Studienbezogene Merkmale

Studierende aller Studiengruppen weisen, im Vergleich zu Studierenden in geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächern, ein niedriges Armutsrisiko auf. Studierende in vollzeit sowie berufsbegleitenden FH-Studiengängen haben eine im Vergleich besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, von Studienarmut betroffen zu sein.

Erwerbstätigkeit

Studierende, die sich in erster Linie als Erwerbstätige sehen, haben Odds-Ratio-Werte von fast 4. Das bedeutet, dass sie signifikant häufiger von Studienarmut betroffen sind als nicht erwerbstätige Studierende oder erwerbstätige Studierende, die sich in erster Linie als Studierende sehen.

Ebenfalls signifikant sind die Effektkoeffizienten nach Erwerbsausmaß. Mit steigendem Erwerbsausmaß steigt auch die Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein stark an (jeweils bezogen auf Studierende, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen). Während Studierende mit einem Erwerbsausmaß von 0 bis 10 Stunden ein 1,2-fach höheres Studienarmutsrisiko aufweisen als Nicht-Erwerbstätige, beträgt das Armutsrisiko von vollzeit Erwerbstätigen bereits das 3-fache der Nicht-Erwerbstätigen.

Überraschenderweise haben Studierende, die von Vereinbarkeitsproblemen zwischen Studium und Erwerbstätigkeit berichten, ein niedrigeres Studienarmutsrisiko als Studierende ohne Vereinbarkeitsschwierigkeiten. Dies liegt vor allem daran, dass Vereinbarkeitsschwierigkeiten von Studium und Erwerbstätigkeit erst dann auftreten, wenn beides mit einem relativ hohen Aufwand betrieben wird. Studierende, die von schlechter Vereinbarkeit berichten, sind demnach also selten studienarm. Studierende, die ihr Studium bereits stark reduziert haben und aus diesem Grund weniger Vereinbarkeitsprobleme haben, sind demnach studienarm. Studierende, die aus finanzieller Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben ebenfalls eine geringere Wahrscheinlichkeit von Studienarmut betroffen zu sein als alle anderen Studierenden.

Finanzen

Die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende, die keine Studienförderung mehr beziehen, studienarm sind, ist um den Faktor 1,34 höher als bei jenen Studierenden, die derzeit Studienförderung beziehen oder noch nie eine solche erhalten haben.

Nach Höhe der Gesamteinnahmen sind, verglichen mit Studierenden mit einem Gesamtbudget von 901€ bis 1.000€, nur wenige Odds-Ratios signifikant. Studierende mit sehr niedrigen Einnahmen (0 bis 100€, 200€ bis 300€) haben ein zum Teil stark erhöhtes Studienarmutsrisiko (verglichen mit der Referenzgruppe). Studierende mit einem Gesamtbudget von 600€ bis 700€ haben eine niedrigere Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein, wohingegen Studierende mit Einnahmen von >1.200€ bis 1.300€ bzw. >1.300€ bis 1.400€ wieder ein etwas höheres Studienarmutsrisiko aufweisen (Faktor: 1,3).

Während das Verhältnis von Wohnkosten zu Gesamtkosten keinen signifikanten Effektkoeffizienten liefert, zeigt sich beim Verhältnis von Studienkosten zu Gesamtkosten und der Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein ein Zusammenhang. Je höher das Verhältnis Studienkosten zu Gesamtkosten ist, desto niedriger ist das Studienarmutsrisiko.

Nach Finanzierungstypen zeigt sich, dass bezogen auf Studierende mit Mischfinanzierung, vor allem Studierende, die sich hauptsächlich über Erwerbseinnahmen finanzieren und jene, deren Gesamtbudget sich vor allem aus Einnahmen von Familie und Erwerbstätigkeit zusammensetzt, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, studienarm zu sein.

Beurteilung des Modells

Das Nagelkerke- R^2 für das vollständige Modell zur Erklärung der Studienarmut beträgt 28,1%, d.h. mehr als ein Viertel der Gesamtvariation der Variable Studienarmut wird erklärt. Da auch der p-value (0,247) für den Hosmer-Lemeshow-Test deutlich über dem relevanten Wert von 0,05 liegt und das Modell 80% der Fälle richtig zuordnet, kann von einem ausreichend guten Modell zur Erklärung der Studienarmut erklärt werden.

Tabelle 16: Logistische Regression zur Erklärung der Studienarmut

	Exp(B)	Sig.
Soziodemographie		
Geschlecht (Referenz: Männer)	,940	n.s.
Alter (Referenz: Bis 19-Jährige)		
20-Jährige	,835	*
21-Jährige	,760	**
22-Jährige	,650	**
23-Jährige	,751	**
24-Jährige	,766	**
25-Jährige	,830	*
26-Jährige	,713	**
27-Jährige	,962	n.s.
28-Jährige	,748	**
29-Jährige	,678	**
30-Jährige	,715	**
31-Jährige	,797	n.s.
32-Jährige	,798	n.s.
33-Jährige	,751	n.s.
34-Jährige	,817	*
35-Jährige	,657	*
36-Jährige und älter	,575	*
Migrationshintergrund (Referenz: Bildungsinländer/innen ohne Migrationshintergrund)		
Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund	1,110	*
Bildungsausländer/innen mit Deutsch als Erstsprache	,880	*
Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache	,969	n.s.
Höchster Bildungsabschluss der Eltern (Referenz: ohne Hochschulzugangsberechtigung)		n.s.
Mit Hochschulzugangsberechtigung	1,122	**
Akademiker/innen	1,176	**
Nicht bekannt	,780	n.s.
Gesundheitliche Beeinträchtigung mit Auswirkungen im Studium (Referenz: Nicht gesundheitlich Beeinträchtigte)	,985	n.s.
Kinder (Referenz: Studierende ohne Kinder)		
Studierende mit Kind(ern) ohne Betreuungsbedarf	1,146	n.s.
Studierende mit Kind(ern) mit Betreuungsbedarf	2,418	**
Wohnform (Referenz: Gemeinsamer Haushalt mit Eltern oder anderen Verwandten)		
Wohngemeinschaft	,947	n.s.
Wohnheim	,737	**
Einzelhaushalt (mit/ohne Partner/in)	,938	n.s.
Studienbezogene Merkmale		
Studiengruppen (Referenz: Geistes- und Kulturwissenschaftliche Studien)		
FH-Studierende in berufsbegleitenden Studiengängen	,084	**
FH-Studierende in Vollzeit-Studiengängen	,152	**
PH-Studierende	,284	**
Individuelle Studien (an Univ.)	,812	n.s.
Ingenieurwissenschaftliche Studien (an Univ.)	,502	**
Künstlerische Studien (an Univ.)	,333	**
Humanmedizinische Studien (an Univ.)	,141	**
Naturwissenschaftliche Studien (an Univ.)	,762	**
Rechtswissenschaftliche Studien (an Univ.)	,807	**
Sozialwissenschaftliche Studien (an Univ.)	,738	**
Theologische Studien (an Univ.)	,755	n.s.
Veterinärmedizinische Studien (an Univ.)	,194	**

Erwerbstätigkeit		
Erwerbsausmaß (Referenz: Nicht-Erwerbstätige)		
>0 bis 10 Stunden	1,208	**
>10 bis 20 Stunden	1,567	**
>20 bis 30 Stunden	2,040	**
>30 bis 40 Stunden	2,638	**
Mehr als 40 Stunden	3,102	**
In erster Linie erwerbstätig (Referenz: In erster Linie Studierende/ nicht Erwerbstätige)	3,867	**
Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (Referenz: Nicht Erwerbstätige oder nicht schlecht vereinbar)		
Schlechte Vereinbarkeit	,750	**
Erwerbsmotiv "Finanzielle Notwendigkeit" (Referenz: Nicht Erwerbstätige oder nicht aus finanzieller Notwendigkeit Erwerbstätige)		
Aus finanzieller Notwendigkeit Erwerbstätige	,721	**
Finanzen		
Studienbeihilfe verloren (Referenz: Niemals Studienbeihilfe verloren)	1,337	**
Gesamtbudget (Referenz: >900€ bis 1000€)		
>0 bis 100€	3,199	**
>100 bis 200€	1,122	n.s.
>200 bis 300€	1,270	*
>300 bis 400€	,895	n.s.
>400 bis 500€	,993	n.s.
>500 bis 600€	,869	n.s.
>600 bis 700€	,835	*
>700 bis 800€	,884	n.s.
>800 bis 900€	,928	n.s.
>1000 bis 1100€	1,047	n.s.
>1100 bis 1200€	1,073	n.s.
>1200 bis 1300€	1,320	**
>1300 bis 1400€	1,333	**
>1400 bis 1500€	1,035	n.s.
>1500 bis 1600€	1,160	n.s.
>1600 bis 1700€	1,337	*
>1700 bis 1800€	1,286	n.s.
>1800 bis 1900€	1,339	n.s.
>1900 bis 2000€	1,204	n.s.
>2000€	1,150	n.s.
Verhältnis von Wohnkosten zu Gesamtkosten	,849	n.s.
Verhältnis von Studienkosten zu Gesamtkosten	,133	**
Finanzierungstypen (Referenz: Kein Finanzierungsquelle 75% am Gesamtbudget)		
75% des Gesamtbudgets von Familie	,755	**
75% des Gesamtbudgets durch staatliche Studienförderung	,678	**
75% des Gesamtbudgets durch Erwerbseinkommen	1,307	**
75% des Gesamtbudgets durch Familie und Staatliche Studienförderung	,751	**
75% des Gesamtbudgets durch Erwerbstätigkeit und Familie	1,018	n.s.
75% des Gesamtbudgets durch Erwerbstätigkeit und staatliche Studienförderung	,776	*
Konstante	0,668	**
Erklärte Varianz (Nagelkerke R²)	28,1%	

Die Angaben beruhen auf den Angaben von 26.196 Studierenden.
Quelle: Studierenden-Sozialerhebung 2009, eigene Berechnungen

8.5 Fazit

Beide Modelle sind hinsichtlich der hier betrachteten Gütekriterien annehmbar. Das erste Modell zu Einkommensarmut weist ein Pseudo R^2 von rund 0,18 auf, das zweite Modell von immerhin 0,28. Auch die Prozentsätze der richtig zugeordneten Fälle sind sehr hoch (91% bzw. 80%).

Mit dem Modell zur *Einkommensarmut* konnten vier der sieben Hypothesen bestätigt werden:

Die Wahrscheinlichkeit, einkommensarm zu sein, ist für Studierende, die nicht im Haushalt ihrer Eltern wohnen, für Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung sowie für Studierende mit hohen Anteilen an Wohn-/ Studienausgaben besonders hoch. Das finanzielle Armutsrisiko ist geringer, je mehr finanzielle Mittel den Studierenden zur Verfügung stehen.

Nicht bestätigt wurde Hypothese 1, die von einem höheren Armutsrisiko für Frauen ausgeht, was laut Laimer und Oismüller auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass der in der Gesamtbevölkerung beobachtete Rückzug der Frauen aus dem Erwerbsleben nach der Geburt eines Kindes, für junge Erwachsene nicht zutrifft, da in den letzten Jahrzehnen der Zeitpunkt der Familiengründung immer später im Lebensverlauf eintritt.

Hypothese 2, Alter hat im multivariaten Modell keinen Effekt auf das Armutsrisiko, konnte ebenfalls widerlegt werden. Ältere Studierende sind deutlich häufiger von Armut betroffen als jüngere.

Auch die Annahme, dass mit steigender finanzieller Unabhängigkeit von den Eltern das Armutsrisiko steigt, kann verworfen werden. Studierende, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich über Erwerbseinkommen beziehen, haben ein geringeres Armutsrisiko als Studierende, die ihre Einnahmen hauptsächlich von der Familie erhalten.

Zusammenfassend lassen sich folgende **Risikogruppen für Einkommensarmut** definieren:

27- und über 30-jährige Studierende, wobei das erhöhte Armutsrisiko von 27-jährigen Studierenden durch den Wegfall von Einnahmequellen (Familienbeihilfe) und durch die Erhöhung der Ausgaben (Krankenversicherung, Überschreiten der Altersgrenze für Vergünstigungen) erklärt werden könnte.

Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund sowie Bildungsausländer/innen mit nicht-deutscher Erstsprache, Studierende, die nicht im Haushalt ihrer Eltern leben sowie Studierende mit Kindern sind besonders benachteiligt.

Studierende mit Vereinbarkeitsschwierigkeiten zwischen Studium und Erwerbstätigkeit und Studierende, die aus finanzieller Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen, weisen ebenfalls ein erhöhtes Armutsrisiko auf.

Nach finanziellen Aspekten sind vor allem Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten, Studierende mit einem unterdurchschnittlichen Gesamtbudget und Studierende mit anteilmäßig hohen Wohn- und Studienkosten sowie Studierende, die keine Haupteinnahmequelle haben, zu der Risikogruppe für Einkommensarmut zu zählen.

Hinsichtlich der Ergebnisse zu *Studienarmut* können folgende Zusammenhänge komprimiert dargestellt werden:

Wie auch bei Einkommensarmut sind Frauen nicht häufiger studienarmutsgefährdet als Männer. Nach Alter zeigt sich ein gegenteiliger Effekt hinsichtlich der deskriptiven Ergebnisse. Unter Konstanzhaltung aller unabhängigen Variablen, sind Studierende bis 19 Jahre am häufigsten von Studienarmut betroffen. Der höchste Bildungsstand der Eltern spielt für das Studienarmutsrisiko ebenfalls eine Rolle. Studierende aus bildungsnäheren Schichten (Eltern mit Matura, Hochschulabschluss) haben eine höhere Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein, als Studierende aus bildungsfernen Schichten. Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung zeigen kein höheres Armutsrisiko als andere Studierende. Studierende mit nicht betreuungsbedürftigen Kindern sind ebenfalls nicht häufiger studienarm als Studierende ohne Kind.

Sowohl ein hohes Erwerbsausmaß als auch ein hoher Stellenwert der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Studium sind mit hohen Studienarmutsrisiken verbunden. Studierende mit Vereinbarkeitsschwierigkeiten zwischen Erwerbstätigkeit und Studium, sowie aus finanzieller Notwendigkeit Erwerbstätige weisen ein niedrigeres Studienarmutsrisiko auf als Nicht-Erwerbstätige.

Kein eindeutiger Zusammenhang zeigt sich zwischen der Höhe des Gesamtbudgets und dem Armutsrisiko. Hinsichtlich der Finanzierungstypen sind vor allem Personen, benachteiligt, die Erwerbseinkommen als Haupteinnahmequelle angeben.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich zudem folgende **Gruppen** identifizieren, welche ein besonders hohes **Studienarmutsrisiko** aufweisen:

Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund, Studierende mit Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf sowie Studierende der Geistes- und Kulturwissenschaften sind einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt.

Erwerbstätige Studierende haben ebenfalls eine erhöhte Wahrscheinlichkeit studienarm zu sein, wobei sich hier ein fast linearer Zusammenhang in den Odds-Ratios zeigt: Je höher das Erwerbsausmaß ist, desto höher ist auch das Risiko, studienarm zu sein. Studierende, die sich in erster Linie als Erwerbstätige sehen, haben ebenso wie Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten oder auch Studierende, die einen Großteil ihres Gesamtbudgets über Erwerbstätigkeit finanzieren, ein erhöhtes Studienarmutsrisiko.

Im Zusammenhang mit der Forschungsfrage (siehe Kapitel 4.4), ob sich Parallelen hinsichtlich der Risikogruppen der Gesamtbevölkerung und der Studierendenpopulation zeigen, wurde angenommen, dass die Risikogruppen unter Studierenden ident sind mit jenen in der Gesamtbevölkerung. Hierbei wurde allerdings nur die finanzielle Armut berücksichtigt. Der Vergleich mit den Ergebnissen aus Kapitel 3.1.2 Abschnitt „Risikofaktoren“ zeigt allerdings, dass es zu drei Überschneidungen zwischen Risikogruppen in der Gesamtbevölkerung und unter Studierenden kommt. Dies sind Personen mit betreuungsdürftigen Kindern, Personen mit Migrationshintergrund und Personen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung. Hypothese 8, die davon ausgeht, dass die Risikogruppen ident sind, muss deshalb verworfen werden.

Hypothese 9 andererseits ist als bestätigt anzusehen: Unter Studierenden zeigen sich Risikogruppen, welche in der Gesamtbevölkerung nicht als solche identifiziert werden (siehe Kapitel 4.4).

Hinsichtlich Einkommensarmut sind dies nach soziodemographischen Merkmalen 27- und ab 30-jährige Studierende und Studierende, die nicht im Haushalt der Eltern leben.

Außerdem sind Studierende mit Vereinbarkeitsschwierigkeiten zwischen Studium und Erwerbstätigkeit sowie Studierende, die aus finanzieller Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen, besonders stark von Einkommensarmut betroffen.

In Bezug auf die finanzielle Situation sind Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten, Studierende mit einem unterdurchschnittlichen Gesamtbudget und Studierende

mit anteilmäßig hohen Wohn- und/ oder Studienkosten sowie Studierende, deren Gesamtbudget aus viele kleine Quellen finanziert wird, besonders gefährdet, ein hohes finanzielles Armutsrisiko zu haben.

Gruppen von Studierenden, die sowohl eine höhere Wahrscheinlichkeit für Einkommens- als auch für Studienarmut aufweisen, also doppelt arm sind, wurden hier anhand eines Vergleichs der Risikogruppen der beiden Armutslagen identifiziert. Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund, Studierende mit Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf und Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten, sind in beiden Armutsdimensionen deutlich benachteiligt. Hierbei zeigen sich größere Überschneidungen mit den Risikogruppen der Gesamtbevölkerung: Zwei dieser drei Gruppen sind auch in der Gesamtbevölkerung von einem hohen Armutsrisiko betroffen.

9. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ziel dieser Arbeit ist es, Armut unter den Studierenden Österreichs möglichst adäquat und umfassend darzustellen. Die relativ große Bevölkerungsgruppe der Studierenden wurde bisher in der Armutsberichterstattung in Österreich nicht und auch international nur wenig beforscht. Allerdings zeigen folgende Punkte, dass Armut unter Studierenden ein höchst relevantes Thema darstellt:

Die Veröffentlichungen der Studierenden-Sozialerhebungen, welche explizit zur Aufgabe haben, die soziale Lage der Studierenden möglichst umfassend zu untersuchen, haben oft zur Folge, dass in diversen Medienberichten oder von hochschulpolitischen Akteur/inn/en anhand der jeweils gültigen EU-Armutsgefährdungsschwelle⁴⁷ versucht wird, Armutsquoten für Studierende zu errechnen. Die Ergebnisse, die hierzu bekanntgegeben werden, erscheinen allerdings wenig plausibel und die Berechnungsmethoden unzulässig. Umso dringender ist demnach die Frage, wie Armut unter Studierenden konkret gemessen werden kann, ob gängige Messkonzepte auf Studierende überhaupt angewendet werden können bzw. welche alternativen Messinstrumente für studentische Armut in Frage kommen. In dieser Hinsicht ist Armut unter Studierenden ein methodisch und theoretisch relevantes Thema.

Ebenso wird beispielsweise im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um Zugangsbeschränkungen und Studienbeiträge an den Hochschulen, die Treffsicherheit des Stipendien-systems stark angezweifelt. Darüber hinaus wird häufig befürchtet, dass zusätzliche Kosten für das Studium potentiellen Studierenden mit geringen finanziellen Ressourcen die Aufnahme eines Studiums erschweren oder aber Studierende aus finanziellen Gründen an der Fortsetzung ihres Studiums gehindert werden. Hinter diesem Diskurs stehen indirekt auch Annahmen über den Zusammenhang von studentischer Armut bzw. Einkommensarmut der Studierenden und Studienabbrüchen bzw. Verstärkung der sozialen Selektivität beim Hochschulzugang. Somit zeigt sich auch eine hohe politische Relevanz für die Untersuchung der Armutslagen der Studierenden.

Studierende stellen rund 5% der österreichischen Bevölkerung (über 18 Jahre) dar. Diese nicht unbedeutende Gruppe wurde in der Armutsforschung kaum betrachtet, obwohl die Studierenden-Sozialerhebung 2009 bereits gezeigt hat, dass rund ein Viertel der Studierenden von finanziellen Schwierigkeiten berichtet (Unger/ Zaussinger 2010: 417) und 13% der

⁴⁷ 60% des äquivalisierten Medianhaushaltseinkommens der österreichischen Gesamtbevölkerung

Studierenden im Laufe ihres Studiums für mindestens einen Monat nicht krankenversichert waren. Der Status „nicht versichert“ wird, in einem Staat mit allgemeinem Pflichtversicherungssystem, in einem Zusammenhang mit oder auch als Indiz für Armut bzw. Armutsgefährdung gesehen (vgl. Fuchs 2004). Insofern ist Armutsforschung unter Studierenden auch aus empirischer Sicht relevant.

Für diese Untersuchung zu studentischer Armut werden zwei Grundannahmen getroffen.

1. Grundannahme: Die bestehenden Konzepte zur Messung von Armut eignen sich nicht, um Armut unter Studierenden adäquat darzustellen.

Ausgehend von einer intensiven Beschäftigung mit theoretischen Armutskonzepten und deren praktischer Anwendung im Rahmen der amtlichen Armutsberichterstattung zeigt sich, dass sich vor allem monetäre objektive Armutsschwellen zur Messung im internationalen Kontext etabliert haben, obwohl erweiterte mehrdimensionale Konzepte zur Verfügung stehen, deren theoretische Fundierung und empirische Messbarkeit allerdings noch nicht in ausreichender Qualität vorhanden sind (vgl. Böhnke 2002). Ein an Einkommen geknüpftes Armutsverständnis geht davon aus, dass

„normale‘ Personen mit einem ausreichenden verfügbaren Einkommen ihre Grundbedürfnisse in einem bescheidenen Ausmaß befriedigen und damit ein sozio-kulturelles Existenzminimum erreichen“ können (Hauser 2008: 99).

Die Anwendung der EU-SILC-Armutsschwelle (1.031€ für Alleinlebende, siehe Statistik Austria 2010: 19) auf die Einnahmen von Studierenden (mit den Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009), ergäbe allerdings eine Armutsquote unter Studierenden von 67%. Dies lässt vermuten, dass Studierende im Sinne der Armutsmessung nicht als „normale“ Personen gesehen werden können. Studierende sind aber auch nicht gleich Studierende, wie die Studierenden-Sozialerhebung 2009 und andere konzeptuelle Überlegungen zeigen. Studierende sind eine sehr heterogene Gruppe, was sich u.a. anhand der Zusammensetzung der finanziellen Ressourcen darstellen lässt. Aufgrund der unterschiedlichen Wohnformen und der Tatsache, dass Studierende Vergünstigungen (bspw. für öffentliche Verkehrsmittel, Wohnen, etc.) in Anspruch nehmen können wurde vermutet, dass eine auf Einkommen basierte Armutsgrenze nicht auf die Ausgabenstruktur der Studierenden übertragbar ist.

Genau geprüft wurde diese Grundannahme durch die Anwendung von unterschiedlichen bestehenden oder potentiellen Armutsgrenzen auf Studierende (Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009). Dabei wurden die über die Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung berechnete Armutsschwelle des EU-SILC,⁴⁸ die politisch definierte Armutsschwelle anhand der Mindestsicherung, der Höchstsatz der Staatlichen Studienbeihilfe,⁴⁹ sowie eine Armutsschwelle nach EU-SILC-Definition auf Basis der Einnahmenverteilung der Studierenden herangezogen.

Die Grundannahme, dass studentische Armut nicht mit gängigen Armutsschwellen gemessen werden kann, zeigt sich bestätigt, da einerseits die Armutsquoten unter Studierenden unrealistisch hoch sind. Und zwar auch dann, wenn das Studierenden-Sample durch Ausfilterungen an die gängigen Definitionen angepasst werden. Dies hätte den Ausschluss von nahezu 90% der Studierenden aus der Analyse zur Folge, was einen weiteren Grund darstellt, warum die gängigen Messkonzepte nicht für die Situation von Studierenden geeignet sind.

Andererseits auch weil die Zusammensetzung der unter den jeweiligen Armutsschwelle als arm definierten Gruppen Hinweise darauf liefert, dass die Studierenden eine zu heterogene Gruppe sind, als dass eine über Einkommen festgelegte Armutsschwelle anwendbar ist. Die Heterogenität bezieht sich u.a. auf die verschiedenen Wohnsituationen oder finanziellen Unterstützungsleistungen der Eltern, welche einen starken Einfluss auf die Höhe sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben hat. Die angewandten Armutsschwellen gehen allerdings nicht auf die unterschiedlichen Einnahmen- und Ausgabenstrukturen der Studierenden ein. Gruppen, mit durchschnittlich niedrigem Einkommen, vor allem jüngere Studierende und Elternwohner/innen, sind nach allen vorgestellten Armutsdefinitionen weit überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen – obwohl sie in der Regel auch deutlich niedrigere Ausgaben haben. Vergünstigungen, von welchen ein großer Teil der Studierenden profitiert, Ersparnisse durch gemeinsame Mahlzeiten mit den Eltern, etc. sind ebenfalls der Seite der Ausgaben zuzurechnen und finden in diesen Messkonzepten keine Berücksichtigung.

2. Grundannahme: Armut unter Studierenden kann nicht auf monetäre Aspekte beschränkt werden, sondern muss mehrdimensional analysiert werden.

⁴⁸ 60% des Medianeinkommens für Einpersonenhaushalte

⁴⁹ In Anlehnung an die ebenfalls politische Armutsgrenze des Höchstzulagenrichtsatzes für Pensionen.

Im Umgang mit finanzieller Armut haben Studierende in Österreich im internationalen Vergleich⁵⁰ relativ gute Möglichkeiten durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit Armut abzuwenden, was in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit weniger der Fall sein wird. Eine andere Möglichkeit mit studentischer Armut „umzugehen“ ist der Abbruch des Studiums, womit diese Personen nicht mehr Teil der Studierendenschaft und somit auch nicht mehr von studentischer Armut sind.⁵¹ Dies sind lediglich zwei Gründe, warum davon ausgegangen werden kann, dass studentische Armut im Allgemeinen unterschätzt wird (Grignon 2003: 10).

Konzeptionell in Anlehnung an Townsends Deprivationsbegriffs, drückt sich Armut (relative Deprivation) als Zustand aus, in dem Personen von *Lebensbedingungen* ausgeschlossen sind, die üblicherweise die Mitgliedschaft der Person in der Gesellschaft bestimmen. Die Lebensbedingungen oder notwendigen Güter, die die Mitgliedschaft einer Person in der Studierendenschaft bestimmen, können in Stunden bemessen werden, die ein/e Studierende/r im Vergleich zu anderen für das Studium aufwenden kann (vgl. zu Townsend: Fink 2010, Dietz 1998). Erwerbstätigkeit stellt einer der Gründe dar, warum Studierende weniger Zeit für ihr Studium aufwenden. Mit zunehmendem Erwerbsausmaß sinkt der Studienaufwand stark ab.

Diese Annahme wird auch durch die (sehr wenigen) internationalen Studien in diesem Bereich gestützt.⁵² Die Bestätigung der zweiten Grundannahme beinhaltet gleichzeitig auch ein *zentrales* Ergebnis dieser Arbeit:

Studierende, die von finanzieller Armut betroffen sind, können sich in Österreich häufig durch die Aufnahme einer in einem relativ hohen Ausmaß ausgeübten Erwerbstätigkeit selbst aus ihrer Armut befreien, worunter allerdings ihre statusbestimmende Haupttätigkeit, nämlich das Studium, leidet, welches sie – so auch weitgehende Annahmen in diversen Studienordnungen – im Prinzip vollzeit betreiben sollten.

Das heißt, es findet eine Art Austausch zwischen finanzieller Armut und Studienarmut statt: Studierende, die von finanzieller Armut betroffen sind, müssen entweder diese oder aber ein erhöhtes Studienarmutsrisiko in Kauf nehmen. Das erhöhte Studienarmutsrisiko kann

⁵⁰ Vgl. Orr et al. 2011.

⁵¹ Studierende, die aus finanziellen Gründen ihr Studium abgebrochen haben, können in dieser Arbeit nicht untersucht werden, da nicht Teil der Grundgesamtheit sind. Nichtsdestotrotz wäre weitere Forschung in diese Richtung notwendig.

⁵² Vgl. Grignon 2003; Herpin/ Verger 1998; Newton/ Turale 2000.

unter anderem zur Folge haben, dass sich die Studiendauer verlängert und die Leistungen abfallen und es kann sich, je nach Art der Beschäftigung, auch nachteilig auf die späteren Arbeitsmarktchancen auswirken (vgl. Grignon 2003: 10). In letzter Konsequenz ist der Ausweg aus der finanziellen studentischen Armut der Abbruch des Studiums, was sich als die extremste Form von Studienarmut ausdrücken lässt.

Da sich die beiden Grundannahmen bestätigt haben, stellte sich die Frage, ob und wie ein neues Konzept für die Armutsmessung von Studierenden entwickelt werden kann und welche Elemente es enthalten muss.

Die Analyse der Daten hat gezeigt, dass ein neues Konzept entwickelt werden kann, ja soll. Dieses sollte, ausgehend von den oben dargestellten Überlegungen zu Mehrdimensionalität, Berücksichtigung von Einnahmen- und Ausgabensituation und der Referenzgruppe, mindestens zwei Dimensionen enthalten – finanzielle Mittel und Studium.

Subjektive Armutsschwelle für die finanzielle Situation (analog zu Till/ Tenschert/ Redl 2000: 13)

Studierende, die angeben, derzeit sehr schlecht mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln auszukommen, werden als finanziell oder einkommensarm definiert. Die Bewertung der finanziellen Situation bezieht sich sowohl auf die individuelle Einnahmen- als auch Ausgabenstruktur der Studierenden, was einen deutlichen Vorteil gegenüber einkommensbasierten Armutsgrenzen darstellt. Weiters ist die Wahl der Referenzgruppe, an welcher sich Studierende orientieren bzw. mit welcher sie sich vergleichen, in diese Bewertung inkludiert.⁵³

Objektive Armutsschwelle für Einschränkungen im Studium (analog zu Townsends Definition von relativer Deprivation; Dietz 1999: 99)

Studierende, die weniger als 20 Stunden⁵⁴ pro Woche für ihr Studium aufwenden, sind in dem für sie statusbestimmenden Lebensumstand depriviert und als studienarm definiert. Hierbei werden nicht nur erwerbstätige Studierende berücksichtigt, sondern alle Studierenden, deren Studiaufwand nach dieser Definition zu niedrig ist. Die Gründe für Studi-

⁵³ Die Wahl einer einzigen Referenzgruppe (die Studierenden, die Erwerbstätigen, die Gesamtbevölkerung, etc.) ist aufgrund der Heterogenität ebenfalls nicht möglich.

⁵⁴ Dies entspricht zwei Drittel des Durchschnittswertes und erlaubt unter Annahme einer 40 Stunden-Woche die Ausübung einer teilzeit Erwerbstätigkeit.

enarmut werden in der Definition nicht berücksichtigt (z.B. Erwerbstätigkeit, Kinder, gesundheitliche Beeinträchtigung, Pflege von Angehörigen etc.)

Diese zwei Armutslagen schließen sich nicht gegenseitig aus. Studierende können sowohl von Einkommens- als auch Studienarmut betroffen sein. Dies wird in dieser Arbeit als doppelte Armut bzw. doppelt arm bezeichnet.

Ergebnisse der empirischen Analyse

Im empirischen Teil der Arbeit wurde mit diesem neu entwickelten Konzept überprüft, welche Gruppen von Studierenden ein besonders hohes Armutsrisiko in einer oder beiden Armutsdimensionen aufweisen. Hierzu wurden sieben Hypothesen formuliert, die sowohl deskriptiv als auch multivariat behandelt wurden.

Für die multivariate Analyse wurden für Einkommensarmut und Studienarmut zwei getrennte Modelle gerechnet, welche aus Gründen der Vergleichbarkeit dieselben unabhängigen Variablen beinhalten. Für die Gruppe der „Doppelt Armen“ wurde aufgrund von geringen Fallzahlen kein eigenes Modell gerechnet.

In Hinblick auf die in Kapitel 4.3 zu finanzieller Armut aufgestellten Hypothesen hat sich zusammengefasst gezeigt, dass das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss auf das Einkommensarmutsrisiko hat (H1) im Unterschied zum Alter (H2). Mit steigendem Alter, erhöht sich auch das Einkommensarmutsrisiko. Elternwohner/innen sind, im Vergleich zu Studierenden in anderen Wohnformen, hinsichtlich der Einkommensarmut am geringsten gefährdet (H3). Das Armutsrisiko sinkt, je mehr Einkommen zur Verfügung steht (H6), allerdings ist auch die Herkunft der Einnahmen von Bedeutung. Studierende, deren Gesamtbudget hauptsächlich aus Erwerbseinkommen besteht, sind besser vor Armut geschützt als Studierende, die vor allem durch die Familie finanziert werden (H4). Auch eine bereits vor rund 170 Jahren gemachte Beobachtung⁵⁵ bestätigt sich unter den Studierenden: Je höher die Anteile, welche Wohn- bzw. Studienausgaben an den Gesamtausgaben verursachen, desto höher ist auch das Einkommensarmutsrisiko (H6). Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung sind ebenfalls besonders von Einkommensarmut betroffen (H7).

Die Ergebnisse zu Studienarmut zeigen ebenfalls keinen signifikanten Einfluss von Geschlecht. Für Studienarmut als äußerst relevant zeigen sich dagegen die Studiengruppen, wobei hier die Studierenden der geistes- und kulturwissenschaftlichen Studien ein beson-

⁵⁵ Siehe Kapitel 2.3.1 ab Seite 19.

ders hohes Armutsrisiko aufweisen. Steigendes Erwerbsausmaß bedeutet auch für Studienarmut ein steigendes Risiko. Studierende, die Vereinbarkeitsschwierigkeiten zwischen Studium und Erwerbstätigkeit haben, haben gleichzeitig, wider Erwarten, ein *geringeres* Armutsrisiko. Diese Studierenden versuchen ein hohes Erwerbsausmaß mit hohem Studienaufwand zu verbinden, wodurch sich eben besonders große Vereinbarkeitsschwierigkeiten ergeben. Der Betreuungsbedarf der Kinder von Studierenden hat ebenfalls einen Effekt auf das Studienarmutsrisiko: Studierende mit betreuungsbedürftigen Kindern (unter 7 Jahren) sind speziell von Studienarmut betroffen, während Eltern von schulpflichtigen Kindern kein signifikant höheres Armutsrisiko aufweisen.

Abschließend wurde der Frage nachgegangen, inwiefern sich (relevante⁵⁶) Armutsrisikogruppen in der Gesamtbevölkerung von jenen unter Studierenden unterscheiden.

Die Ergebnisse des EU-SILC zeigen für Österreich ein erhöhtes Armutsrisiko für Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, Eltern mit betreuungsbedürftigen Kindern, Alter (bis 19-Jährige) sowie für Personen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung (Statistik Austria 2010, siehe auch Kapitel 3.1.2).

Annähernd deckungsgleiche Risikogruppen zwischen EU-SILC und der vorliegenden Arbeit sind Personen mit betreuungsbedürftigen Kindern, Personen mit Migrationshintergrund und Personen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung. Frauen unterscheiden sich unter Studierenden hinsichtlich der Armutsquoten in der bivariaten Untersuchung nur geringfügig von Männern, in der multivariaten Analyse ist Geschlecht nicht mehr signifikant. Laimer und Oismüller (2011) führen dies darauf zurück, dass das höhere Armutsrisiko von Frauen in der Gesamtbevölkerung u.a. auf den kinderbetreuungsbedingten Rückzug aus dem Erwerbsleben zurückzuführen ist, und dieser für Studierende wenig relevant ist (Laimer/ Oismüller 2011: 170).

Weitere studentische Risikogruppen, die in dieser Form in der Gesamtgesellschaft nicht als Risikogruppen identifiziert wurden, sind hinsichtlich Einkommensarmut nach soziodemographischen Merkmalen 27- und ab 30-Jährige Studierende und Studierende, die nicht im Haushalt der Eltern leben. Außerdem sind Studierende mit Vereinbarkeitsschwierigkeiten von Studium und Erwerbstätigkeit sowie Studierende, die aus finanzieller Notwendigkeit

⁵⁶ Damit sind nicht Gruppen gemeint, die in der Gruppe der untersuchten Studierenden per definitionem nicht enthalten sein können (Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Pensionist/inn/en, etc.) oder auf Haushaltsebene definierte Gruppen.

einer Erwerbstätigkeit nachgehen, besonders stark von Einkommensarmut betroffen. Was die finanzielle Situation betrifft, haben auch Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten, Studierende mit einem unterdurchschnittlichen Gesamtbudget und Studierende mit anteilmäßig hohen Wohn- und/ oder Studienkosten sowie Studierende, deren Gesamtbudget aus viele kleine Quellen finanziert wird, sind besonders von finanzieller Armut gefährdet.

Die Risikogruppen für Studienarmut lassen sich grundsätzlich nicht mit den Ergebnissen aus EU-SILC vergleichen, da es sich um ein studierendenspezifisches Konzept handelt. Es zeigt sich allerdings, dass sowohl Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund als auch Studierende mit Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf ebenfalls eine Risikogruppe der Studienarmut darstellen.

Weitere Risikogruppen hinsichtlich der Studienarmut sind Studierende der Geistes- und Kulturwissenschaften, Studierende, die sich in erster Linie als Erwerbstätige sehen, Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten sowie Studierende, die einen Großteil ihres Gesamtbudgets über Erwerbstätigkeit bzw. Familie und Erwerbstätigkeit finanzieren.

Speziell nach Erwerbsausmaß zeigt sich ein fast linearer Zusammenhang in den Odds-Ratios: je höher das Erwerbsausmaß ist, desto höher ist auch das Risiko studienarm zu sein.

Darüber hinaus können unter Studierenden auch Risikogruppen identifiziert werden, die sowohl eine höhere Wahrscheinlichkeit für Einkommens- als auch für Studienarmut aufweisen, also zu den „doppelt Armen“ gezählt werden. In diesem Sinne besonders benachteiligt sind demnach Bildungsinländer/innen mit Migrationshintergrund, Studierende mit Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf und Studierende, die keine Studienförderung mehr erhalten.

Neben dem bereits genannten Ergebnis, dass finanzielle Armut unter Studierenden in Österreich durch ein „Trade off“ mit Studienarmut kompensiert wird, können auf Basis der vorliegenden Arbeit weitere Schlussfolgerungen gezogen werden.

- Einerseits hat sich gezeigt, dass Armutsansätze, die für „normale“ (Hauser 2008: 99) Personen der Gesamtbevölkerung entwickelt wurde, nicht (direkt) auf Subgruppen der Gesellschaft übertragen werden können, sondern dass mitunter größere Anpassungen bzw. neue Konzepte zur Armutsmessung entwickelt werden müssen, die speziell auf die Bevölkerungsgruppe abgestimmt sind.

- Andererseits kann das hier entwickelte Modell nur als Grundstein für eine subjektive Armutsmessung unter Studierenden gesehen werden. Für genauere Untersuchungen und die Weiterentwicklung des Messkonzeptes müsste Armut unter Studierenden für die Studierenden-Sozialerhebung operationalisiert werden und weitere in subjektiven Armutskonzepten verwendete Fragen in den Fragenkatalog aufgenommen werden.
- Für das Studienarmutskonzept wäre es interessant, die Art der Erwerbstätigkeit aufzunehmen, welche es den Studierenden ermöglicht, aus der finanziellen Armut aufzusteigen. Hierbei geht es um die Unterscheidung nach studienadäquaten und wenig studienadäquaten Beschäftigungen. Eine Erwerbstätigkeit, die einen hohen studienrelevanten Lerneffekt mit sich bringt, ist anders zu behandeln als eine Erwerbstätigkeit, die keine besonderen Qualifikationen erfordert.
- Aus hochschulpolitischer Sicht ist die doppelt arme Gruppe der Studierenden, die keine Studienförderung mehr erhalten, sehr interessant. Eine genauere Untersuchung der Einstellungsgründe könnte Aufschluss über die besonderen Schwierigkeiten der Studierenden dieser Gruppe geben.
- Ferner sollten nicht nur derzeit Studierende herangezogen werden, um studentische Armut darzustellen sondern auch Studienabbrecher/innen, weil gezeigt wurde, dass finanzielle Armut vermehrt zu Studienabbrüchen führt (vgl. Grignon 2003; Unger/ Zausinger et al. 2009). Diese Gruppe ist für weitere Armutsforschung in diesem Gebiet ebenso zentral wie die derzeit Studierenden.

10. Literaturverzeichnis

- Alcock, Pete, 2006: Understanding Poverty. 3. Ausgabe. Houndmills, Basingstoke: Palgrave.
- Alisch, Monika; Dangschat, Jens S., 1998: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich.
- Andreß, Hans Jürgen, 1999: Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf, 2008 [1980]: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 12. Auflage, Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
- Bärlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg./in), 2001: Die Armut der Gesellschaft, Sozialstrukturanalyse. Opladen: Leske + Budrich
- Böhnke, Petra; Delhey, Jan. 2001: Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung. In: Bärlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg./in), die Armut der Gesellschaft, Sozialstrukturanalyse. Opladen: Leske + Budrich. 315-335.
- Böhnke, Petra, 2002: Die exklusive Gesellschaft. Empirische Befunde zu Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Sell, Stefan (Hg.), Armut als Herausforderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Armutsforschung und Armutsberichterstattung. Berlin: Duncker&Humblot. 45-65.
- Bourdieu, Pierre; Passeron, Jean-Claude 2007 [1985]: Die Erben. Studenten, Bildung und Kultur. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Burri, Stefan, 1998: Methodische Aspekte der Armutsforschung. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt.
- De Vos, Klaas; Garner, Thesia, 1991: An Evaluation of Subjective Poverty Definitions. Comparing Results from the U.S. and the Netherlands. Review of Income and Wealth, 1991, Vol. 37 (3), 267-285.
- Dietz, Berthold, 1997: Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Dixon, John; Macarov, David (Hg.). 1998: Poverty. A Persistent Global Reality. London, New York: Routledge.
- Engel, Ernst, 1857: Die Lebenskosten belgischer Arbeiter-Familien. Früher und Jetzt. Dresden: C. Heinrich.

- Engels, Dietrich, 2006: Lebenslagen und soziale Exklusion. Thesen zur Reformulierung des Lebenslagenkonzepts für die Sozialberichterstattung. Sozialer Fortschritt, 2006, Heft 5, 109-117.
- Expert Group on Household Income Statistics, 2001: Canberra Group: Final Report and Recommendations. Ottawa.
- Fink, Markus; Pultar, Anna; Schelepa, Susanne; Wetzel, Petra; Hanappi, Tibor; Müllbacher Sandra; Reitzinger, Stephanie; Schuh, Ulrich; Schütz, Marlies, 2010: Armut und sozialer Zusammenhalt. Konzepte, Wahrnehmungen durch Betroffene und Effekte der Wirtschaftskrise. Projektbericht. Wien: Bundeskanzleramt.
- Fuchs, Michael; Schmied, Gabriele; Oberzaucher, Nicola, 2003: Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich. Wien: Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Sektion IV.
- Grignon, Claude, 2003: Les étudiants en difficulté pauvreté et précarité. Paris: Observatoire de la vie étudiante.
- Hauser, Richard; Neumann, Udo, 1992: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, 237-271.
- Hauser, Richard, 2008: Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstatistische Diskurs. In: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg./in). Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 94-118.
- Herpin, Nicolas, Verger, Daniel, 1998: Les étudiants, les autres jeunes, leur famille et la pauvreté. Economie et statistique, 1998, Heft 308-310. 211-227.
- Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg./in), 2008: Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kargl, Martina, 2004: Armut im Sozialstaat Österreich. Befunde – Analyse - Optionen. Diplomarbeit Universität Wien.
- Arie Kapteyn, Arie; Kooreman, Peter; Willemse, Rob, 1988: Some Methodological Issues in the Implementation of Subjective Poverty Definitions. Journal of Human Resources, 1988, Heft 23 (2), 222-242
- Klocke, Andreas, 2000: Methode der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs-, Deprivations- und Sozialhilfekonzepte im Vergleich. Zeitschrift für Soziologie, 2000, Jg. 29, Heft 4, 313-329.

- Kohl, Jürgen, 1992: Armut im internationalen Vergleich. Methodische Probleme und empirische Ergebnisse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1992, Sonderheft: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. 272-300.
- Krause, Peter; Ritz, Daniel, 2006: EU-Indikatoren zur sozialen Inklusion in Deutschland. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, Heft 75 (1), 152-173.
- Laimer, Andrea; Oismüller, Anneliese, 2011: Lebensphase junges Erwachsenenalter – Lebensphase Armut? Eine Trendanalyse zur Armutsgefährdung junger Erwachsener in Österreich. In: Verwiebe Roland (Hg.), Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller. 168-185.
- Lamei, Nadja; Till-Tentschert, Ursula, 2005: Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. Statistische Nachrichten 2005, Heft 4, 349-359.
- Leßmann, Ortrude, 2006: Lebenslagen und Verwirklichungschancen (capability) - Verschiedene Wurzeln, ähnliche Konzepte. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2006, Heft 75 (1), 30-42.
- Lewis, Christie; Dickson-Swift, Virginia; Talbot, Lynn; Snow, Pamela, 2007: Regional Teritary Students and Living Away from Home. A priceless experience that costs too much?. Australian Journal of Social Issues, 2007, Heft 42 (4). 531-547.
- Lidy, Klaus, 1974: Definition und Messung der Armut. Dissertation Universität Heidelberg.
- López Jiménez, Alejandra, 2011: Eurydice 2011. Grade retention during compulsory education in Europe. Regulation and statistics. Revista española de educación comparada, 2011, 381-383.
- MacPherson, Stewart; Silburn, Richard, 1998: The Meaning and Measurement of Poverty. In: Dixon, John; Macarov, David (Hg.): Poverty. A Persistent Global Reality. London, New York: Routledge, 1-19.
- Neurath, Otto, 1931: Empirische Soziologie. Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie. Wien: Springer.
- Newton, Janice; Turale, Sue, 2000: Student Poverty at the University of Ballarat. Australian Journal of Social Issues, 2000, Heft 35 (3). 251-265.
- Orr, Dominic; Gwosc, Christoph; Netz, Nicolai, 2011: Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. Eurostudent IV 2011. Bielefeld: Bertelsmann.
- Perthel, David, 1975: Engel's Law Revisited. International Statistical Review, 1975, Heft 43 (2), 211-218.
- Piachaud, David, 1992: Wie misst man Armut. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1992, Sonderheft: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. 63-88.

- Pichler, Florian, 2008: Statistical Analysis of Categorical Data. A Basic and Applied Introduction. Aberdeen, Wien: Florian Pichler.
- Pradham, Menno Prasad; Ravallion, Martin, 2000: Measuring poverty using qualitative perceptions of consumption adequacy. Review of Economics and Statistics, 2000, Heft 82, 462–471.
- Ravallion, Martin; Bidani, Benu, 1994: How robust is a poverty profile?. World Bank Economic Review, 1994, Heft 8, 75–102.
- Rietzke, Tim; Galuske, Michael (Hg.), 2008: Lebensalter und Soziale Arbeit. Junges Erwachsenenalter.
- Seiffge-Krenke, Inge, 2008: Partnerschaft, Beziehung und Gründung einer eigenen Familie im jungen Erwachsenenalter. In: Rietzke, Tim; Galuske, Michael (Hg.), Lebensalter und Soziale Arbeit. Junges Erwachsenenalter. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. 10-33
- Sell, Stefan (Hg.), 2002: Armut als Herausforderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Armutsforschung und Armutsberichterstattung. Berlin: Duncker&Humblot.
- Sell, Stefan, 2002: Armutsforschung und Armutsberichterstattung aus Sicht einer lebenslangorientierten Sozialpolitik. In: Sell, Stefan (Hg.), Armut als Herausforderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Armutsforschung und Armutsberichterstattung. Berlin: Duncker&Humblot. 11-45.
- Studienförderungsgesetz, 1992: Bundesgesetz über die Gewährung von Studienbeihilfen und anderen Studienförderungsmaßnahmen. Nr. 305/1992.
- Statistik Austria (Hg.), 2004: Bericht zur Sozialen Lage 2003-2004. Wien.
- Statistik Austria, 2010: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Wien.
- Statistik Austria, 2010b: Datenerhebung EU-SILC im Jahr 2010. Erhebungsunterlagen und Plausibilitäts-Checks. http://www.statistik.at/web_de/static/fragebogen_eu-silc_2010_045828.pdf, 16.4.2012.
- Statistik Austria, 2011: Bildung in Zahlen. Tabellenband. Wien.
- Statistik Austria, 2012: Privathaushalte nach Haushaltstypen 1985-2011. Wien.
- Tentschert, Ursula; Till, Matthias; Redl, Johannes, 2000: Income Poverty and Minimum income requirements in the EU 14. Wien: Interdisciplinary Centre for Comparative Research.

- Till-Tentschert, Ursula; Lamei, Nadja; Bauer, Martin, 2004: Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Statistik Austria (Hg.), Bericht zur Sozialen Lage 2003 -2004: 214-232.
- Townsend, Peter, 1987: Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living. Harmondsworth.
- Turale, Sue, 1998: Living below the Poverty Line. A phenomenological study of the experiences of students of education at the University of Ballarat. Dissertation University of Melbourne.
- Ullrich, Carsten G., 2005: Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt: Campus Verlag.
- Unger, Martin; Zaussinger, Sarah; Angel, Stefan; Dünser, Lukas; Grabher, Angelika; Hartl, Jakob; Paulinger, Gerhard; Brandl, Johanna; Wejwar, Petra; Gottwald, Regina, 2010: Studiensituation 2009. Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2009. Wien: Studie im Auftrag des BMWF.
- Unger, Martin, Zaussinger, Sarah, Brandl, Johanna, Dünser, Lukas, Grabher, Angelika, 2010: Internationale Studierende: Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2009. Wien: Studie im Auftrag des BMWF.
- Van Praag, Bernard M. S.; Spit, Jan S.; Stadt, Huib van de, 1982: A Comparison between the Food Ratio Poverty Line and the Leyden Poverty Line. The Review of Economics and Statistics, 1982, Heft 64 (4), 691-94.
- Verwiebe, Roland (Hg.), 2011: Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller.
- Volkert, Jürgen; Klee, Günter; Kleimann, Rolf; Scheuerle, Ulrich; Schneider, Friedrich, 2003: Operationalisierung der Armut- und Reichtumsmessung. Tübingen: Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung.
- Walther, Andreas, 2008: Die Entdeckung junger Erwachsener. Eine neue Lebensphase oder die Entstandardisierung des Lebenslaufs. In: Rietzke, Tim; Galuske, Michael (Hg.), Lebensalter und Soziale Arbeit. Junges Erwachsenenalter. 10-33
- Weisser, Gerhard, 1956: Wirtschaft. In: Ziegenfuss, Werner (Hg.), Handbuch der Soziologie. Stuttgart. 986.
- Wienerroither, Peter, 2011: Eltern und Kinder. Rechte und Pflichten. Landesregierung Oberösterreich, Abt. Jugendwohlfahrt.

11. Anhang

11.1 Lebenslauf

Angelika Grabher

Persönliche Daten:

Geburtsdatum	09.10.1985
Staatsbürgerschaft	Österreich
Kontakt	geli.grabher@gmx.at

Bisheriger Bildungsweg:

1996 - 2004	B.o.R.G Dornbirn Schoren
WS 2005/06 – WS 2011/12	Studium der Soziologie (rechts-, sozial- und wirtschaftswiss. Diplomstudium) an der Universität Wien
WS 2007/08 – SS 2008	Auslandssemester Paris – Frankreich

Berufliche Tätigkeiten:

März 2009 – Feb. 2011	Stipendiatin am Institut für Höhere Studien (IHS) Arbeitsbereich: <i>equi (education - qualification - innovation)</i>
Seit März 2011	Freie Dienstnehmerin am Institut für Höhere Studien (IHS)

11.2 Abstract in deutscher Sprache

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht Armut unter Studierenden. Dabei wird der Frage nachgegangen, inwiefern bestehende theoretische Armutskonzepte und in der Praxis operationalisierte Armutsdefinitionen auf die Situation der Studierenden angewendet werden können. Aufgrund der Heterogenität der Studierenden, ihrer spezifischen Einnahmen- und Ausgabenstruktur und des starken Abhängigkeitsverhältnisses der Studierenden von Dritten erwies sich die Umlegung von objektiven einkommensbasierten Armutsschwellen auf die Einkommensstruktur der Studierenden als inadäquat. Ein Spezifikum der Studierenden ist, dass diese monetäre Armut im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen relativ leicht durch Erwerbstätigkeit überwinden können. Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung kann allerdings zur Folge haben, dass Studierende in Form eines Trade-offs in ihrem zentralen, statusbestimmenden Lebensbereich, dem Studium, von mangelnder Teilhabe betroffen sind. Zur Messung von studentischer Armut wurde daher ein mehrdimensionales Konzept entwickelt, welches spezifische finanzielle und studienbezogene Aspekte berücksichtigt. Finanzielle Armut wird einnahmen- und ausgabenseitig in Anlehnung an subjektive Armutskonzepte erhoben. Studienarmut wird objektiv über den wöchentlichen Studienaufwand der Studierenden definiert. Anhand von deskriptiven und multivariaten Analysen der Daten der Studierenden-Sozialerhebung 2009 werden daher Risikogruppen unter Studierenden hinsichtlich finanzieller bzw. Studienarmut identifiziert.

11.3 Abstract in englischer Sprache

This diploma thesis examines poverty among students. Here, the question will be how existing theoretical concepts of poverty and practical operationalised poverty definitions can be applied in practice on the situation of students. Due to the heterogeneity of students, their specific revenue and expenditure pattern as well as the strong dependence of the students on third parties the objective income-based poverty thresholds on the income structure has proved to be inadequate. A specific feature of the students is the fact that monetary poverty compared to other population groups can easily be overcome by employment. Increased labour participation may have the result that students can be affected in the form of trade-offs in its central and defining status area of life — their studies — which resolves in lack of participation in their studies. For the measurement of student poverty a multidimensional concept was therefore developed that takes specific financial and academic issues into account. Financial poverties are levied by revenue and expenditure-based subjective poverty concepts. Student poverty is objectively defined by the weekly amount of study. Using descriptive and multivariate analyses of data from the Student Social Survey 2009 risk groups among students in terms of financial or study poverty are identified.